Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 321 15. Februar 1980 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt. D 1870 CX

INHALT

3ZD1602

"EIN DEUTSCHER MUSS TUN UND LASSEN KÖNNEN, WAS ER WILL. DIKTATORISCH AUF ALLE FÄLLE."
(Hakenkreuze auf Jeansjacken, **Seite 16 bis 20)**

Material über Jugendzentren gesucht

Für die Arbeit im Jugendzentrum benötigen Leute aus Braunschweig dringend Informationen oder Filmmaterial über „selbstverwaltete Jugendzentren". Sie würden sich freuen, wenn sie so bald wie möglich eine Antwort erhalten würden, da sie das Material unbedingt bis zum 1.März 80 dringend benötigen.

Kontakt: Anneliese Kepp, Pfingststr. 3, 3300 Braunschweig.

VIELEN DANK AN "MOSKITO"
Wir IDler haben in den letzten Wochen oft schamlos das Bild-Angebot der Moskito-Photographen vom benachbarten "Pflasterstrand" geplündert (vor allem im ID Nr. 319). Hiermit tragen wir nach: etliche der tollen Photos im ID stammen von Moskito.

KINDERSTERBLICHKEIT NACH HARRISBURG

Nach dem Experten für Radioaktivität an der Universität von Pittsburgh, Ernest Sternglass, zeigen neue Statistiken der US-Regierung, daß nach dem Unfall von Three Mile Island die Kindersterblichkeit gestiegen ist. Zahlen des Nationalen Zentrums für Gesundheitsstatistiken ergeben: die Kindersterblichkeit stieg in ganz Pennsylvania in den drei Monaten nach dem Unfall von Harrisburg um 32% (verglichen mit den Monaten zuvor). In der Umgebung von Harrisburg, die direkt an das Atomkraftwerk angrenzt, stieg die Kindersterblichkeit um 280%. In den USA insgesamt sank sie im gleichen Zeitraum um 10%.

Aus: People's New Service, Februar 1980, Oxford House, Derbyshire Street, London E 2.

FEEDBACK

Die amerikanische Zeitschrift „Progressive", die als erste den Plan einer Wasserstoffbombe veröffentlichen wollte (ID Nr. 305), hat auf ihren H-Bomben-Artikel nur eine einzige Anfrage bekommen. Sie kam von der pakistanischen Botschaft.

LIEBE IDler !!

Ich möchte mich noch bei Euch für die Veröffentlichung des Artikels „Landsberger Terroristensumpf" bedanken und Euch mitteilen, daß seit Veröffentlichung die Zellen unbelegt sind. Vielleicht freut Euch das genauso wie uns. Ist auch mal gut zu sehen, daß die Arbeit nicht umsonst ist, auch wenn's keine großen Sprünge sind.
In der Kleine liegte die Feine!
Liebe, solidarische Grüße
Kollektiv Rote Hilfe München

Den Bild-Typen das Handwerk legen

In Frankfurt ist eine „Gegen-Bild-Stelle" entstanden, die gegen die Praktiken der Bild-Zeitung arbeiten will. Bisher arbeitet in Frankfurt eine Frau fest mit (zusammen mit einigen jungen Leuten, besonders Schüler und Gewerkschafter).Finanziert wird das Ganze zur Zeit einsam und allein von Günter Wallraff. Die Gegen-Bildler planen u.a. im März/April/Mai eine Vortrags-Tournee mit Günter Wallraff, stellen Material zusammen (Aufkleber, Plakate etc.), versuchen Komitees zu unterstützen oder anz[illegible]iern, planen eine Boykott-Aktion ur[illegible]chen personelle und finanzielle Unte[illegible]tützung.

Kontakt: Gegen-Bild-Stelle, Kleine Hochstr. 5, 6000 Frankfurt 1
Tel. (vorläufig) 0611/285281

Späte Grüße von Carl Carstens

Im Mai 79, kurz vor der Bundestagspräsidentenwahl, druckten mehrere Stadtzeitungen einen Offenen Brief an C. Carstens des Münchener Schriftstellers Heinz Jakoby ab. Daraufhin wurden einige Stadtzeitungen beschlagnahmt.

Auch das Pforzheimer "Stadtblatt" druckte die Jakoby-Erklärung ab. Im August 79 wurde gegen den verantwortlichen Redakteur ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Jetzt nach einem halben Jahr wurde Harald Hess aufgrund des § 90a und anderen §§ zu einer Geldstrafe von 900 DM oder drei Monaten Knast verurteilt. Dieser Urteilsspruch wurde in einem sogenannten "vereinfachten Verfahren", ohne Verhandlung und Anhörung des Angeklagten, gefällt.

Kontakt: „Stadtblatt", Ersingerstr. 117, 7530 Pforzeheim, Tel.: 07231/ 43 482.

Mobile Rhein Main Theater GmbH

„Mai, Juni 1980 ist die MOBILE RHEIN MAIN THEATER GMBH wieder in der ganzen Bundesrepublik unterwegs. . .

Wollt Ihr mit dem Arbeitslosen, der merkwürdigerweise den gleichen Namen trägt, wie eine politische Größe eurer Stadt, über die Absurdität dieser Gesellschaft lachen und mit ihm einen Weg von der Resignation zur Aktion gehen, dann fragt bei uns nach dem Lustspiel **„Gearbeitet wird was auf den Tisch kommt"** — oder wollt ihr vom Teufel erfahren, wie die erste urgeschichtliche Tarifrunde ausgegangen ist und wie sich der Teufel im Stahlarbeiterstreik 78/79 aktiviert, dann verlangt das Lustspiel **„Teufel Teufel, trau keiner Woche über 35"** !

Wir freuen uns, wenn wir auf diese Weise noch einmal gemeinsam lachen und im Anschluß an die Vorstellung mit euch reden zu können. Ein Anruf (0611/ 43 93 73) genügt und ihr seid dabei!"

Kontakt: Arnsburger Str. 13, 6000 Frankfurt 60.

ANTIFA — Vom 4. bis 6. April 1980 soll in Frankfurt ein "Antifaschistischer Bundeskongreß" stattfinden. Wer nähere stattfinden. Wer nähere Informationen haben will, wende sich an:

G. Nitzsche, Hallerstr. 4, 8500 Nürnberg 90, Tel.: 0911/37 40 45

BROSCHÜRE: WAS IST LOS BEI DER POST?

Anläßlich von 5 Entlassungs- und Disziplinierungsfällen bei dem Oberpostdirektionsbezirk Bremen haben einige Post' ler eine Broschüre „gegen Unterdrückung und Ausbeutung" (ein geistreicher Titel, Anm. d.Red.), zusammengestellt. Bei Bestellung überweist bitte 3 DM + Portokosten auf das Postscheckkonto 291516-203, PSchA Hamburg. Außerdem wollen die Post'ler noch Kontakt zu anderen Postlieseln und Posthanseln bekommen.

Kontakt: W. Willenbrock, An der Eisenbahn 59, 2815 Efelsen.

ZEUGNIS-VERBRENNUNG

Ein Kind machte sich Gedanken über sich und die Schule:
Ich habe mich entschlossen, die paar Fetzen Papier die Lehrer Jahr für Jahr an Kinder und Jugendliche verteilen, zu verbrennen. Wegen diesem Dolch, genannt Zeugnis, haben sich schon viele Kinder umgebracht. 16000 versuchen es jedes Jahr, 400 Kindern „gelingt" der SelbstMORD. Schule ist eine Anstalt, in der Kinder und Jugendliche in das gefühllose, sachliche Denken dieser Erwachsenenwelt eingeführt/zwangseingewiesen werden. Menschliche Regungen, daß Bedürfnis nach Zärtlichkeit, werden in der Schule total nicht beachtet. Die Kinder sollen „was lernen", damit sie überleben können. Aber das sagen Erwachsenen, die selber TODbringende Autos, ATOMkraftwerke und ATOMbomben bauen! So ein Hammer! Die machen doch die ganze Erde noch kaputt!! Kinder wollen nicht jeden Tag 5 Stunden oder mehr ruhig dasitzen und abstumpfen! Sie wollen lebendig sein! Doch die Sachlichkeit in der Schule tötet! In der Schule wird auch nie über das geredet, was in der Welt am meisten unterdrückt wird, nämlich über Zärtlichkeit. Mathe, Deutsch, Physik, Reli, nirgens sagen die verwachsenen Lehrer (Leerer) etwas über Zärtlichkeit und Sexualität. Zärtliche sexuelle Beziehungen unter Kindern oder von Kindern zu Älteren werden verboten. Fressen, Rauchen, Fernsehen ist erlaubt. Kinder auf dem Strich, Kindesmißhandlungen (auch seelische) und Kinderselbstmorde müssen endlich aufhören!!

Deshalb: Abschaffung der Schulpflicht !
Was soll das, daß ein Kind danach beurteilt wird, wie es Mathe, Chemie oder sonst einen Käse kann, mit diesem Wissen soll es später dann einen Beruf ergreifen und mitmachen bei diesem Todes- und Einsamkeitssystem. Kinder sind genauso Menschen, aber die Erwachsenen geben ihnen keine Rechte! Aus Protest gegen die Zerstörung der Kinder und der Kindheit durch die Schule, verbrenne ich am Di 12.2.80 in FN in der Fußgänger zone um 16.30 h mein Zeugnis.

Übrigens: Am Fr., 28. März ist im Nürnberger Jugendzentrum „Komm" eine Veranstaltung für Minderjährige: „Minderjährige im Kampf"! Wem's zuhause oder in der Schule stinkt, kann ja kommen. Pennmöglichkeit vorhanden.

MARKUS

Kontakt: **Indianerkommune Nürnberg, Mittlere Kanalstraße 34, Tel. 0911 / 266 786**

LIEBE ERWACHSENE

"Pustekuchen", eine Zeitung für Stadtkinder, ist nach einjähriger Vorarbeit erschienen.

Die Herausgeber schreiben: "Wir wählten die äußere Erscheinung so, daß Format, Papier, Falztechnik, Farbe usw. an die Zeitung der Großen erinnert. Auch inhaltlich soll sie genauso informativ, unterhaltend und anregend sein. Immer bereit für die Belange der Stadtkinder, und auf keinen Fall die soundsovielte Spiel- und Bastelveröffentlichung zum stillen, einseitigen Intelligenztraining."

Es ist ein "Volksblatt", aber diesmal wirklich für das kleine Volk (so von drei bis zehn Jahren). "Pustekuchen", eine Zeitung für Stadtkinder, ohne "Häschen", "Zwerge" und Mickies, sondern mit Geschichten, Berichten, Informationen, Problemen und Späßen aus der Welt dieser Kinder, der Stadt. Zum Wiedererkennen, Nachmachen, Dooffinden und Kaputtlachen. Eine eigene Zeitung, bei der man mitmachen kann. Die Null-Nummer haben die Kinder im "Jahr des Kindes" zusammen mit vielen Wuppertaler Kindern gemacht.

Der Preis ist ganz hart kalkuliert (ohne Arbeitslohn) und entsteht dadurch, daß keine Anzeigen aufgenommen und sehr viele Fotos verwendet werden (weil man die besser lesen kann.

Das Jahresabonnement (10 Ausgaben ab März 1980) kostet 27 Mark. Kontakt: "Pustekuchen", Schwebebahnhof Loh, 5600 Wuppertal 2, und c/o Hees, Bartholomäusstr. 25, 5600 Wuppertal 2.

Ich kann Leute verzaubern. Ist ehrlich wahr.

ZWEITER BILDUNGSWEG WIRD DICHTGEMACHT

Koblenz, den 5.2.1980

Ab 1983 wird es in Koblenz keinen Zweiten Bildungsweg mehr geben. Die Entscheidung der Rheinland-Pfälzischen Landesregierung, das Kolleg trotz heftiger Proteste der Studierenden zu schließen, wurde wegen der geringen Schülerzahl und der „hohen" Kosten auf Empfehlung des Landesrechnungshofs beschlossen. Während ein Kollegiat DM 9.259,- Landeszuschuß erfordert, betragen die Kosten für einen Fachhochschüler DM 8.965,- und für einen ‚normalen' Gymnasiasten DM 3.027,-. In Rheinland-Pfalz bestehen noch zwei weitere Kollegs: in Speyer (mit 195 Studierenden) und in Mainz (mit 302 Kollegiaten). Nun will die Landesregierung — ebenfalls auf Empfehlung des Landesrechnungshofs — Speyer und Koblenz in Speyer zusammenlegen (Luftlinie etwa 140 km!), um interessierten Koblenzer Studierwilligen die Möglichkeit zu geen, den Anspruch auf „Bildung" zu verwirklichen, die „nicht primär einen Nützlichkeitsaspekt hat", sondern die „ vor allem anderen durch eine humane Dimension gekennzeichnet ist" (Bernhard Vogel, damaliger Kultusminister, jetzt Min.-Präsident von Rheinland—Pfalz) (aus Frankfurter Rundschau vom 5.2.80). Daß niemand in der Lage sein wird, sämtliche sozialen

Bezugspunkte hinter sich abzubrechen, um nach Speyer 'zwangsumzusiedeln', kommt einem Abbau (Verbot?) des Zweiten Bildungsweges im Koblenzer Raum gleich.

Wer also auf seinem Recht auf Weiterbildung bestehen und/oder sich informieren möchte:

Kontakt: Koblenz-Kolleg, Kurfürstenstr. 41, 54 Koblenz, Tel.: 0261/32 125.

Dieter Gnans erster Prozess oder

DIE FREIHEIT VON LEHRE UND FORSCHUNG

Regensburg
11. Dezember

„Herr Gnan hat sich in der Vergangenheit unter anderem dadurch hervorgetan, daß er sich aktiv an der Störung von Lehrveranstaltungen (Bei den Störungen handelt es sich um Behinderung von Vorlesungen im Rahmen der Streikwoche im Sommer 77) von Professoren des Fachbereiches Geschichte, Gesellschaft, Geographie beteiligt hat. Es ist daher der Universität nicht zuzumuten, ihn nunmehr als Hilfskraft bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu beschäftigen."

Diese Sätze von Vizepräsident Wiesner vom 24. Oktober bedeuteten das Ende für Dieters Arbeit an der Uni in Regensburg und gaben den Anstoß zu einem Prozeß , in dem geklärt werden muß: war das eine Kündigung? – und: ist sie aus politischen Gründen erfolgt? :

Dieter Gnan studiert Germanistik im 9. Semester und vertrat früher als gewählter Vertreter die Kommilitonen seines Fachbereiches. Am Montag, den 10. Dezember trat er nun mit Unterstützung einer Rechtsanwältin des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor dem Regensburger Arbeitsgericht gegen seinen „Arbeitgeber", den Freistaat Bayern, an. Der wurde repräsentiert durch den in der hiesigen Uni-Szene wegen seiner Anti-Studentenvertretungs-Umtriebe bekannten Vizepräsidenten Wiesner.

Die Verhandlung wegen Einstellung Dieter Gnans als Hilfskraft dauerte nur eine knappe halbe Stunde, dann wurde sie vertagt auf den 14. März 1980, 9 Uhr, gleicher Ort. Wichtiger Beweisantrag: der Personalrat soll dazu gehört werden, ob ihm eine Mitteilung über die Einstellung Dieter Gnans zugegangen sei.

Welches Geschehen liegt diesem „Berufsverbotsprozess", wie er von Gnan bezeichnet wird, zugrunde? – Vergangenen Sommer gab Professor Schmitz, Leiter des Instituts für Politikwissenschaft, dem Lehramtsstudenten Gnan die verbindliche Zusage, daß er ab Oktober als wissenschaftliche Hilfskraft arbeiten könne. Mitte September reichte dieser fristgerecht seine Bewerbungsunterlagen ein und begann zum ersten Oktober mit der Arbeit.

Als Gnan Mitte des Monats nachfragte, wo denn sein Arbeitsvertrag bliebe, wurde die Verzögerung mit Überlastung der Verwaltung begründet. Am 30. Oktober wurde ihm dann überraschend mitgeteilt, daß ab November keine Zahlungen mehr an ihn geleistet würden und die Uni das Arbeitsverhältnis als beendet betrachte.

Juristisch geht der Streit jetzt darum, ob diese Beendigung eine Kündigung darstellt, daß heißt, ob vorher überhaupt ein vertragliches Arbeitsverhältnis zustandgekommen war oder nur ein faktisches. Mit anderen Worten: Hat der Wissenschaftler Schmitz, ehemaliges CSU-Mitglied, den Studenten Gnan, Mitglied des Marxistisch-Sozialistischen-Studentenbundes Spartakus, eigenmächtig eingestellt, ohne von der Verwaltung dazu bevollmächtigt worden zu sein?

DIE EIGENTLICHEN FRAGEN

Bei diesem Gerangel um juristische Formen und Begriffe tauchen am Rande und in verschleierter Form Fragen nach der demokratischen Verfassung unserer Hochschulen und unseres Staates auf, bei genauerem Hinschauen erscheinen sie aber als wesentlich und als bedeutsam über diesen „Fall" hinaus:

– Zum Beispiel, wenn der Leiter der Verwaltung, Wiesner, über Schmitz sagt: „Der hat uns bisher noch nie Scherereien gemacht."

– Wenn festgestellt wird, daß seit der Novellierung des Bundeshochschulrahmengesetzes der Personalrat zu Neueinstellungen nicht mehr befragt wird, sondern nur noch informiert.

– Wenn der Jurist Wiesner über die Anstellung von wissenschaftlichem Personal nach Gesichtspunkten der politischen Opportunität entscheiden kann, ungeachtet der fachlichen Beurteilung durch den zuständigen Professor.

– Oder wenn die Tätigkeit im Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) und als Sprecher der Studenten des Fachbereiches Sprache/Literatur gleichgesetzt wird mit unzulässiger Störung der Lehrveranstaltungen.

Dieter Gnan nach der Verhandlung: „Ich muß das alles erst einmal verarbeiten. Das erste Mal vor Gericht, da ist man ziemlich unsicher." - Aber er ist doch nicht der einzige!

Kontakt: Christian Wachter, Liebhartstr. 31, 8400 Regensburg

Schülerzeitung

WER MANIPULIERT HIER WEN ?

OFFENBACH
4. Februar

Die Schülerzeitung STUNK – Zeitung von Schülern der Leibnitzschule – hat in ihrer ersten Ausgabe vom 28.11.79 unter anderem von der Besetzung des Hauses Löwenstr. 36 in Offenbach berichtet (s. auch ID 308). Wie wir der Extraausgabe derselben Zeitung entnehmen konnten, reagierte Direktor Freese folgendermaßen darauf:

Er besuchte die entsprechende Klasse am nächsten Tag im Unterricht: „...dann machte uns Herr Direktor Freese darauf aufmerksam, was Hausbesetzer überhaupt für Leute wären: 'Terroristen haben auch einmal als Hausbesetzer angefangen.' Zur Erläuterung erzählte er uns den Werdegang eines Schülers, der schlechten Umgang hatte: 'Dieser Schüler hatte erst nur an Demonstrationen teilgenommen, hat sich dann einer terroristischen Vereinigung angeschlossen und schließlich, am Ende seiner Laufbahn, zündete er ein Kaufhaus auf der Zeil an, wobei er jedoch gefaßt wurde.' " (Zitat STUNK)
Weiterhin setzte er die Schüler durch einen Brief an ihre Eltern unter Druck, damit sie den Kontakt zu uns abbrechen sollten: „Gerüchteweise ist mir zu Ohren gekommen, daß die Redakteure in einem in der Löwenstraße gelegenen 'besetzten Haus' verkehren und möglicherweise durch die Besetzer dort beeinflußt worden sind. Die Redakteure haben mir gegenüber nicht bestritten, daß solche Kontakte bestehen. Auch hierauf möchte ich ihr Augenmerk lenken." (Zitat STUNK)

Es spricht für sich, wenn ein Schulleiter, der eigentlich verpflichtet ist, seine Schüler zu selbständigem Denken und Handeln zu erziehen, diesen gleichzeitig jeden eigenen Willen abspricht. Offenbar sieht er ein Verbrechen darin, wenn einige Schüler sich mit uns auseinandersetzen. Er fürchtet wohl um die Ruhe an seiner Schule.

Wieder einmal dokumentiert wird durch diese Reaktion des Herrn Freese auf die Schülerzeitung STUNK die Unterdrückung an der Schule, die jeder Schüler jeden Tag sehr deutlich zu spüren bekommt. Diese Unterdrückung schafft für die Schüler die Notwendigkeit, sich zu wehren, welches sie auch tun. Unsere Aktion kann sie darin nur bestärken, und darin liegt die Gefahr, die Freese in Kontakten zwischen ihnen und uns sieht.

Wohl ist es eine weitere Absicht Freeses, wie auch anderer staatlicher Stellen, durch derartige Äußerungen die Auseinandersetzung mit uns und dem, was wir machen, zu verhindern.

WIR: Wir leben in einer größeren Gruppe, weil wir das Alleinsein satt haben und um menschlichere Umgangsformen zu entwickeln. Dazu sind natürlich große Wohnungen oder Häuser notwendig, die durch die Vorurteile gegen Wohngemeinschaften über den Wohnungsmarkt nicht zu bekommen sind. Gleichzeitig läßt man in Offenbach und anderswo gut erhaltene Häuser leerstehen, um sie nach Verwahrlosung gegen teure neue Häuser zu ersetzen, die von uns und Familien, die von der Wohnungsnot betroffen sind, nicht bezahlt werden können.

Gegen diese Wohnungsbaupolitik von Stadt und Privatwirtschaft wehren wir uns mit unserer Hausbesetzung. Weil diese Aktion nicht nur uns betrifft, ist genau die Auseinandersetzung zwischen uns und anderen Menschen wichtig, die Freese abwürgen will.

Was Freese und andere praktizieren ist üble Stimmungsmache, die darauf abzielt, uns zu isolieren.

VON SO WAS LASSEN WIR UNS NICHT EINMACHEN !

Die Hausbesetzer

Adresse des besetzten Hauses: **Löwenstraße 36, 6050 Offenbach**

MÜSSEN DIE WOHNUNGEN VOR DEN „BEWOHNERN" GESCHÜTZT WERDEN?

Die Münsteraner Hausbesetzer (s. ID 320) berichten über den neuesten Stand ihrer Verhandlungen mit der Stadt Münster:

Außer der Tatsache, daß die kanalisations-, Wasser- und Stromanschlüsse nicht mehr vorhanden sind, sind die 4 Häuser besser in Schuß als manche Häuser, die anderswo Mietern zugemutet werden. Selbst die Installation innerhalb der Häuser ist weitgehend intakt, an der Bausubstanz besteht überhaupt kein Schaden. Davon abgesehen muß man sich fragen, wer dafür verantwortlich ist, daß diese Häuser nicht mehr ganz ohne Instandsetzungsarbeiten zubewohnen sind. Zunächst einmal die Gemeinnützige Wohnstättengesellschaft Münster (GWM), die die Häuser durch Zumauern bewußt beschädigt hat, um eine Nutzung unmöglich zu machen. Wo sind wir eigentlich, daß in unserer Stadt Wohnungen vor dem Bewohnen „geschützt" werden? Im Aufsichtsrat der GWM sitzt kein Geringerer als Oberstadtdirektor Dr. Fechtrup. Aber die Stadt trifft auch schon deshalb die Mitverantwortung, weil sie es war, die die Häuser so lange leerstehen ließ und trotz der Wohnungsnot , so müssen wir leider vermuten, nicht bereit ist, die Wohnungen zu vermieten. Und wie steht es mit der Aussage von Dr. Kelm uns gegenüber, daß JEDE Wohnraumzerstörung verfolgt würde?

Besonders betroffen macht uns auch das, was man Herrn und Frau Voss, einem älteren Ehepaar vom Enschedeweg, angetan hat. Ihr Haus soll abgerissen werden, obwohl, so Frau Machemer (SPD) dem Arbeitskreis Umwelt gegenüber, noch überhaupt kein Bebauungsplan vorliegt. Frau Voss hat ihren

GRUSS AN ANTONIUS, DEN FREUND ALLER HAUSBESETZER

kranken Mann zu versorgen, der bereits zwei Schlaganfälle erlitten hat und inzwischen erblindet ist. Vergebens hat sie sich dagegen zu wehren versucht, daß man ihr und ihrem Mann die vertraute Umgebung nimmt, um sie, wie sie meint, in ein Hochhaus oder ein Altersheim abzuschieben. Außerdem ist Herr Voss darauf angewiesen, in der Nähe der Kliniken zu wohnen, da er dort ständig behandelt wird. Frau Voss berichtete Vertretern des Arbeitskreises Umwelt, daß Herr Dr. Kelm ihr zugesichert hat, daß sie solangein ihrem Haus wohnen kann,wie sie sich dort wohlfühlt.Nach dem Auftauchen des Zerstörertrupps der GWM, die den linken Teil des Hauses vollständig verwüstete, weiß Frau Voss, wie sie am Abend sagte, wie diese schon fast zynische Aussage von Dr. Kelm zu verstehen ist. Die GWM hat übrigens diese Zerstörungen auf Empfehlung der Stadt vorgenommen, wie Dr. Kelm auf der gestrigen Hauptausschußsitzung zugab.

Daß Herr Dr. Fechtrup nun auch noch Strafantrag gegen die Besetzer gestellt hat, hatten wir nicht erwartet; denn, so fragen wir, wo liegt eine Straftat vor, wenn brachliegende Häuser, die dem Besitzer keinen Nutzen mehr bringen, angesichts der Wohnungsnot wieder bewohnbar gemacht werden? Wird dadurch die Stadt oder die Allgemeinheit irgendwie geschädigt? Wo liegen die von Frau Graf (CDU) unterstellten Eingriffe in die Rechte des Hauseigentümers?

Deshalb fordern wir die Rücknahme der Strafanträge. Natürlich halten wir auch an unseren Forderungen fest.Darüber daß die Häuser bis zum geplanten Abriß genutzt werden sollen, bedarf es unserer Meinung nach kaum einer Diskussion. Jeder, der die Wohnungssituation in Münster kennt, wird uns da zustimmen!

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß wir bereits Solidaritätserklärungen von über 40 Organisationen und Privatpersonen (unter anderem Prof. Erich Küchenhoff und Ratsherr Dr. Henning Friege) bekommen haben. Noch wichtiger ist es uns, daß die überwältigende Mehrheit der Nachbarn unsere Aktion gutheißt, und auch ehemalige Bewohner der Häuser, wie z.B. Prof. Matthiass, uns besucht haben und sich mit unserer Hausbesetzung solidarisch erklären.

Zu guter Letzt sei noch richtiggestellt, daß die Besetzung getragen wird von der Wohnraumrettungsinitiative im Arbeitskreis Umwelt (AKU), vom AStA der Fachhochschule, vom AStA der Universität München und vom AStA der Pädagogischen Hochschule Münster. Diese Gruppen arbeiten selbständig und tragen diese Aktion gemeinsam.

Kontakt über AStA der Uni Münster, Tel.: 0251/44 174.

OFFENER BRIEF AN DEN UNIVERSITÄTSPRÄSIDENTEN PROF. DR. NORBERT KAMP

GÖTTINGEN
7. Februar

Herr Präsident!

Dürfen wir zunächst zwei Ihrer Aussprüche ins Gedächtnis rufen: „Der Rechtsfrieden muß gewahrt werden!" (29.1.80) und „Die Universität ist eine Stätte der geistigen Auseinandersetzung." (25.1.80)
Können Sie uns erklären, wie ein Frieden mit dem Ruf nach Gewalt gewahrt werden kann? Sie waren es , der in unserer Auseinandersetzung Gewalt ankündigte, nämlich den Polizeieinsatz zur Räumung der Augenklinik.
Können Sie uns erklären, seit wann Körperverletzung Bestandteil geistiger Auseinandersetzung ist? Nichts anderes drohte der Vizepräsident der Universität, Söling, am 29.1.80 an, als er die Abschaltung von Strom, Wasser und Heizung für die besetzten Gebäude im Alten Klinikum nach dem 14.2.80 ankündigte (und dabei explizit auch Ihren Namen aussprach). Solch ein unmoralisches Vorgehen, das die Gesundheit von hundert Menschen, darunter etlichen Kindern, aufs Spiel setzt, geziemt weniger dem Präsidenten einer Hochschule als einem Polizeipräsidenten.
Sie selbst wissen, daß Ihre wiederholten Hinweise, niemand müsse in der Augenklinik bleiben, jeder, der sich bemühe , könne in Göttingen ein zumutbares Zimmer finden, der Grundlage entbehren.

280 Bewerber für die jüngst zur Verfügung gestellten 35 Zimmer (nicht 40, wie Sie fälschlich behaupteten) zeigen, daß dieser Tropfen schon verdampfte, bevor er auf den heißen Stein fallen konnte. Grotesk wird dieses „Angebot" angesichts von 50 vom Studentenwerk vermieteten Zimmern die akut von ihrer Vernichtung bedroht sind (Kreuzbergring 2, Gotmarstr. 9 und 10).

Sie selbst wissen, daß vor der studentischen Zimmervermittlung bereits jetzt die Anfänger des Sommersemesters Schlange stehen.
Sie selbst wissen, daß sich die Warteliste für Wohnheime des Studentenwerks seit dem Herbst 1979 um 25% auf 1250 vergrößert hat.
Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich nicht entspannt, im Gegenteil, sie verschärft sich weiter!

Was steht dieser herben Realität auf dem Gelände des Alten Klinikums gegenüber? Sie rechtfertigen die ausschließliche Reservierung des Komplexes für den Universitätsausbau mit der höchst allgemeinen Äußerung „Die Weichen für 1990 müssen gewährleistet sein." (29.1.80)
Daß der Lehr- und Forschungsbetrieb bei Verzicht auf die Gebäude des Alten Klinikums bis 1990 zusammenbricht, kann ausgeschlossen werden. Drohte diese Gefahr tatsächlich, wäre es für die Universitätsverwaltung ein Leichtes, die detaillierten Planungen offenzulegen, die das beweisen würden. Mit dem Neubau der Universitätsbibliothek zu argumentieren von dem weder die Finanzierung gesichert noch konkrete Baupläne bekannt sind, zeugt von wenig Niveau. Im übrigen entspräche es nicht der von Ihnen zu tragenden Verantwortung und der der Senatsmitglieder, im Oktober 1979 für Übergangswohnplätze in in einer dreistelligen Größenordnung im Klinikum zu votieren, ohne auf den angeblich damit verursachten Zusammenbruch von Forschung und Lehre im Jahre 1980 hinzuweisen. So hat denn auch Prof. Söling am 29.1.80 die starre Haltung der Universitätsleitung nicht mehr mit irgendwelchen Sachzwängen begründet, sondern damit, daß man die Bewohner aus dem Alten Klinikum gar nicht mehr herausbekommt, wenn nicht jetzt. Ist das auch Ihr Beweggrund? Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht aus irgendeiner „Sachnotwendigkeit" heraus Wohnraum im Alten Klinikum zu verweigern, sondern aus politischem Kalkül.

In der Tat haben wir, gezwungen durch Fakten, die wir nicht zu verantworten haben und die zum Teil auf die einseitige Planung des Universitätsausbaus zurückzuführen sind, im Alten Klinikum Fakten geschaffen.

In dieser Situation des gegenseitigen harten Interessengegensatzes, um mit den Worten Ihres Kollegen Söling zu sprechen, haben wir wiederholt unsere Verhandlungsbereitschaft erklärt. Nachweislich ging von der Besetzung bis heute keinerlei Gewalt aus. Dagegen beantworten Sie unsere Verhandlungsangebote mit einem Ultimatum, unsere Mietzahlung für Januar in Höhe von 4700,– DM, deren Annahme Sie bis dato nicht bestätigt haben, beantworteten Sie mit der Androhung von Kriminalisierung.

Jegliche Bereitschaft, sich dem Problem der studentischen Wohnungsnot ehrlich zu stellen, die in vielen Fällen bereits die Absolvierung eines geordneten Studiums ernsthaft gefährdet, mußten wir bei Ihnen vermissen. Offensichtlich nehmen Sie dieses Problem aus kurzsichtigen Motiven ohne Änderungswillen in Kauf, ohne die daraus resultierenden den Universitätsbetrieb in Zukunft zunehmend belastenden Konsequenzen sehen zu wollen. Herr Präsident, ein solches Verhalten hat Ihnen unter Göttinger Bürgern, Politikern und Universitätsangehörigen wenig neue Freunde geschaffen und läßt die ersten Monate Ihrer Amtszeit in einem sehr schlechten Licht erscheinen. Ob diese ihre vorgesehene Länge andauernd wird, muß, bei Fortdauern des Eskalationskurses von Ihrer Seite zumindest in Zweifel gezogen werden.
Wir verbleiben in Erwartung einer baldigen Antwort und in der Hoffnung, daß

die Tür zu einer Lösung noch nicht zugeschlagen ist, die allen Beteiligten weniger Schaden zufügen würde als die von Ihnen anvisierte.
Die Bewohner der besetzten Gebäude im Alten Klinikum

WOHNUNGSKÄMPFERTREFFEN

GÖTTINGEN
10. Februar

Vom 8.2. – 10.2.80 trafen sich in der besetzten Göttinger Augenklinik Vertreter von 45 Mieterinitiativen und Hausbesetzergruppen aus 27 Städten der BRD, incl. Westberlin, London und Paris. Resultat war u.a. eine „programmatische Erklärung" der Teilnehmer:

Die Wohnsituation von Menschen ist heute gekennzeichnet durch eine immer größer werdende Wohnungsnot, Vermieterwillkür und Maklerunwesen, die mit der Not der Mieter Millionen erpressen. Durch Stadtsanierung und Verkehrsplanung werden die Städte zerstört und billiger Wohnraum vernichtet. Profitorientierte Sanierung bedeutet die Vertreibung von großen Bevölkerungskreisen aus dem Kernbereich guterhaltener Altstädte. Zu oft werden ganze Innenstädte für Flächenabrisse geopfert. Insbesondere billiger Wohnraum ist hier im großen Ausmaß verloren gegangen.

Isolierung und psychische Verelendung nehmen in Neubaugebieten erschreckend zu. Der soziale Mietwohnungsbau ist drastisch zurückgegangen und in einigen Bundesländern schon ganz eingestellt worden. Billige Sozialwohnungen werden zunehmend privatisiert und dem Wohnungsmarkt entzogen, sodaß es immer schwieriger wird, eine menschenwürdige Wohnung zu tragbarer Miete zu finden. Die Obdachlosenzahlen nehmen seit einigen Jahren wieder zu, besonders betroffen sind kinderreiche Familien, Arbeitslose, Familien mit geringem Einkommen und Ausländer. Die Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften erpressen die Mieter mit unsozialen Vertragsbedingungen.

Neben immer höheren Mieten und Nebenkosten fordern sie insbesondere den Abbau des Kündigungsschutzes für Mieter, was die Mieter zum Freiwild macht.

Durch neue Gesetze, Rechtsprechung und Behördenwillkür werden Mieterrechte ausgehöhlt.:

- Mietüberhöhungen und Mietwucher wird kaum geahndet
- Wohnraumzweckentfremdungsverordnungen werden nicht oder nur auf Druck von Mieterinitiativen angewandt
- Durch die Novellierung des Städtebauförderungsgesetzes sind die minimalen Anhörungsrechte der Betroffenen entfallen und die Mietervertreibung wurde erleichtert.
- Modernisierungen führen oft zu Mietsteigerungen, die die Mieter zum Auszug zwingen.

Miete und Wohnungsbau wird dem scheinbar freien Markt überlassen. Durch die Wohnraumpolitik der Regierungen wird Spekulantentum unterstützt.

Von daher ist es gerechtfertigt und zu begrüßen, wenn Mieter und Wohnungssuchende zur Selbsthilfe greifen, mit Protestaktionen und Hausbesetzungen Wohnraum erhalten, menschengerechte Wohnbedingungen durchsetzen, profitorientierte Sanierungspolitik und Mieterhöhungen bekämpfen.

Häuser sind z.Z. in folgenden Städten besetzt: Göttingen, Westberlin, Münster, Bielefeld, Offenbach, Bremen, Düsseldorf, Hannover, Tübingen.

Wir fordern:
Schluß mit der Bodenspekulation und willkürlichen Wohnraumzerstörungen !
Kampf jeder Mieterhöhung!
Konsequente Anwendung des Wohnraumzweckentfremdungsgesetzes in allen Städten!
Menschenwürdige Wohnungen für alle!
Legalisierung aller Haus- und Wohnungsbesetzungen!

Die Teilnehmer des internationalen Wohnungskämpfertreffens

Liebesgrüße aus Hanau

Die Besetzer der 300 Jahre alten Gaststätte "Krone" berichten (siehe auch ID 320):

„Wie ihr vielleicht schon mitbekommen habt, haben am 1.2.80 ca. 110 – 150 Leute die "Krone" in Hanau-Mittelbuchen besetzt. Wir halten das Gasthaus zur Krone aufrecht, Veranstaltungen und Betrieb der Krone laufen in Selbstverwaltung.
Es haben sich in der Zeit einige Arbeitsgruppen gebildet wie z.B. eine Werkgruppe, die versucht, die "Krone" wieder instand zu setzen, eine Pressegruppe, eine Programmgruppe, die die Verpflegung der Besetzer und der Kneipe organisiert.

Weiterhin gibt es ein Plenum, in dem Beschlüsse gefaßt werden und Entscheidungen koordiniert werden. Das Plenum ist für uns das Organ, was entscheidend ist für die Besetzung und den weiteren Ablauf. Zur Zeit wohnen in der Krone ca. 40 Leute und täglich kommen ca. 100 Leute in die Kneipe, bei Veranstaltungen sind es meistens mehr.

Bisher ist es uns gelungen, den Kampf um den Erhalt der "Krone" gegen den ehemaligen Landrat Martin Woythal und der Stadt Hanau, die sich für den Abriß der "Krone" stark machen und auf unsere Argumente nicht eingehen, zu führen. Ein von Martin Woythal gestelltes Ultimatum, bis zum 9.2.80 die Krone zu räumen, ist nicht eingehalten worden.
Bisher werden wir in Verhandlungen mit der Stadt und Woythal von einem Anwaltsbüro in Frankfurt vertreten.

Unsere Bitte an euch, wenn ihr euch mit uns solidarisch erklärt, dann schickt bitte Solidaritätsschreiben an uns und an die Presse. Sehr wichtig ist es an den "Hanauer Anzeiger" zu schreiben, (6450 Hanau, Hammerstrasse).

Seit letzter Woche besteht ein Rechtshilfefond ("Rechtshilfefond der Krone", Stadtsparkasse Hanau, Ktnr.: 114 00 7271, BLZ: 506 500 23).

die Besetzer

Kontakt: „Krone", Mittelbuchen, Alte Rathausstr. 9.

MiEtEr – BLeiBt HeiTeR – DeR WoHnUnGsKaMpF GeHt WeiTeR

Der GROOTE KEYSER darf nicht geräumt werden –
Neues von den Amsterdamern Hausbesetzern

Amsterdam
Januar 80

Aus Amsterdam erhielt der ID neue Informationen zum Thema Hausbesetzungen. Die Pressegruppe des 'Grote Keyser', das sind die besetzten Häuser in der Keyzersgracht 242-252, schickte uns eine Dokumentation, aus der wir Auszüge veröffentlichen wollen. Für diejenigen, die den ID gesammelt haben, verweisen wir auf die beiden Nummern 261/62 und 271 vom Dezember 78 und März 79, wo bereits über Aktionen und Hintergründe der Besetzerbewegung informiert wurde.

Bevor auf die konkrete Auseinandersetzung eingegangen wird, möchte ich kurz einiges zum niederländischen Wohnungsbaugesetzt erläutern, daß sich sehr vom deutschen unterscheidet. Trotz der zunehmenden Repressionen gegen die holländischen Hausbesetzer ist es für uns hier doch kaum zu begreifen, wie es immer noch möglich ist, daß dort hunderte Wohnungen im Augenblick noch besetzt sind, gerade wenn wir uns erinnern, wie schnell hier – in Frankfurt, ein einziger zaghafter Versuch, zwei Häuser in der Bockenheimer Landstraße zu besetzen, nach wenigen Stunden von der Polizei zerschlagen wurde.

Holländische „Kabouters"

Allgemein kann gesagt werden, daß die Vergabe von Wohnungen in Holland im Vergleich zu hier, von Staatsseiten wesentlich reglementierter ist. Alle Wohnungen, die vor 1962 gebaut wurden, gehören dem sogenannten 'gebundenen Sektor' an, diese Wohnungen sind beim Wohnungsamt registriert und werden auch von der Gemeinde bei eventuellem Leerstand nach einem ziemlich komplizierten Verteilerschlüssel und einer Warteliste verteilt. Daneben gibt es den sogenannten 'freien Sektor', das sind die Wohnungen, die nach 1962 gebaut wurden, diese werden auf dem Wohnungsmarkt angeboten. Wenn jetzt Wohnungen leerstehen, ist der Eigentümer verpflichtet, diese als leerstehend zu deklarieren. Eine Kommission des Wohnungsamtes schaut sich dann die Wohnung an, und erst wenn sie auf diesem Weg als unbewohnbar erklärt wird, kann der Eigentümer damit in eigener Regie machen, was er will. An die Wohnung wird dann ein Schild gehängt 'unbewohnbar erklärte Wohnung', damit sind alle Eingriffsrechte der Gemeinde an dieser Wohnung verschwunden. Wenn jetzt leerstehende Wohnungen besetzt werden, kann der Eigentümer nicht ohne weiteres die Polizei mit der Räumung beauftragen, sondern die Angelegenheit muß juristisch entschieden werden, wobei die Gemeinde, das Wohnungsamt und andere Institutionen Stellung beziehen müssen, wenn die Besetzer verlieren, wird regelmäßig in die Berufung gegangen, und so zieht sich der Räumungsprozeß ziemlich lange hin.

Diese Vorschriften hören sich auf dem Papier ganz gut an, aber erstens haben sie auch spürbare Nachteile, zweitens werden sie durch die verschiedensten Tricks umgangen. Vor allen Dingen in kleineren Orten Hollands, wo es kaum neue Wohnungen gibt, ist es beinahe unmöglich ohne Beziehungen zur Gemeinde zu haben, eine Wohnung zu bekommen. Wie soll beispielweise eine Wohngemeinschaft irgendwo auf dem Land etwas finden, wenn der Bürgermeister dich nur auf die Warteliste setzt, wenn du verheiratet bist, einen festen Beruf hast, eventuell noch der richtigen Kirche angehörst. Und in den größeren Städten werden die staatlichen Vorschriften gerne umgangen, indem Hausbesitzer die Wohnungen bewußt vergammeln lassen, sie voll mit Ausländern und anderen Wohungsbedürftigen stopfen, bis sie tatsächlich verwohnt und verrottet sind um den Freibrief 'nicht bewohnbar' für diese Wohnungen zu bekommen. Dazu kommt noch, daß gerade Amsterdam der Umwandlung von Wohnraum in Bürohäuser nicht abgeneigt ist. Die internationale Spekulation wird gerne zugelassen, da die Stadt ihre Position als Handels- und Finanzzentrum, die im Laufe der Zeit vor allen Dingen gegenüber Rotterdam stark zurückgegangen ist, wiederg gewinnen will.

Die Geschichte des 'GROOTE KEYSER'

Die Häuser in der Keizersgracht waren früher Eigentum der Amsterdamer Technischen Universität. 1969 wurden diese Häuser von der OGEM-Konzern aufgekauft. Die OGEM (Überseeische Gas- und Elektrizitätsgesellschaft) nahm ihren Anfang während der niederländischen Kolonialzeit. Bis 1950, der Unabhängigkeit Indonesiens, hieß sie noch Niederl.-Indische Gasgesellschaft. Mit ihren Tochtergesellschaften ist sie weiter gut in Rhodesien und Südafrika im Geschäft, seit den 60 Jahren steigt sie allerdings wieder stärker mit Investitionen in Westeuropa ein, insbesondere in Holland, und das auf allen möglichen Gebieten von Handel, Technik und Bau. Es ist beinahe unmöglich, einen Tag in Amsterdam oder Rotterdam rumzulauten, ohne mit der OGEM konfrontiert zu werden, ob es nun Banken, Warenhäuser, die Universität oder die Amsterdamer U-Bahn ist, überall hat die OGEM ihre Finger im Spiel. Hier noch interessant zu sagen, daß ein gewisser Jan Berend, ehemaliger Wohnungsbauminister heute im Vorstand der OGEM sitzt. Die OGEM hat nach dem Ankauf der Häuser im 'Keyser' einen Kaufvertrag mit dem spanischen Spekulanten Leon unterzeichnet. Demnach müssen die Häuser Keizersgracht 242-252 bis 2. Januar 1979 leer abgetreten werden, sonst steht Leon täglich eine Entschädigung von 8000 Gulden zu.

Am 1. November 1978 wurden die Häuser von 50 Wohnungssuchenden besetzt, daneben vier weitere Häuser des ehemaligen TU Komplexes. Es kam zu Verhandlungen zwischen OGEM, Gemeinde und Besetzern, OGEM bot der Gemeinde die Häuser zum Kauf an, wollte dafür andere Häuser in der Prinsengracht geräumt haben. Diese Verhandlungen stellten sich als Scheinverhandlungen heraus, als herauskam, daß die Häuser bereits vertraglich an Leon zugesichert worden waren. Nach einem Jahr prozessieren gewann die OGEM gegen die Besetzer, die gewaltsame Räumung wird angekündigt, zuerst am 26.11., dann zum 14.12.79. Inzwischen ist das ganze Gelände von hunderten Besetzern und Freunden aus allen Teilen der Stadt verbarrikadiert worden. Beinahe vier Wochen lang bereitet man sich so auf die Räumung vor. Immer wieder kommen neue Gerüchte auf, daß geräumt werden soll. Dann wird versucht, die Besetzer zu spalten, indem einigen anderer Wohnraum angeboten wird. Um gegen diese Zermürbungstaktik zu protestieren, besetzen am 19. Dezember ungefähr 100 Leute den Saal des Gemeinderats. In einem Manifest wird die Gemeinde des Verrats an 53.000 Wohnungssuchenden, der Mitarbeit mit Spekulanten angeklagt. Es fliegen Rauchbomben, die Besetzer ziehen ab, der Gemeinderat muß den Saal verlassen.

Die Besetzer fassen die Auswirkungen der 'Stadtsanierung' der letzten Jahre in Amsterdam zusammen:

– so wurden 1975 am Nieuwmarkt mehr Häuser abgerissen als während des ganzen zweiten Weltkrieges zerstört worden waren – alles für den U-Bahnbau.

– Überall in der Stadt finden wir regelrecht Löcher, 10.000de Quadratmeter Büroraum stehen leer
– Räumungen und Provokationen, wenn nicht von der Polizei, dann aber von privat angeheuerten Rollkommandos sind an der Tagesordnung. Und damit auch eine starke Infiltration von Spitzeln in die Besetzerbewegung. So hat es die OGEM geschafft, über bezahlte Spitzel, die auch als Hausbesetzer auftraten, hinter die Namen der aktiven Besetzer zu kommen.
– Die Anzahl ‚woningwetwoningen', das entspricht ungefähr dem sozialen Wohnungsbau bei uns, die 1978 neu entstanden, betrug lediglich 350.

Und das alles bei 53.000 registrierten Wohnungssuchenden!

In Amsterdam wird die gegenwärtige Auseinandersetzung als entscheidend eingeschätzt. Die Periode des passiven Widerstands gehört der Vergangenheit an. Wir werden weiter über den ‚Groote Keyser' informieren – die Häuser können täglich geräumt werden.
Wenn ihr die nächsten Tage nach Amsterdam kommt, geht mal in der Keizersgracht 242 - 252 vorbei, Informationen gibts über

‚Kraakkrant'
- Groote Keyser -
Postbus 16667
Amsterdam

Wer die Besetzer finanziell unterstützen will:
- giro B 47927
z.Hd. Bot,
- Groote Keyser -

IRAN: Botschaft oder Spionagezentrum?

DIE IRANISCHEN SPEZIS DER AMERIKANER

Teheran/Frankfurt, 9.Februar 1980

Im ID 318 wurden Dokumente veröffentlicht, die von den Besetzern der amerikanischen Botschaft in Teheran stammen. Darin werden einige Leute, die in Opposition zum Schah gestanden hatten, beschuldigt, recht freundliche Beziehungen zur U.S.Botschaft gehabt zu haben – konterrevolutionär oder hochverräterisch könnte man sie nennen. Um den Eindruck zu vermeiden, als würden mit den Dokumenten ehemalige Schah-Gegner hauptsächlich deswegen denunziert, weil sie gegen Chomeini sind, bringen wir genauere Informationen über die drei Belasteten: Moghadam Maraghei, Derakshesh und Entezam. Die Einschätzungen stammen von der CISNU (Confederation of Iranian Students/National Union)/Frankfurter Zentrale (sagen wir mal: CISNU-Fraktion der undogmatischen Linken))

Moghadam – der Mann Schariat Madari

Daß er mit den Amerikanern in Verbindung stand, wundert uns nicht. Er ist der Mann Schariat Madaris, auf dessen Betreiben hin sollte er Gouverneur von Azerbeidschan werden. Über Schariat Madari haben wir geschrieben („Marx, Allah und Rockefeller" im Frankfurter „Pflasterstrand" vom 26. Januar und 9.Februar):

Schariat Madari hat immer zum Abgang des Schahs ein Jein gesagt ... DIe Massenmedien hier machen ihn zum Wortführer der Autonomie für die Aserbeidschaner. In Wirklichkeit ist er der einzige, der sich gegen Autonomie eingesetzt hat. Er geht von einem zentralen Staat aus, obwohl er Aserbeidschaner ist und obwohl er seine Anhänger in Aserbeidschan hat. Er hat nie das Wort Autonomie auch nur in den Mund genommen. Die Politiker, die Schariat Madari nominiert haben und die Partei, die hinter ihm steht, die islamisch-republikanische Volkspartei, sind Großbourgeois. Hinter Schariat Madari stehen die, die einen liberalen Staat wollen, z.B. die Bazaris. Je reicher die Geschäfte sind, desto mehr Schariat Madari-Bilder hängen rum. Die armen Geschäfte, die kleinen Schuster usw. haben Chomeini-Bilder an der Wand. Daran siehst du genau, wer für Schariat Madari ist.

Das ganze Spektrum der Linken steht in einem ambivalenten Verhältnis zu Chomeini, während sie zu Schariat Madarin eine klare Position einnehmen. Sie sagen, er ist der Sprecher der Großbourgeois, der sich einen geregelten Kapitalismus wünscht, der gerade zu den Verhältnissen geführt hat, die wir unter dem Schah erlebten. Die Linken glauben nicht, daß in Persien der Parlamentarismus und eine freie Marktwirtschaft existieren kann. Eine Unterstützung von Schariat Madari würde letzten Endes dahin führen, daß wir kapitalistische Ausbeutung plus Diktatur hätten.

Moghadam Maraghei saß in der „Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran", die Jimmy Carters Konzeption der Menschenrechte vertrat, ohne CIA-Leute zu sein. Zur Zeit ist er untergetaucht.

Derakshesh – der gelbe Gewerkschaftler

Mohammed Derakshesh wurde 1963 zum Erziehungsminister ernannt. Vorausgegangen war eine landesweite Demonstration der Lehrer. Bei einem Demonstrationszug wurde ein Dozent von der Polizei erschossen. Daraufhin machte der Schah Zugeständnisse. Derakshesh hatte es geschafft, mit Hilfe der Regierung sich an die Spitze der Lehrergewerkschaft zu setzen. Es gelang ihm auch, der sich ausbreitenden Protestwelle Einhalt zu gebieten. Aber es vergingen kaum drei Wochen nach seiner Amtsübernahme, bis alle Lehrer des Landes seine eigentliche Funktion, die Proteste einzudämmen, durchschauten.

Obwohl er später keine überragende Stellung innehatte, wurde er nie als echter Oppositioneller angesehen. Seine jetzt bekanntgewordenen Verbindungen mit den Amerikanern verwundern niemanden. Die Bezeichnung „Gewerkschafter" sollte niemanden irreführen.

Derakshesh hat im Augenblick keinerlei politischen Einfluß.

Entezam – der Draht nach Washington über Stockholm

Unter dem Schah war Entezam nicht politisch aktiv. Er ist Kleinunternehmer und Ingenieur, ging dann nach den USA und schließlich zu Chomeini nach Paris. Erst damit hat er sich politisch engagiert. Als Regierungssprecher der Regierung Basargan hat er die Notwendigkeit begründet, einen neuen Geheimdienst aufzubauen, und ging scharf gegen die Linken vor. Als Botschafter in Schweden pflegte er seine diskreten Verbindungen weiter. Bei einem Besuch inTeheran flog die ganze Sache auf, und er sitzt jetzt im Gefängnis.

Kontakt zur CISNU/Frankfurter Zentrale: CISNU , Postfach 900 566, 6000 Frankfurt 90.

Komm, sonst verlierst Du mein Vertrauen!

FANTASIA-PROZESS: ENTPOLITISIERUNG NICHT GELUNGEN

Stuttgart, 9. Februar

Von den Fantasia-Druckern — Haupt„delikt": sie glauben nicht an die „Selbst"morde von Meinhof, Baader, Ensslin und Raspe in Stammheim — kommen schlechte Nachrichten:

Am 8. und 11.Februar hat der Staatsanwalt plädiert. Ohne auf den Vorwurf der Kuriertätigkeit und „Container"-Übermittlung für die Rote Armee-Fraktion überhaupt noch einzugehen, forderte er Gefängnisstrafen für die fünf anwesenden Angeklagten, ausschließlich mit dem Vorwurf der Förderung einer terroristischen Vereinigung (§129a) und mit der Gesinnung der Angeklagten begründet. Das geforderte Strafmaß für Birgid (s. ID 318) ist ein Jahr neun Monate, für Doris und Dorit zwei Jahre, für Bert und Barbara drei Jahre. Bert und Barbara wurden auf Antrag des Staatsanwalts sofort in Haft genommen, weil aufgrund der hohen Strafen (!) Fluchtgefahr bestehe, zumal sie nach der bevorstehenden Zerschlagung der Druckerei ihre Existenzgrundlage verlieren würden.

Unmittelbar nach der Beweisaufnahme durch das Gericht hatten die Angeklagten Anfang Januar einen Antrag gestellt, in dem es heißt:

„Wir beantragen die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen uns.

Begründung:

Der Prozeß gegen uns ist ein Teil der Aufstandsbekämpfung, deren Richtlinien in internationalen Gremien entwickelt wurden zur Befriedung der Metropolen, der Peripherieländer und der Dritten Welt.

Diese Richtlinien werden innerhalb der NATO sowie in dem special comitee entwickelt, einem Unterausschuß des Sicherheitsausschusses der NATO — einem Gremium von Regierungsvertretern der westeuropäischen und nordamerikanischen Länder des Bündnisses, das der Festlegung und Abstimmung der Maßnahmen der Widerstandsbekämpfung dient.

Die Grundlagen, von denen aus in diesem Ausschuß die Strategien der Aufstandsbekämpfung entwickelt wurden, stützen sich auf die von den Geheimdiensten, in denen auch Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz personell vertreten sind, vorgegebenen ‚Sicherheits- und psychologischen Lageberichten' in den Metropolen.

Von der amerikanischen Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung wird ein Bericht vorgelegt über die Guerillagruppen, die von den Militärs des Pentagons als stärkste Bedrohung für den US-Imperialismus betrachtet werden.

US-Behörde wertet RAF als transnationale Gefahr. . . nur 4 oder 5 der etwa 50 bekannten Gueriallagruppen stellen eine transnationale Gefahr dar. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der Amerikanischen Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, der in Washington veröffentlicht wurde.

Als gefährlichste Organisation wurde neben der deutschen RAF die Palestian Liberation Organisation (PLO), die japanische Rote Armee, die puertorikanische Befreiungsbewegung und die amerikanische Indianerbewegung genannt. Der Bericht empfiehlt den USA die vorbeugende Bildung eines Krisenstabes nach bundesdeutschem Muster."
(Laut Welt vom 13.11.1977, Agence France Press, Washington)
(. . .)

Um die permanente Hetze gegen die RAF betreiben zu können, brauchen sie die Medien, die als Sprachrohr der Polizeibehörden fungieren, brauchen sie die institutionalisierte Nachrichtensperre, indem alles das unterdrückt wird, was im Widerspruch zu ihrer Propaganda steht.

Der Prozeß gegen uns ist die Ausweitung der Kriegsführung gegen die Guerilla auf die legale antifaschistische Linke und bedient sich derselben Mittel, der Denunziation, der Lügen, Verfälschungen in den Medien, um die Angriffe des Staatsschutzes wie die Hausdurchsuchungen, die Druckmaschinenbeschlagnahme, die Verhaftungen von Doris, Dorit und Birgid und jetzt den Prozeß nach außen legitim erscheinen zu lassen.

So wurden in den Medien die Verhaftungen als Fahndungserfolge propagiert:

- „Welt", 20.5.78: „mutmaßliche Terroristinnen festgenommen",
- „Rheinpfalz", 20.5.78: „Kuriere des Terrorismus",
- „Bild", 20.5.78: „Stuttgart: Terrornest ausgehoben",
- „Abend", 15.1.79: „Bei der RAF mitgemacht?"
- „Bild am Sonntag", 14.1.79: „Fall Schleyer, junge Frau festgenommen".

Die Handlangertätigkeit der Justiz für den Staatsschutz ist auch konkret in dem Prozeß gegen uns unübersehbar. Klar ist, daß der Staatsschutzsenat und die Staatsanwaltschaft mit den Staatsschutz- und Polizeibehörden zusammenarbeiten.

Das zeigt sich an:

1. Prozeßbeschleunigung durch Einengung des Verfahrens auf die für den Staatsschutz relevanten Inhalte, die über das Verfahren kriminalisiert werden sollen.

Das geschieht zu einem Zeitpunkt, als in diesem Schauprozeß das das Gericht seine Beweisaufnahme zu den dann eingestellten Punkten bereits durchgezogen hat, die aber trotzdem verwertet werden. Zusammen mit der Einschränkung des Erklärungsrechts hat dies zum Ziel, die politischen Inhalte rauszuhalten.

Dazu ein Zitat aus der Stuttgarter Zeiutng vom 20.12.79:
„Rebmann lobte die Justiz, der es gelungen sei, die Terroristenprozesse zu entpolitisieren."

2. Daß beim Bundeskriminalamt und Landeskriminalamt Akten zurückgehalten werden, um die illegale Arbeitsweise des Staatsschutzes und der Polizeibehörden nicht an die Öffentlichkeit zu bringen, seien es Observationen, totale Kontrolle unserer ein- und ausgehenden Post, Abhören der Wohn- und Arbeitsräume und des Telefons.

Klaus Croissant sagte zum Stammheimer Prozeß gegen Andreas, Gudrun, Jan und Ulrike: „Die AKten werden vielmehr zurückgehalten, weil in ihnen die ganze Dimension der staatsschutzpolizeilichen Durchdringung der Gesellschaft sichtbar würde. An der Vorlage von rund 1600 zurückgehaltenen Aktenordnern würde sich zeigen, wieweit die Staatsschutzapparate, BKA und Verfassungsschutz die Macht tatsächlich usurpiert haben."

3. Manipulation der Zeugen, die bis auf eine Ausnahme nur vom LKA, und BKA kamen, die von Zeugenbetreuern oder den speziell auf uns angesetzten und mit dem Ermittlungsverfahren gegen uns betrauten Polizeibeamten instruiert werden. Befragungen der Polizeizeugen durch unsere Rechtsanwälte und uns zu verhindern durch Mikrophone abstellen oder Aussagebeschränkungen, auf deren Einhaltung die Schlüter (Richterin) in der Regel mehr achtet als die Zeugen selbst.

4. Trotz dem erklärten Ziel des Staatsschutzes, die politischen Inhalte aus diesem und allen anderen politischen Prozessen rauszuhalten, können sie oft nicht anders, als die Kriminalisierung politischer Inhalte politisch zu begründen.

Die Forderung nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention für Günter Sonnenberg, Gefangener aus der RAF, die wir im Prozeß nochmals aufgestellt haben, wird von Staatsanwalt Pflieger als ‚Unterstützungsbehandlung' für die Guerilla deklariert. Er sagte wörtlich: ‚Das ist ja internationales Kriegsrecht.'

Kontaktadresse: Fantasia-Druck, Schlosserstr. 8a, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/ 60 61 26

Motzer

„DER ANGEKLAGTE MACHT VOR GERICHT EINEN INTELLIGENTEN EINDRUCK. . . FOLGLICH IST ER ZU VERURTEILEN"

Bad Schussenried/Ravensburg, Januar 1980

Im Mai letzten Jahres, genau zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, veröffentlichte der Münchner Schriftsteller Heinz Jacobi einen offenen Brief an den frischgewählten Bundespräsidenten Carstens. In dem Brief zieht Jacobi alle seine Proteste gegen die Ernennung seligen Präsidentens zurück, mit der Begründung, dieser Staat verdiene keine anderen Repräsentaten als „Figuren wie Carstens oder Filbinger". Wegen einiger Formulierungen in dem Brief wurden die Veröffentlicher BLATT (München) und PODIUM (Augsburg) beschlagnahmt. Spätere Veröffentlichungen (z.B. in der TAZ) blieben unageahndet. Als das Eschhausheft (Zeitung des Diusburger Juz) den Brief auch abdruckte, beantragte die Stadtverwaltung mit Unterstützung der SPD die Schlie°ung des JUZ. Die CDU war natürlich auch dafür. Hier der Pro.eßbericht von Ralph vom Motzer:

UNSER VERBRECHEN

war, daß wir nen Artikel über die drohende Schließung des Eschhauses schrieben (52.Motzer). Und wir berichteten auch über den Grund des Schließungsantrags. Nun konnten wir es kaum dabei bewenden lassen, den Jacobi Brief nur zu nennen, denn damit kann nur der was anfangen, der den Brief kennt. Folglich haben wir den „bösen" Brief mitabgedruckt. Dazu noch einen Vorspann :

„Nachfolgend dokumentieren wir den Brief des Münchner Schriftstellers Heinz Jacobi, der nicht nur in Duisburg viel Wirbel verursachte (drohende Schließung des Eschhauses), sondern bereits am 23.5. zur Beschlagnahme des Münchner Stadtblattes BLATT führte. Auch die Augsburger Stadtzeitung „Podium" und eine Regenburger Zeitung wurden wegen des Abdrucks beschlagnahmt unter dem Verdacht gegen § 90a (Verunglimpfung des Staates) verstoßen zu haben. Über die BLATT-Beschlagnahme haben wir im 46.Motzer bereits berichtet, aber den Brief haben wir damals nicht abgedruckt. Das gebietet uns angesichts der schwerwiegenden Folgen inzwischen die journalistische Sorgfaltspflicht."

Also keine Distanzierung, sondern ein Vorspann, der klarstellt, daß der Brief 'ne Dokumentation und zur zusammenhängenden Information der Leser notwendig ist.

DIE ANKLAGE

war bei uns die gleiche wie beim BLATT und PODIUM: § 90a, gestützt auf die bösen, bösen Formulierungen des Heinz Jacobi, die man scheinbar nicht veröffentlichen darf. Der 52.Motzer wurde beschlagnahmt. Ob das wohl absurd ist, daß ich nicht mal mehr schreiben darf, weshalb ich angeklagt bin, oder soll ich mich von der Anzeige distanzieren, Herr Staatsanwalt? Egal, der Oberstaatsanwalt Dürr mußte es jedenfalls nicht, als er in einem Interview mit dem Südwestfunk die bösen Passagen zitierte, was dann auch gesendet wurde – am Sonntagnachmittag. Am Sonntagabend kam dann nochmal das gleiche Interview, allerdings ohne das Zitat. Stattdessen war ein kurzer Piepston zu hören.

DER PROZESS

Der Staatsanwalt trumpft so richtig auf:

Nach der obligatorischen Feststellung meiner Personalien ging der Oberstaatsanwalt Dürr sogleich in die Offensive: Vor dem mit 80 Besuchern total überfüllten Saal 23 des Ravensburger Amtsgerichtes verkündete er die Gründe für die Anklage gemäß § 90a. Nach einem kurzen Einwurf meinerseits, die Dokumentation sei ein Teil des Eschhaus-Artikels und als solche zu werten, kam er dann richtig in Fahrt: „Sie glauben wohl, Pressefreiheit sei, daß jeder schreiben kann, was er will?!" und „Mit journalistischer Sorgfaltspflicht kann man ja alles rechtfertigen". Väterlich: „Es geht mir hier nicht darum, den Angeklagten zu verurteilen, aber (etwas lauter) es müssen Maßstäbe gesetzt werden!" Etwas später und noch lauter: „Was geschrieben werden darf, das bestimmen wir – und im übrigen auch die Rechtsprechung."

DER STAATSANWALT KOMMT LEICHT INS SCHWITZEN UND MACHT UNS EIN ANGEBOT

Unsere Argumentation war, daß es doch bisher überall, auch in bürgerlichen Zeitungen, üblich war, wichtige Texte zu dokumentieren. Ob denn die Schwäbische Zeitung ein Kommunistenblatt sei, weil sie ab und zu Breschnew zitiert? Oder ob die FR die RAF unterstützt, weil sie schon mal (zur Schleyer-Entführung) deren Texte dokumentierte? Ob der Staatsanwalt sich eigentlich selbst verfolge wegen seiner gar freimütigen Plauderei aus dem Jacobi-Brief im SWF? OSTA Dürr: „Das steht hier nicht zur Sprache" (leises Gelächter). Warum denn die TAZ, die Wanze, die Collage usw. usf. den Brief veröffentlichen durften, und der Motzer nicht? – „Sicher, es gibt eine große Dunkelziffer, aber ich kann ja nicht alle Zeitungen lesen". Ob denn eine linke Tageszeitung mit 30 000 Auflage den bundesdeutschen Staatsanwälten nicht bekannt sei (sich langsam steigerndes Gelächter)?

Es sei ihm auch klar, sagte er dann, daß der Angeklagte

im Verbotsirrtum handelte, aber der Verbotsirrtum sei zu umgehen gewesen, da dem Angeklagten bekannt war, daß andere Zeitungen wegen selbigen Briefes beschlagnahmt worden sind. (Und die nicht beschlagnahmten??) Doch wolle er, der Staatsanwalt, es dabei bewenden lassen, den Angeklagten zu verwarnen und ihm zur Bekräftigung der Verwarnung zu 600 Mark zu verurteilen, die aber nur dann zu zahlen sind, wenn der Angeklagte in den nächsten 2 Jahren wieder gegen die Presserechtsparagraphen verstößt. Und da der Artikel als Ganzes gewertet werden müsse, sei die Verunglimpfung des Staates ZWISCHEN DEN ZEILEN zu erkennen. Sogleich übergab er der Richterin ein Urteil des Oberlandesgerichts Köln, wo die Strafbarkeit des „ZWISCHEN DEN ZEILEN VERUNGLIMPFENS" in einer Grundsatzentscheidung zum Buback-Nachruf in die deutsche Rechtsprechung eingeführt wurde.

Da half auch das saugute Plädoyer meines Rechtsanwalts Wolfgang Weber nix mehr.

Er wies zum einen nach, daß der § 90a verfassungsrechtlich als höchst bedenklich einzustufen sei. Zum anderen belegte er, daß der Verbotsirrtum auf keinen Fall verschuldet sein könne, da jede Menge Zeitungen den Jacobi-Brief ungestraft veröffentlicht hatten.

DAS URTEIL, GESPROCHEN VON RICHTERIN MÜLLER

— Die Verunglimpfung liege zwischen den Zeilen, und dort liegt sie deshalb, weil ich mich nicht distanzierte. Gelächter. Staatsanwalt Dürr steht auf und (sehr laut): „Darum geht es aber!" Noch mehr Gelächter.

— Ein Verbotsirrtum sei zweifellos vorhanden, aber weil „derAngeklagte Abitur hat und vor Gericht einen intelligenten Eindruck machte". Zwischenruf: Im Gegensatz zum Staatsanwalt! Äußerst lautes und anhaltendes Gelächter. „. . . hätte er den Verbotsirrtum umgehen können und ist deshalb zu verurteilen". Laute Buh-Rufe. „. . . zu 450 DM auf 2 Jahre Bewährung." Wies der Staatsanwalt vorgeschlagen hat.

Daß wir gegen dieses Urteil Berufung eingelegt haben, ist eh' klar.

WAS WIR WOLLEN

1.) Sehen wir in der Anklage gegen Heinz Jacobi einen erneuten Angriff gegen die Meinungsfreiheit; die — grundgesetzlich garantiert — eine Voraussetzung für sowas wie Demokratie sein sollte.

2.) Ist es sowieso klar, daß wir für uns das Recht in Anspruch nehmen, berichten zu können,was geschehen ist. Und warum!!! Und zwar ohne für oder gegen jemand Partei ergreifen zu müssen. Von den Tatsachen kann sich niemand distanzieren!!!

3.) Werden wir auf jeden Fall alles dransetzen, dieses Recht auf Berichterstattung für jede Zeitung und jedes Ereignis durchzusetzen. Egal, ob's dem Staat in den Kram paßt oder nicht!!!

Wir fordern alle Zeitungen,Gruppen und Einzelpersonen auf, uns zu unterstützen!!

Was wahr ist, wird auch gedruckt.

Kontakt: Motzer, Postfach 1163, 7980 Ravensburg.

P.S.: Schon wieder ein Prozeß gegen den Motzer! Bürgermeister Kohl, den ID-Lesern bestens bekannt und vielleicht der meistbelächelste Bürgermeister in der bundesrepublikanischen Provinz, hat sich durch die Motzer-Nummern 28 und 30 verleumdet gefühlt und gegen 5 Leute vom Motzer geklagt.

Verhandelt wird dies am Donnerstag, den 21.Februar, in Biberach im Amtsgericht, Zi. 13 ab 8.30 Uhr. Kommt!

1. „Können Sie mich bitte zuerst bedienen? Mein Vater sitzt nämlich ganz ungeduldig zu Hause und wartet darauf"

2. Ja gut, was soll es denn sein?

Eine Rolle Klopapier!

Heilpraktiker

Haarig Lange

HEILPRAKTIKER

Heilpraktiker ist eine von vielen kleinen New wave bands, die nur von den Wänden her,und in den Köpfen ihrer Mitglieder besteht.Ich schreibe hier über diese Phantom Band da die 4 (3) Mitglieder in meiner Nähe wohnen und keinen Artikel verdient haben.
Heilpraktiker das sind: Haarig lange (tonne + becken), ludwig Sadatata (giTarre +ges(t)ank),Kochs ka ka (gesank etc.),Ozzy Doof (hampel-boy).Ozzy hat inzwischen die Band aufgrund "musikalischer" Differenzen verlassen.
Heilpraktiker machen deutsche Texrte und spielen mitlerweile ~~text~~ garnicht mehr zusammen.
Im Juli '79 jedoch waren sie eifrig am üben.eine Auftrittsmöglichkeit im Gemeindehaus war angesagt.

Auf dem Klo sind Sie versichert – in der Kantine nicht!

So probten sie jedes Wochenende ein paar Stunden in einem stillgelegten Hühnerstall.Zugegeben die Anlage war nicht die beste,aber der Krach der da nach außen drang war unbrauchbar.Ozzy Doof mit Gitarre trug mit seinem Rhytmen erheblich zum chaotischen Teil des Lärms bei,so verließ er schließlich den Stall.Er sah keine Hoffnung und hofft jetzt bei einer entschiedent begabteren band als Sänger einsteigen zu können.
Der besagte Auftritt wurde dann jedoch verschoben.
Insgesamt dreimal verschoben und dann ganz aufgehoben.
Es folgten jedoch lukrative Angebote im Krawall 2000 aufzutreten,aber man lehnte dankend ab. Ludwig Sadatata:"das Krawall Publikum ist nicht unser Publikum. die akzeptieren bloß den akuten Ramones Sound.Gruppen wie Kfc,buttocks,coroners,copslayers,..."
Ludwig Sadatata hat die band auch zusammengestellt.
Drammer Haarig lange ist ein echter Hippie.Er hört am liebsten Genises,Pinck fleud &co.die einzigste Punkanlehnende band die er mag sind die Stranglers.
Warum hat ludwig S. diesen Affen denn nun eigentlich engagiert? Sadatata:"Haarig erfüllt nicht nur den ersten Grundsatz unserer band,das er überhaupt keine Ahnung hat,nein er übertrifft diesen Grundsatz sogar noch,... er hat auch kein Interesse daran."

Heilpraktiker onstage (wo sie nie [illegible]
Läft zu reit! Ludwig Sadatata, Kochs ka ka
Haarig Lange, Ozzy Doof

Ozzy

Ludwig Sadatata

Kochs Ka Ka

„Ich möchte lieber verrückt sein ..." Jeder zehnte Bundesbürger ist psychisch krank. Zehntausende werden Jahr für Jahr als Patienten in Einrichtungen eingeliefert, die als „Irrenhäuser' verrufen sind.

Sängerin Kochs Ka ka konnte aus dem ersten Auftritt beinahe Kapital schlagen.Ihr Vater [illegible] texte zu [illegible] [illegible],und [illegible] sie nicht mit auftreten [illegible].Sie wollte trotzdem nicht auftreten,aber wie [illegible] fiel ins Wasser.Inzwischen arbeitet sie [illegible] ist hier kaum mehr anzutreffen.
Sadatata:"es hatte alles keinen Zweck.Jeder [illegible] uns mehr [illegible].einmal waren wir gut in Form, [illegible] monoton,aber brauchbar.leider haben wir das nicht aufgezeichnet,bei den folgenden Proben [illegible] schon wieder [illegible] hatte [illegible] [illegible]."
Kochs ka [illegible]
da kann man [illegible]
[illegible]
noch auftret[illegible]
wir die [illegible]
[illegible]

Aussichtslos (Text: Heilpraktiker)
[illegible]
Ein Deutscher hat das Mittelmeer entzundet ...
[illegible]
Atomkrieg in Arabien-
der Suezkanal jetzt in die Elbe mundet
[illegible]
Deutschland wird nach Sibirien versetzt

WARUM BRAUCHEN GEFANGENE DROGEN ?

Hans Jürgen Kaut, der Gefangener in der Justizvollzugsanstalt Kassel (Theodor-Fliedner-Stra. 12) ist, reagierte mit einem Brief auf den ID-Bericht „Weiter habe ich im Auftrage Mitgefangene ausspioniert..." (ID 318), in dem ein gefangener Pakistaner darüber berichtet, wie er u.a. Mitgefangenen im Auftrag der Anstaltsleitung Rauschgift in die Zelle schmuggelte. Hans Jürgen Kaut will eine Diskussion über Drogen im Knast:

„... Ich finde, mann muß sich doch jetzt einmal die Frage stellen, warum versucht wird, unter allen Umständen Rauschgifte in eine Anstalt zu bringen, egal ob dabei ein guter Kumpel auffliegt oder nicht? ? Meiner Meinung liegt es an dem reinen Verwahrvollzug, der gerade hier in Kassel-Wehlheiden praktiziert wird. Für mich jedenfalls ist es doch ganz verständlich, daß wenn man Menschen von 24 Stunden 23 Stunden unter Verschluß hält, schlimmer als Tiere, diese es einfach nicht mehr aushalten, und dann eben zu Drogen greifen. Warum müssen diese Leute dann noch bestraft werden, sind sie denn nicht schon schlimm genug bestraft durch die vielen zweibeinigen Ratten, die es gerade hier in Kassel gibt und durch den reinen Verwahrvollzug? Nein, hier wird versucht, Menschen kaputt zu machen, mit allen Mitteln.

Ich fände es gut, wenn Ihr diesen Brief veröffentlichen würdet, denn mich würde mal die Meinung anderer Gefangener in anderen Knästen interessieren.

Tschüß bis dann
Jürgen Kaut

→ aus: SHITBOLZEN FANZINE

Medizinische Versorgung im Knast

AM BEISPIEL HAMBURG

Hamburg, 12.2.1980

Ein Häftling aus Hamburg schrieb einen Brief an die dortige Ärztekammer, in dem er die miserable medizinische Versorgung im Knast beschreibt:

Sowie im Mittelalter die Pest, Cholera und andere Seuchen unter den Menschen Furcht und Schrecken auslösten, lösen die Ärzte in den Gefängnissen immer wieder Furcht und Schrekken unter den Häftlingen, ihren Patienten, aus. Immer wieder ist von vermeidbaren Todesfällen in diesen Mauern die Rede, erfolgen Strafanzeigen, oder das Ersuchen an die Gefängnisleitung, die Hintergründe und Zusammenhänge zu erklären, ohne daß ein solches geschieht, bis sich die Meinung bildet, daß es sich bei den im ‚humanen' Hamburger Strafvollzug Beschäftigten Ärzten um ‚Handwerker des Todes' handeln muß.

Zum Beispiel:

– 1977 ist Heinz Varchim nach 15 1/2 Haftjahren an einem Lungenödem gestorben. Man ließ ihn drei Tage ohne ärztliche Behandlung in seiner Zelle liegen. Zum endgültigen Sterben wird er schnell über das berüchtigte Gefängnislazarett Holstenglacis in das allgemeine Krankenhaus St. Georg transportiert.
– 1978 stirbt Heiner Puhl an Herzschlag. Vierzehn Tage zuvor war er zu einer Herzkreislauf-Untersuchung im Gefängnislazarett Holstenglacis. Dort teilte man ihm mit, daß er weniger rauchen und Kaffee trinken soll. Am Tages seines Todes wird er erneut ins Gefängnislazarett gefahren. Zwei Stunden nach seiner Rückkehr verliert er vor dem Krankenrevier das Bewußtsein und ist tot.
– 1979 verstirbt Norbert Pest kurz nach einer schweren Magenoperation (Magenkrebs) im AK Barmbek. Sein früher Tod wäre vermeidbar gewesen, wenn die Staatsanwaltschaft Bremen seinem Gesuch auf Haftunterbrechung für eine Operation stattgegeben hätte.

Im Bereich der Untersuchung und vorbeugenden Behandlung sieht es entsprechend aus. Untersucht wird teilweise per Ferndiagnose oder Augenschein, wenn die dringend notwendige Untersuchung und Behandlung nicht total abgelehnt wird. Auch hier werden entsprechende Erklärungen oder ein entsprechendes Gespräch zwischen dem Arzt und Patienten, was als Grundlage zu jeder erfolgreichen Behandlung gehören soll-

te, teilweise erst gar nicht erwogen.

Zum Beispiel:

— 1976 macht Josef Walencziekewicz eine Eingabe an die Hamburger Bürgerschaft (Geschäftszeichen: 1370/76 vom 25.10.76), in der es u.a. heißt: ‚Von Amtsärzten wurde wegen Anemie Behandlung in einem öffentlichen Krankenhaus angeordnet. Das geschah nach 9maliger Ablehnung einer Behandlung im ZKH trotz richterlicher Einweisungsverfügung.

— 1978 wird Otto Lutzke mit einer Kiefernhöhlenvereiterung nicht behandelt. Erst nachdem sich der Krankheitsherd bis zum Mittelohr ausgedehnt hat, erfolgen 6 (!) operative Eingriffe. Die Folgen sind: zeitweilige Gesichtslähmung lk, permanente Kopfschmerzen, Schwerhörigkeit, Schwindelgefühl, Gleichgewichtsstörungen, etc.

— 1979 unterzieht sich Joseph Pavlovic zweier Venen- und einer Meniskusoperation. Der Erfolg ist ein steifes Bein, ohne daß sich die behandelnden Ärzte oder die Strafvollzugsbehörde verantwortlich zeigt.

In meinem Fall sieht es nicht viel anders aus. Im Juli 1979 wurde ich durch starke Nieren- und Gallenkoliken gezwungen, das Gefängnislazarett aufzusuchen. Dort sagte wiederholt der mich per Augenschein untersuchende Arzt Dr. Friedland zu mir, daß ich nicht krank sei. Eine Woche später erfolgte auf Veranlassung von Frau Dr. Hommelhoff eine Röntgenuntersuchung im AK St. Georg. Das Ergebnis dieser Untersuchung war dementsprechend (s. Anlage 1).

Am 11.1.80 suchte ich hier im Haus den Arzt Dr. Zippel auf, um eine Verlängerung meiner Lendenwirbeltherapie zu erhalten. Es erfolgte eine kurze Untersuchung per Augenschein, mit dem Ergebnis, daß die, seit einer 1974 durchgeführten Lendenwirbeloperation für notwendig befundene und über die Dauer meiner bisherigen Haft immer wieder verlängerte Therapie, ohne eine Begründung abgelehnt wurde (s. Anlage 2).

Gleichzeitig leide ich unter Leberfunktionsstörungen, die ebenfalls aktenkundig sind. Mein Ersuchen an den Arzt Dr. Zippel, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, wurden — bezeichnenderweise — einfach ignoriert.

Dieses offenkundige Fehlverhalten der hier angeführten Ärzte an weiteren Beispielen aufzuzeigen, ist vermutlich müssig. Genauso müßig, wie als Häftling die fachliche Kompetenz eines Gefängnisarztes in Frage zu stellen, was in der Regel einen Rausschmiß aus der Praxis oder einen ‚gelben Zettel' — Einleitung eines Disziplinarverfahrens, mit häufig anschliessender Iso-Haft etc. — zur Folge hat.

Die sogenannten Fachautoritäten beherrschen die Inhaftierten Menschen über Monate und Jahre, nicht selten über Jahrzehnte, um sie auf diesem Wege dem Vollzugsziel näher zu bringen, über dessen Eindeutigkeit für mich kein Zweifel mehr besteht. Oft ohne jede menschliche Regung die unsinnigsten Anordnung (?) veranlassen, ohne auch nur eine Erklärung abzugeben. Sie üben die totale Herrschaft über den Menschen aus, um nach eigenem Gutdünken mit ‚ihrem Patienten' zu verfahren, wie es unter totalitären Herrschaften nicht schlimmer ist.

Aber wen wunderst in der freiheitlichsten aller demokratischen REchtsordnungen mit ihren Sühne- und Rachapologeten im ‚humanen' Hamburger Strafvollzug.

Manfred Klein, JVA, Am Hasenberg 26, 2 Hamburg 63.

ARBEITSKREIS „MEDIZIN UND STRAFVOLLZUG" GEGRÜNDET

MÜNCHEN 14. Februar

Die physischen und psychischen Folgen des Strafvollzugs haben sich auch seit Inkrafttreten des Strafvollzuggesetzes nicht geändert. Gefangene sind durch die Haft aus ihren sozialen Bezügen herausgerissen. Darüber hinaus sehen sie sich in den Gefängnissen und psychiatrischen Krankenhäusern einer Situation gegenüber, in der der Anspruch auf medizinische Versorgung häufig wegen der Unwissenheit der Betroffenen über ihre Rechte, wegen der Struktur der Anstaltsmedizin und wegen mangelnder externer medizinischer Betreuung nicht verwirklicht wird. (...)

Deshalb hat sich in München der Arbeitskreis „Medizin und Strafvollzug" gegründet. Unser Arbeitskreis ist ein loser Zusammenschluß von Medizinern, Psychologen und Juristen, in dem jeder nach seinen Möglichkeiten und Interessen mitarbeiten kann.

Neben der Aufarbeitung von Problemen der Vollzugsmedizin und Vollzugspsychiatrie sehen wir es als unsere Aufgabe, praktische Hilfe für Gefangene zu leisten.

Kontakt: Arbeitskreis „Medizin und Strafvollzug", Postfach 500113, 8000 München 50

EINE JUSTIZPOSSE UM EIN PLAKAT

Hamburg, 12.Februar 1979

Der Hamburger Rechtsanwalt Uwe Maeffert informiert über das Schicksal eines armen kleinen, unscheinbaren, grauen Post-Verteilerkastens, das sich zu einem Fall für die Gerichte auswuchs:

Im Juni 1976 erhalten die Arbeiter B. und der Heizer S. vom Amtsgericht Hamburg-Harbug einen Strafbefehl über 600,- DM: Sie hätten „in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken. . . einen . . . Postverteilerkasten mit einem 44 x

60 cm großen Plakat beklebt." Nach Einspruch gegen den Strafbefehl sprach das Amtsgericht die beiden wegen des Versuchs einer Sachbeschädigung mit einer Geldstrafe von DM 250,- schuldig. Das Plakat war nämlich noch feucht, als es von zwei aufmerksamen Polizeibeamten am 24.2.1976 um 0.30 Uhr vom Kasten entfernt wurde — deshalb nur Versuch.

Die Staatsanwaltschaft teilte nicht die Auffassung, hier sei eine Beschädigung nur versucht worden; die Verteidigung hielt selbst einen Versuch für abwegig. Das Landgericht fand einen dritten Weg. Es stellte das Verfahren auf Kosten der Staatskasse ein, weil es an einem rechtlich ordnungsgemäßen Strafantrag seitens des Eigentümers, der Post, gefehlt habe. Die Staatsanwaltschaft ging in die Revision. Das Hanseatische Oberlandesgericht hob das landgerichtliche Urteil auf, nachdem es zum Zwecke der sorgfältigen Auslegung des Strafantrags den Postrat Lamprecht von der Oberpostdirektion als Zeugen vernommen hatte. Das Landgericht mußte noch einmal verhandeln. Es sprach die Angeklagten durch Urteil vom 3.4.78 frei, weil durch das Bekleben der Kasten nichts beschädigt worden sei. Kernsatz des Urteils:

„Dem hier in Frage stehenden Postverteilerkasten ist indessen nach seiner Zweckbestimmung keine Ansehnlichkeit zu eigen, die durch das Bekleben mit einem Plakat beeinträchtigt werden könnte. Sein äußeres Erscheinungsbild ist nicht darauf ausgerichtet, gefällig auf den Betrachter zu wirken. Es trägt allein den technischen Erfordernissen Rechnung. Deshalb sind die Postverteilerkästen auch so schlicht, wie es nur irgend möglich war, konstruiert worden. . ."

Dieser klaren Logik konnte die Staatsanwaltschaft nicht folgen. In ihrer Revisionsbegründung schrieb sie u.a.:

„Das gemeinhin erwartete Bild eines Verteilerkastens und damit das ästhetische Empfinden des Beobachters wird gestört, wenn der Verteilerkasten mit einem auffallenden, zweckfremden Plakat beklebt wird."

In einer anderen Sache von Plakatierung hatte die Staatsanwaltschaft kühn und ungezügelt definiert, es sei gerade die „Funktion eines grauen Verteilerkastens, unauffällig zu erscheinen."

Beim Hanseatischen Oberlandesgericht fand die Staatsanwaltschaft mehr Gehör, als sie vermutlich zu hoffen gewagt hatte. Das OLG meinte in einem Beschluß, daß es nicht auf die Ästhetik, sondern allein darauf ankomme, wie der Eigentümer die Sache gestaltet wissen woll. In der Tat: Der Schutz des Eigentums ist das Grundrecht der Verfassung.

Über Ernst oder Unernst der Geschichte verhandelte das Oberlandesgericht Hamburg noch einmal am 6.Februar und entschied, daß das Kasten „nicht beschädigt" worden sei.

Kontakt: RA Maeffert/Scharmer/Morik, Bahrenfelder Str. 93, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/39 16 15.

KNOFO NEWS SERVICE

Düsseldorf 5.2.80

Seit Anfang August läuft in Düsseldorf das Verfahren gegen Knofo Kröcher und Manne Adomeit. Der Anklage nach sollen die beiden in Schweden oder in Deutschland oder sonstwo eine "terroristische Vereinigung" unterhalten und mehrere Schandtaten geplant haben: so die Entführung der schwedischen Ministerin Anna-Greta Leijon, die 1975 die sofortige Abschiebung des schwerverletzten Siegfried Hausner veranlaßt hatte, der DADURCH kurz nach Ankunft in der BRD starb.

3 Wochen lang stand jetzt der eigentliche Hauptteil der Anklage auf der Gerichts-Tagesordnung: schwedische Staatsanwälte sagten aus, was sie bei Vernehmungen von schwedischen Zeugen — den ehemaligen Freunden und Bekannten von Knofo und Manne — herausbekommen haben wollen bzw. was sie als Staatsanwälte sich zurechtkonstruiert hatten. Laut Anklage sollen die Zeugen Knofo und Manne in Schweden belastet haben, weigern sich aber aus berechtigter Furcht, vom berüchtigten § 129a getroffen zu werden, vor einem deutschen Gericht auszusagen. Also ließ man an ihrer Stelle die Staatsanwälte reden. Nach Abschluß ihrer Aussagen, die nach Einschätzung der Verteidigung für Manne und Knofo im wesentlichen entlastend waren, gab Knofo am Montag während der Verhandlung eine Erklärung zu den Vorwürfen ab.

"Wie wenn Kinder 'falsche Post' spielen"

Die schwedischen Staatsanwälte hatten dem Gericht erzählt, was ihnen ihrer Meinung nach Bekannte von Knofo darüber erzählt haben sollen, was Knofo ihnen erzählt haben soll und was andere ihnen über Knofo erzählt haben sollen. So soll Knofo der Anna-Karen Lindgren erzählt haben, man müsse mal die jüdische Synagoge in Stockholm in die Luft sprengen — und ähnliche Absurditäten mehr. Zumindest soll A.-K. Lindgren das vor einem schwedischen Gericht ausgesagt haben. Wo keine Zeugen sind, läßt man halt Staatsanwälte und Polizisten sagen, was sie von den Zeugen gehört haben wollen bzw. was sie als berufliche Strafverfolger sich so zurechtgelegt haben. "Da ist z.B. der schwedische Polizist Axmann: er beschreibt vor Gericht ausführlich das, was er den "raffinierten Entführungsplan" nennt. Auf einer Skizze zeigt er den Ort, an dem angeblich der "Überfall" auf die Ministerin stattfinden sollte. Diese Skizze war ursprünglich ein Zettel mit Namen, Zeichen und Pfeilen, den die schwedischen Bullen solange auf den Stockholmer Stadtplan gelegt haben, bis irgendwas "paßte" — fertig ist der "Tatweg". Als Axmann gefragt wurde, woher er die Gewißheit habe, daß der Überfall genau da hätte stattfinden sollen, gibt er freimütig zu, die Stelle habe er selbst ausgesucht. Beim Abfahren der "Tatstrecke" sei ihm diese Stelle besonders geeignet vorgekommen."

Angesichts dieser kriminellen Phantasie, erklärte Knofo am Montag abend, hätte man sich an Leute wie diese Bullen halten sollen, wenn er es mit seinen Plänen tatsächlich ernst gemeint hätte. Genau diese angeblichen Pläne sind der wesentliche Anklagevorwurf. Denn wo keine Taten sind, klagt man Sprüche an — als "Verabredungsdelikt". Sprüche von der Sorte "man müßte mal. . .", die leider allzu oft zum linken Umgangston gehören (die Erfahrungen mit diesem Prozeß sollten jedem eine Lehre sein, etwas vorsichtiger mit solch sinnlosen Sprüchen um sich zu werfen). Wie beim "Falsche-Post"-Spiel von Kindern trugen die Staatsanwälte aus Schweden diese Sprüche dem Gericht aus 3. und 4. Hand vor. In seiner Erklärung ging Knofo auf diese Vorwürfe ein.

"Überflüssig, auf alles, was da konstruiert wird, einzugehen"

Knofo begann seine Erklärung mit der Richtigstellung einer angeblichen Zeugenaussage, nach der er der Lindgren gesagt habe, daß auch Manne an jener "Kapitalumverteilungsunternehmung" beteiligt gewesen sei, die Knofo dem Gericht inzwischen in näheren Einzelheiten geschildert hat. Er habe darüber mit A.-K. Lindgren nie geredet, ihre Fragen weder bejaht noch verneint. "Hier werden jeden Tag Banken überfallen, was sollen wir uns auch darüber noch unterhalten!", habe er ihr gesagt.

Im übrigen sei es völlig überflüssig, auf den ganzen Schwachsinn, der da konstruiert wird, einzugehen, meinte Knofo — und zwar mindestens 5 Mal während seiner Erklärung. Man müsse sich nur die Zeugen mal angucken: der eine ein halbes Jahr unter schärferen Bedingungen als hierzulande in Isolationshaft gesessen und danach nach eingener Aussage alles unterschrieben, was man ihm vorgelegt hätte. **Man wisse ja, wie diese Aussagen zustandekämen. . .** Anna-Karen Lindgren seien während der Haft Drogen verabreicht worden, was auch urkundlich be-

stätigt sei. Und Warring, der dritte Belastungszeuge, sei zwar zu bedauern, aber ein armer Hypochonder. Typisch für die Konstruktion der Anklage sei auch der fehlgeschlagene Versuch, Lothar Gend zum Kronzeugen zu präparieren.

Und das gleiche wäre es auch, was da jetzt an angeblichen Sprüchen über ihn vorgebracht würde, die Sprüche über Sprengungen, nach denen ja wohl halb Stockholm in Schutt und Asche gelegt werden sollte, oder auch der angebliche Plan, die Bullenbegleitung der Ministerin Leijon notfalls zu liquidieren. Abgesehen davon sagte Knofo, daß die Pläne zur Ministerinentführung nie so konkret geworden seien, wären solche Sprüche halt Ausdruck von Haß oder Wut, die er empfindet. Wenn er tatsächlich alles sprengen würde, was er möchte, so viel Sprengstoff gäb' s gar nicht. Um das Entstehen solcher Sprüche zu verdeutlichen, brachte er noch ein Beispiel: nachdem der Richter den Beschluß, seine Haftbedingungen den der anderen Gefangenen anzugleichen, widerrufen hatte, habe er zu einem Mitknacki gesagt, dem würde er gern eins in die Fresse hauen, der wisse ja gar nicht, wies im Knast aussieht. Richter Ahrend reagierte auf dies Beispiel sichtlich verstört.

Der Sinn dieses ganzen Schwachsinns, meinte Knofo, sei es halt nur, ihn zum gefährlichen "Terrormonster" aufzubauen. So haben die Bullen aus seinem Fotolabor ein angebliches "Volksgefängnis" gebaut, um eine "Terrorbande" aus ihm, andern und Manne zu konstruieren, der jetzt schon 3 Jahre für null-ouvert sitze.

Eine völlig unwirkliche Szenerie

Aber so selbstverständlich der Vorsitzende Richter auch gegen den Widerstand der Bundesanwaltschaft Knofo das Recht eingeräumt hatte, die Erklärung vorzutragen, so klar war es, daß diese Erklärung so viel Wert hatte als ob in Chicago eine Bratwurst platzt. Beides gehört zu der völlig unwirklichen Atmosphäre in der da verhandelt wird.

Richter Ahrend verhandelt in nahezu familiärem Stil, fordert die Angeklagten auf, ihre Rechte wahrzunehmen und behandelt die feixenden Knofo und Mann mit fast "väterlicher Geduld", während er andererseits die schikanösesten Post-Zensur-Beschlüsse gegen die beiden zu verantworten hat. "Wenn der Kröcher hier wäre, der würde das Problem singend lösen", bedauerte er einmal Knofos kurzzeitigen Ausschluß, und ging galant darüber hinweg, daß er selbst es war, der Knofo vorübergehend aus dem Prozeß ausgeschlossen und ihm verschärfte Haftbedingungen verordnet hatte.

Dieser unwirkliche Verhandlungsstil paßt sich hervorragend in die Treibhausatmosphäre des Gerichtssaales: Kein Theatersaal, der einen sofort an Militärtribunale erinnert, zugleich Wut und Ohnmacht erzeugend, wie in Stammheim, sondern ein Raum, der durch Farben und Einrichtung die Nerven soweit betäubt, daß kaum mehr Emotionen aufkommen. Normales Leben ist hier nicht möglich: kein natürliches Licht, keine Luft, keine Außengeräusche, die Decke wölbt sich durch eine optische Täuschung wie eine Käseglocke über den Saal. Zusammen mit den Komplementärfarben grün und rot eine unbedingte Garantie für dauernde Kopfschmerzen und ein "Beruhigungszellen"-Gefühl. Die Zuschauer (in der Regel mehr Bullen als "Öffentlichkeit") werden allein schon durch nicht vorhandene räumliche Distanz fast in dies Geschehen integriert. Die einzigen Emotionen, die dir als Zuschauer kommen, tauchen dann auf, wenn du dir klar machst, daß hier nicht alles künstlich ist, sondern zwei sehr reale Typen durch diesen Prozeß möglicherweise jahrelang eingeknastet werden sollen. Eine Erkenntnis, die durch den Gang der Verhandlung, die sich oft eher wie ein wissenschaftlicher Disput zur Erörterung juristischer Spitzfindigkeiten ausnimmt, nicht verschüttet werden sollte. Denn die beiden sitzen zwecks Realisierung des staatlichen Strafanspruchs "Terroristenverfolgung" durch Beschluß des verhandelnden Gerichts nach § 129a immer noch im Knast. . .

Hakenkreuße auf Jeansjacken

Dieses Gespräch, das wir aus dem Pforzheimer „stadtblatt" (es ist in den Nummern 10 bis 12 in Fortsetzungen erschienen) übernehmen, ist die Abschrift eines Tonband-Interviews, das in der Sendung „point" (Süddeutscher Rundfunk, 3. Programm) publiziert wurde. Rüdiger Becker sprach mit einem rechtsradikalen Jugendlichen, der wegen eines Vergehens gegen das Waffengesetz in einer baden-württembergischen Vollzugsanstalt sitzt:

Rüdiger Becker (B.): habt ihr da eigentlich auch irgendwie mal Zugang zu Waffen gehabt? Habt ihr auch Schießübungen und so was gemacht?

Michael (M.): In Westberlin, ich kann von mir aus jetzt sagen, ick hab 'ne scharfe Waffe gehabt. Es gab andere, die haben auch scharfe Waffen jehabt. Selber groß Schießereien usw. ist in Berlin unmöglich. Westdeutschland, jedenfalls hatten wir da ein Großgruppentreffen in Nürnberg mit der Wehrsportgruppe Hoffmann. Ist hier zur Zeit die größte neonazistische Gruppe in Deutschland außer der NPD. Es waren Hamburger Truppen da, es waren Gruppen aus dem tiefsten Bayern, also München und noch weiter südlich. Es waren hier aus Lörrach, waren 'ne kleine, waren vier bis fünf Männekens da. Jedenfalls was in Westdeutschland intelligent ist, det kam. Unter anderem auch 'n paar Engländer. Und dort sind wir jezogen in den Bayerischen Wald hoch nach'm Allgäu in die Nähe von Kempten. Und dort hatten wir offiziell Schießübungen veranstaltet mit scharfen Kriegswaffen. Wir, äh Gruppe Hoffmann und einige von uns, hatten organisiert den Karabiner K 98, der heute noch als Sammlungswaffe zu kaufen ist, der heute noch bei den Amerikanern verkauft wird, schußfähig. Und mit diesen Dingern, Munition kommt man ohne weiteres ran, wenn man weiß wo, wenn die Beziehungen da sind, kommt man auch heut' an die Waffen ran. Ich kann mich noch entsinnen, wir sind in 'ne Streife reingekommen, Polizeistreife. Und die Leute haben die Waffen jesehen, weil wir se öffentlich getragen haben. Es wurde nichts gesagt von den beiden Beamten. In keiner Weise. Im Gegenteil. Einer sagte noch: „Schöne Waffen, damit möcht ick och mal gerne schiessen."

B.: Da habt ihr dann so richtige Schießübungen auf Zielscheiben veranstaltet und so was?

M.: Ja, wir hatten die Dinger an Bäume genagelt, teilweise Strohfiguren gehabt, also so Schaufensterpuppen mit Stroh ausgestopft oder so ähnlich. Ick kann mich noch entsinnen, Hoffmann selber schoß auf 'ne Puppe, war so'n Leinensack oder so wat, und dem hatte jemand das Gesicht von Ulbricht aufgemalt. Und darauf, beispielsweise, jetzt mal gesagt, hatten wir dann geschossen. Und dann oocn andere Übungen gemacht. Boxen untereinander, jetzt selber, also auf sportliche Art und Weise.

B.: Wozu habt ihr das gemacht? Also mit dem Hintergedanken, das im Ernstfall dann mal zu können?

M.: Ja, auf alle Fälle für den Ernstfall. Denn bei uns in Berlin hieß es, wenn wir wirklich mal jebraucht werden, wenn's wirklich mal hart kommt, dann schlagen wir auch zu.

B.: Ja, was wär denn der Ernstfall gewesen?

M.: Der Ernstfall, zum Beispiel wenn wir total verboten werden vom Gesetz aus. Das kann ich mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, wenn das durchkommt vom Gesetz her, daß alles verboten wird, was sich rechtsradikal nennt, äh, daß einige Gruppen losschlagen. Daß es vielleicht nicht so hart wird, aber ick kann mich vorstellen, daß einige dann so sind wie Anfang der 70iger Jahre Ende der 60iger Jahre, wo die linke Szene, die sogenannte linke Terroristenszene, angefangen hat. Denn Waffen kommt man heute schnell ran. Es gibt nichts schnelleres als sich 'n Revolver bzw. Handgranate oder Pistole zu besorgen.

B.: Hast du da auch Kontakt zu Leuten gehabt, die, von denen du glaubst, daß die mal was machen werden?

M.: Ja. Ich kann selber von mir sagen, wenn es mal wirklich so gekommen wäre, ick wär dabei gewesen. Jederzeit. Wo ich sagen möchte, würde ick heut noch machen. Auch hier hinter Gittern.

B.: Wie stellst du dir das denn vor?

M.: Wenn diese Gruppen draußen wirklich verboten werden, daß es wirklich schon strafbar wird, wenn man irgendwat über Hitler sagt und so weiter. Das darf nicht sein. Denn des is deutsche Geschichte, ist deutsche Tradition, auf die man stolz zu-

rückblicken kann. Gerade die Tradition der deutschen Waffen, sprich Wehrmacht, SS. Und ich kann nicht verstehen, daß man so 'ne Leute als Kriegsverbrecher hinstellt, daß das wirklich verboten werden soll.

B.: Also dann würdest du auch zur Waffe greifen?

M.: Jederzeit. Um das durchzusetzen, jederzeit...

B.: Wie würdest du denn selber deine politische Einstellung bezeichnen?

M.: Extrem rechts.

B.: Was heißt extrem rechts? Also wie weit geht das? Gibt's also irgendetwas, das noch rechter ist als du?

M.: Nein, möcht ich nicht sagen. Also ganz auf die Ideologie des Dritten Reiches. Unser Lehrbuch sozusagen ist das Buch von Adolf Hitler „Mein Kampf" und andere Lektüre aus dieser Zeit. Darauf sind wir voll drauf.

B.: Wie bist du denn da drauf gekommen? Kannst du das ungefähr beschreiben?

M.: Das liegt sehr weit zurück. Das hat angefangen, daß ich in Ost-Berlin geboren worden bin und bei meinen Großeltern aufgewachsen bin. Mein Opa selber ist 1926 als Kriegs-, äh als Freiwilliger zur damaligen Reichswehr, 1933 zur Wehrmacht übernommen worden und '36 zur SS. Und er hat viel Erziehung mitgemacht. Und, äh, wie gesagt, drüben in Ost-Berlin groß geworden und mir hat dieser ganze Staat da nicht gefallen.

B.: Bist du aus Opposition dort zu den Zuständen in der DDR so rechts geworden? Ich meine, es gibt doch auch viele Leute, die da auch sehr kritisch sind, ohne daß die gleich ins Extrem rüberschlagen.

M.: Es kam im Nachherein, wo ick in die Bundesrepublik übergesiedelt worden bin. Kam daher, daß ich hier irgendwie freier leben konnte. Meine Meinung äußern konnte, wat in der Schule drüben überhaupt nicht der Fall war. Hier bin dann ick in Freundeskreise reingekommen, die damals schon, 74/75, teilweise auch schon '73, na wie soll ick sagen, eben auf Hitler gemacht haben. Die haben ihre Jeansjacken gehabt, mit Hakenkreuzen dran, Ritterkreuz und sonst wat getragen. Und eh hieß et, wir wollen gegen die Roten ziehen. War damals 'ne Schlägertruppe. Wir warn in den Kneipen drin, haben uns Bier eingeschenkt usw.

Und wenn wir richtig in Stimmung waren, hieß et: gegen wir ins Böblinger Jugendhaus, da sind die Roten wieder. Machen wir sie nieder. Und da mir heute noch selber die Kommunisten unsympathisch sind und so weiter, ick hasse se wirklich, war ick voll dabei.

B.: Wie habt ihr das so in Böblingen gemacht? Woran habt ihr die denn erkannt, die Roten, wenn ihr gegen die losgezogen seid? Also, wer war denn da ein Roter?

M.: Ganz einfach. Das Jugendhaus wurde geleitet, von, wie nennt sich dat? , einem Jugendarbeiter. Und sie hatten dort oft Veranstaltungen usw., Filmvorführungen und dies und jenes. Dann haben wir jesagt, Kommunisten, die sollen in den Osten rüber. Und wenn sie nicht wollen, kriegen sie von uns Keile. War damals 'ne reine Schlägertruppe.

B.: Ihr seid also dann reinmarschiert in solche Veranstaltungen und habt losgedroschen, oder wie lief das ab?

M.: Ja, wie gesagt. Ich kann mich an keinen Fall entsinnen, wo wir nüchtern waren. Alle stark alkoholisiert und Krach geschlagen erst mal. Wenn Filmvorführungen waren, haben wir die versucht zu unterbrechen. Ja und hat uns jemand angefaßt, dann haben wir zugeschlagen. Wir waren damals 16, 17, 18 Jahre alt und, wie soll man sagen, teilweise schwer bewaffnet.

B.: Was heißt schwer bewaffnet?

M.: Totschläger dabei, Eisenketten, Fahrradketten, Gasrevolver usw. Schlagringe, Lederpeitschen teilweise. Und haben dann auf die Leute eingedroschen. Ick kann mich an einen persönlichen Fall erinnern. Ein guter Kumpel von mir, der nannte sich damals Ortsgruppenleiter, selbsternannt. Und der hatte einen, also Kommunisten für mich, zusammengeschlagen, hat gesagt, er hört erst auf zu schlagen, wenn er mit „Heil Hitler" grüßt. Der lag schon auf dem Boden, konnte kaum mehr sprechen, hat jeblutet wie ein Schwein, der hat nicht gegrüßt. In der Beziehung war für mich, obwohl ick auf die Leute 'nen Haß gehabt habe....
Aber der Mann, da habe ich jedacht, du meine Güte.

B.: Das hat dir imponiert?

M.: Auf alle Fälle, ja. Denn bei uns in der Gruppe war in der Beziehung gar nichts.

B.: Was war denn das eigentlich für 'ne Gruppe? War das denn so eine richtige Gruppe, die auch irgendwie so'n Zusammengehörigkeitsgefühl hatte, oder war das bloß so'ne lose Clique, die halt, also wenn sie besoffen war, dann immer irgendwie zusammen losgezogen ist?

M.: Nach Feierabend, abends, alle für einen, aber tagsüber hat sich keener gekannt. Hat jeder seiner Arbeit nachgegangen, teilweise arbeitslos jewesen und unser Treffpunkt war ne normale Kneipe. Wie jesagt, ohne Alkohol wären wir höchstwahrscheinlich zu den Taten nicht fähig gewesen.

B.: Gabs denn da niemand, der mit euch mal geredet hat, oder der versucht hat, euch mal davon abzubringen?

M.: z.B. der Jugendhausleiter hat's öfter versucht, und wie jesagt, wenn wir im Jugendhaus drinne waren, wir waren dermaßen schon voll, daß wir darauf überhaupt nicht eingegangen sind. Für mich

selber war's damals 'ne schöne Zeit. Da ich das erstemal, wie gesagt, aus Ost-Berlin kam und hier gleich richtigen Kontakt gefunden habe. Und in der Gruppe, wenn wir auf Touren, wie wir jesagt haben, kamen, dann war ick voll akzeptiert. Voll dabei.

B.: Also das war so 'ne Gelegenheit für dich, dich auch stark zu fühlen?

M.: Ja, möcht ick zum Teil sagen. Ist mir damals garantiert nicht bewußt jewesen. Heute ja. Wenn ick so zurückdenke, wenn ick jetzt vergleiche damals, die Böblinger Gruppe, also sogenannte Gruppe und denn später, wo ich wirklich im Berliner Wehrkreis war. Ick hab dann immer versucht mich selber zu fangen mit Arbeit. Und 1976, '77 hab ick dann endgültig die Brücken gebrochen, bin nach Berlin.

B.: Was bewunderst du am Faschismus?

M.: Wie es ein Mann geschafft hat, mit einer Regierung den Deutschen Staat aus der Scheiße zu ziehen. Denn durch den ersten Weltkrieg sind uns ja Repressalien aufjelegt worden, die das deutsche Volk total an den Boden jeworfen hat. Und man sieht auch an der Geschichte. Die Weimarer Regierung hat nicht viel getaugt: Krise nach Krise, große Inflation, Arbeitslosigkeit. Und der Mann hats eben geschafft. Man sieht ja: '33 und dann gings mit Arbeit, gerade beispielsweise Arbeitslose etc., wie der Arbeitsmarkt wieder angestiegen ist.

Gut, der Gegner kann heut' sagen, ja man hat alles in die Aufrüstung gesteckt usw. Ja, ist meine Meinung, warum soll denn ein Staat nicht aufrüsten? Ein Staat muß verteidigungsfähig bleiben. Und wenn man sieht, wat damals die Franzosen hatten an Waffen, die Engländer usw. Und die Deutschen mit ihrem 100.000 Mann-Heer. Ja, Deutschland wär' nie hochgekommen. Und meine Meinung ist heute: auch wenn Adolf Hitler nicht gekommen wär, irgendeiner wär gekommen. Und zum zweiten Weltkrieg mußt' es kommen. Das war laut Versailler Vertrag schon festgelegt. Denn kein Staat kann sich so was gefallen lassen, wie's damals war.

B.: Also das da ein Krieg stattgefunden hat, das billigst du? Das findest du gut?
M.: Gut? In dem Fall kann ich's nicht gut heißen, denn man sieht, wie der zweite Weltkrieg ausgegangen ist. Ich muß sagen, hätten wir den Krieg gewonnen, sofort akzeptiert. Wie heißt es so schön: Wo jehobelt wird, fallen auch Späne.

B.: Ja, es gibt ja auch zum Beispiel die Verbrechen an den Juden. Findest du das auch gut? Billigst du das auch?

M.: Zu neunzig Prozent ja, das Grundkapital, das Großkapital lag damals in jüdischer Hand.

B.: Du hast gesagt, du billigst es zu neunzig Prozent. Was sind die neunzig Prozent und was sind die zehn Prozent, die du nicht billigst?

M.: Die zehn Prozent sind, daß man sie auf teilweise brutale Arten vernichtet hat. Man hätte irgendwie se ausweisen sollen aus Deutschland. Enteignen auf alle Fälle. Kapital bleibt im Land. Muß sein, ist meine Meinung. Vertreiben.
Aber Auschwitz usw. Ick hab Ausschwitz selber gesehen, damals wo ich noch in Ostberlin gewohnt habe. Und auch als Neonazi muß ich sagen, was da passiert ist, größtenteils, teilweise an brutalen Morden, kann ick nich akzeptieren.

B.: Kommen wir doch mal wieder zu der Gruppe zurück, in der du damals warst, zu dieser Wehrsportgruppe. Waren da alle deiner Meinung, oder gab's auch Leute, die also härter als du argumentiert haben, die zum Beispiel das auch gerechtfertigt haben, die Judenvernichtung?

M.: Ja, es gab welche. Zum Beispiel hatten wir einen, Name ist jetzt egal, der wollte unbedingt, daß dieser Simon Wiesental, der jetzt in Wien, in Österreich sitzt und hier den Eichmann damals ja gefunden hat, daß wir den eliminieren, dat sagte er damals, also umlegen.
Es gibt welche, die sagen heute noch, die erzählen sich mit Vorliebe Judenwitze.
Es gab welche, die sagten beispielsweise: es ist alles falsch, was Adolf jemacht hat. Nur von 1933 bis '39, den zweiten Weltkrieg, usw., waren welche in unserer Gruppe, die den zweiten Weltkrieg überhaupt abgelehnt haben, Judenvernichtung abgelehnt haben. Es gab aber auch genau wieder andere, die jesagt haben, heute noch: man reiche mir' ne Maschinenpistole, ich mach die Juden nieder.

B.: Wie sähe denn so der Staat deiner Träume aus?

M.: Der Staat meiner Träume? Deutschland eins, die alten Gebiete zurück. Deutschland muß sich selber regieren können. Ein Deutscher muß tun und lassen können, was er will. Diktatorisch auf alle Fälle. Die Führernatur, wie's im Dritten Reich war, würde ich beibehalten. Denn, daß derjenige, der den Posten kriegt vom sogenannten Führer, daß der diesen Posten auch hundertprozentig betreibt, daß der für's Volk da ist, innenpolitisch jetzt.

B.: Und was soll der mit der Opposition machen?

M.: Möcht ich Joseph Göbbels zitieren. Bin ich voll der Meinung. Ich kenn viele von unserer Gruppe, die der Meinung sind, auch von anderen Gruppen. „Wir haben bloß Fürsprecher. Wir haben Gegner. Auch sind Mitläufer Gegner. Und diese", sagte er damals, „müssen vernichtet werden". Sind wir nicht ganz hundertprozentig einverstanden. Vernichten, jetzt mit töten usw. Aber beseitigt werden müssen se.

Aus einem Flugblatt von Helmuth Hübener:
Ja, Hitler ist schuld, daß das Volk muß berappen
Von seinem Vorrat, dem ohn'hin schon knappen.
Für Hitlers Irrtum zahlt das Volk nun die Kosten,
Was hilft's, Rußland bleibt ein verlorener Posten.
Daß Stalin sein Heer jetzt zum Siege hinführt,
Das hatte der Führer nicht einkalkuliert!!
Im Jahr einundvierzig wird alles gebrochen,
So hatte der Führer dereinst keck gesprochen.
Jetzt trägt der Soldat für den Irrtum die Leiden,
während Hitler verspricht: „Dies Jahr wird entscheiden!"
Es wird sich entscheiden, wenn alles sich „rührt"!
(Und dann hat auch Hitler sich auskalkuliert!)

Helmuth Hübener,
am 8. Januar 1925 in Hamburg geboren, war Verwaltungslehrling in der Hamburger Sozialbehörde. Zuvor gehörte er einer Jugendgruppe der „Kirche Christi der Heiligen der Letzten Tage" an, die unter den Unterdrückungsmaßnahmen des NS-Regimes sehr zu leiden hatte. So fanden sich Helmuth Hübener und seine Freunde bald in Opposition zur Hitler-Regierung und kamen zu der Überzeugung, daß konkrete Maßnahmen gegen die Diktatur unternommen werden müßten. Sie fingen an, Berichte und Flugblätter gegen die Nazi-Propaganda herzustellen, die in immer größeren Auflagen verbreitet wurden. Ein Büroangestellter denunzierte Helmuth Hübener bei der Gestapo, die sich kaum vorstellen konnte, daß ein 17jähriger der Kopf einer Widerstandsgruppe war. Am 11. August 1942 begann vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofes in Berlin der Prozeß, in dem Helmuth Hübener zum Tode und die Mitangeklagten zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Helmuth Hübener wurde am 27. Oktober 1942 enthauptet.

Bekanntmachung.

Der am 11. August 1942 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat und landesverräterischer Feindbegünstigung zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte 17 Jahre alte

Helmuth Hübener

aus Hamburg

ist heute hingerichtet worden.

Berlin, den 27. Oktober 1942.

Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof.

Das rote Plakat vom 27. Oktober 1942. Mit diesen Plakaten wurden die Hinrichtungen öffentlich bekanntgegeben, die auf Grund der Urteile des Volksgerichtshofes vollstreckt wurden.

B.: Was würdest du in deinem Staat mit Minderheiten machen?

M.: Ausländer oder wie jetzt?

B.: Na überhaupt. Also alle, die nicht so ausgerichtet sind auf diesen Führer.

M.: Versuchen in eine Linie zu bringen. Zumindest den Versuch starten. Langhaarige, Ausländer usw. kann man eingliedern. Denn der Deutsche, das deutsche Volk, zumindest der Großteil davon, braucht 'ne feste Führung. Man hat's damals gesehen. Man wird's heute och wieder sehen. Und wenn da ein Mensch ist, der wirklich effektiv was bringt, was man sieht, sind sie damit einverstanden, möcht ich sagen. Aus Erfahrungen, wie ich's in der DDR gemacht habe. Daß die einzelnen: gut, ok, der Mann bringt uns was, wir leben gut, wir leben besser als früher. Ja und wer nicht dafür ist, ist selber schuld.

B.: Welche Rolle würdest du denn selbst in deinem Staat gern übernehmen?

M.: Irgendwas auf militärischer Basis. Eins wär bei mir auch so, wie ich mir den Staat vorstelle, die militärische Macht ist das Größte, wat der Staat braucht. Zum Beispiel Waffenindustrie. Militärindustrie überhaupt würde für mich das größte sein. Von sämtlichen Stellen gefördert.

B.: Aber der Führer möchtest du nicht sein?

M.: Nee, auf keinen Fall, auf keinen Fall.

B.: Wer sollte es dann sein?

M.: Tja, das ist schwer zu beantworten, das ist schwer zu beantworten.

B.: Was müßte der für Eigenschaften haben?

M.: O je, es sollte auf alle Fälle jemand sein, der wirklich 'ne gewisse Ausbildung, sprich Schulbildung etc., der studiert hat auf diesem Gebiet. Der möglicherweise, vielleicht schon gar politisch sich engagiert hatte, jetzt in einer der großen Parteien. Zum Beispiel: Es hört sich komisch an, aber ich könnte mir gut vorstellen: Franz Josef Strauß.

B.: Meinst du, der würd da mitmachen?

M.: Kann ich weder Ja noch Nein sagen. Ich glaub es kaum. Sagen wir mal so.

B.: Aber der imponiert dir, den bewunderst du?

M.: Muß ich mit Einschränkungen sagen, da ich hinter Gittern bin. Wenn ich draußen wär, auf alle Fälle. Von mir jetzt, von meinem Standpunkt aus gesehen, hier im Gefängnis, denn der Strafvollzug unter dieser Re gierung wird nicht freundlich sein.

B.: Unter welcher Regierung? Unter deiner Traumregierung?

M.: Da wird's kaum Strafvollzug geben.

B.: Na, ich denk, du willst so viele Leute hinter Gitter schicken. Das ist doch Strafvollzug.

M.: Ich sagte vorher.

B.: Was würdest du denn mit mir machen?

M.: Ehrlich gesagt, man wird nicht alt.

B.: Meinste also, ich wär dann einen Kopf kürzer oder was?

M.: Von meinem Standpunkt aus: Ja, auf alle Fälle. Denn es ist, für mich möcht ich sagen, von meinem Standpunkt aus, vergebene Liebesmüh. Wenn der Mann selber von sich aus sagt, er würd's nicht mitmachen. Na, ja, wie dieser Spruch vorhin von Goebbels: Schon Mitläufer müssen... Meine Meinung. Und ich kenn viele, die so denken.

B.: Ja hättest du dann eigentlich keine Skrupel? Würdest du zum Beispiel selber einen erschießen, der, also so von dem du meinst, er müßte beseitigt werden?

M.: Ja.

B.: Mich auch?

M.: Schwer zu sagen. Muß ich da vorher jetzt einbringen: durch unseren Briefkontakt irgendwie kennengelernt, zumindest in der Beziehung, wa, schriftlich. Man gewöhnt sich an einen Menschen. Bloß, muß ich sagen, wenn ich den Befehl kriegen würde. Und mir würde einer im Jenicke sitzen: du oder ich. Dann würde ich net lange überlegen.

B.: Glaubst du denn, daß da überhaupt reelle Chancen jetzt irgendwie bestehen, also daß solche Tendenzen sich mal durchsetzen könnten. Also habt ihr denn irgenwelche Kontakte gehabt, zu Leuten mit Einfluß, die euch da ein bißchen hätten weiterhelfen können?

M.: Unsere Gruppe selber weniger. Aber ich kann sagen, einige, ich möcht jetzt keine Namen nennen, hier im Süddeutschen Raum ist eine Gruppe zumindest, die finanziell sehr stark unterstützt wird. Denn so zum Beispiel haben die, diese Gruppe, nur Original-Wehrmachtfahrzeuge. Keins ist jünger als 1945, Baujahr. Und diese Wagen kosten einiges.

B.: Das Geld. Wo kommt das her? Sind das Unternehmer, die das bezahlen oder wer zahlt so was?

M.: Es sind Spenden. Und Spender wollen meistens anonym bleiben.

B.: Wie soll das denn eigentlich so weitergehen?
Also, wie stellst du dir so die weitere Entwicklung vor?

M.: Es muß so weit vorgebracht werden, wenn:s sein muß auch mit Gewalt, wie schon jesagt, daß dieser Paragraph aus dem Strafgesetzbuch, 86 und 87. Die müssen erst mal verschwinden. Denn vorher kann man öffentlich und das im grossen Rahmen nicht politisieren, weil's schon von vornherein verboten ist. Paragraph 86 und 87 richten sich gegen die Neugründung der NSDAP, gegen Verbreitung von Ideologie der damaligen Zeit. Solange wie diese Paragraphen bestehen, kann man wirklich im Großen nichts machen. Man kann's anders aufbauen, wenn das Verbot weg ist. Denn man merkt heute schon, man braucht nur beispielsweise an Zeitungskioske vorbeigehen, vergleichen. Man kriegt heute Original-Nachdrucke vom Dritten Reich. Die Tendenz is „rechts"-freundlicher geworden, wenn ich's mal so ausdrücken darf. Sofern wie's Gesetz erlaubt. Denn, um mal kurz hier zu zeigen,hier diese Zeitungen hätt' man sich vor zehn Jahren noch nicht erlauben können.

B.: Also du legst mir gerade so'n paar Zeitschriften vor. „Adolf Hitler", „Das dritte Reich" und was über Waffen „Soldat und Waffe", „der zweite Weltkrieg", also das sind Sachen, wie man sie tatsächlich an jedem Kiosk kaufen kann. Also das empfindest du als sehr positiv, daß das jetzt so käuflich ist?

M.: Auf alle Fälle. Man hat mehr Einblick in die Zeit, wie's damals war. Und man hört nicht mehr nur das Negative.

B.: Angenommen du wärst wieder in Freiheit und du könntest jetzt noch mal von vorne anfangen. Was würdest du jetzt draußen machen? Wenn sich heute die Tore der Justizvollzugsanstalt für dich öffnen würden?

M.: Erst mal alleine bleiben, vorläufig. Und mich jetzt wirklich mit den Möglichkeiten, die ich draußen hätte und die mir hier verwehrt sind, denn alles an Büchern, Material und so weiter krieg ich hier nicht rein, ist 'ne Vorschrift. Man kriegt nur so und soviel Bücher. Unsere Bücherei hier, die Hausbücherei ist zwar groß, aber ist nicht alles da, was man braucht. Ich würde erst mal wirklich auf dem Gebiet weiterarbeiten, für mich selber.

B.: Also lesen, dich weiterbilden?

M.: In der Beziehung, ja.

B.: und dann?

M.: Dann würde ich mir Leute suchen und 'ne Gruppe wieder bilden.

B.: Wie würdest du das machen ? Also nach welchen Kriterien würdest du die aussuchen?

M.: Einschlägig vorgebildet. Sie dürften auf keinen Fall jüdisch sein. Das ist Grundvoraussetzung. Müßten deutscher Abstammung sein.

B.: Was würdest du dann machen mit der Gruppe?

M.: Wir würden dann versuchen, wie gesagt, weiterhin im Untergrund zu arbeiten. Dann aber gezielt.

B.: Zum Beispiel?

M.: Ankämpfen gegen die jüdische Kirche in Berlin. Gegen so 'ne Leute gezielt arbeiten. Nicht mit Gewalt, muß nicht sein. Man kann mit Flugblättern, mit versuchten Reden, sofern wie die Möglichkeit besteht, gegenargumentieren, Gegen-Demonstrationen. In der Richtung.

B.: Also, wenn du so was jetzt hier öffentlich verkündest, dann kann es doch ohne weiteres passieren, daß sie dich so schnell nicht rauslassen?

M.: Wat ich hier gesagt habe, wenn es in falsche Ohren kommt,kann es einen sogenannten, wie wir sagen, „Nachschlag" geben.

B.: Also ich mein, zum Beispiel hört uns jetzt hier bei diesem Gespräch auch jemand von der Justizvollzugsanstalt zu. Also ich mein, der wird sich das vielleicht auch noch mal überlegen.

M.: Ja, das war mir von vornherein klar, daß hier eener zuhört. Ich hab mich mit dem Interview einverstanden erklärt. Und wie gesagt, wenn ich nicht dazu stehen würde, zu det, wat ich jetzt jesacht habe, würde ick hier nicht dafür argumentieren. Und ick gehe die Gefahr ein, daß mir vielleicht noch irgendwas passiert. Ick muß janz ehrlich sagen, ick rechne nicht damit, aber ich wäre auch nicht erstaunt, wenn was passiert.

B.: Hast du nicht Angst, daß du nur noch fanatisch bist?

M.: Teils, teils. Meine Ideologie ist der Kampf gegen den Kommunismus. Der Kampf, wenn's sein muß mit allen Waffen. Also mit körperlichem Einsatz, mit geistigem Einsatz. Und wenn's sein muß: zuschlagen. Für mich ist es heute zu spät abzuspringen. Ich muß in der Beziehung wirklich zugeben, ick bin teilweise wirklich zu fanatisch drin. Wie jesagt, seit 73/74 mach ick's.

B.: Könntest du dir denn vorstellen, daß es jemand geben könnte, der dich da wieder rausholen könnte?

M.: Mich da irgendwie rausholen, ja. Kann ich mir zeitweise überhaupt nicht vorstellen. Jetzt gerade. Denn hier im Gefängnis arbeite ick draufhin. Denn man hat hier nichts anderes zu tun. Wat soll man abends in der Zelle machen? Western lesen oder sonst wat tun. Man kommt ja kaum zu war. Und ich steigere mich hier wirklich da noch drin.

B.: Aber 'ne Beziehung zu Leuten, die ganz anderer Meinung sind. Könnte die dir was helfen?

M.: Wenn sie wirklich argumentieren können, ja. Wenn nicht, kommt's drauf an. Wenn ich merke, ich stoße von Anfang an auf totale Abneigung. Also: Da kommt der Nazi, mit dem wollen wir nichts zu tun haben, dann ist Feierabend. Bin ich keinen Argumenten zugänglich.

B.: Also das klingt jetzt fast, als wenn du sagen würdest, also wenn sich jemand bemüht oder so, dann könnt ihr mich doch wieder aus diesem Trip rausholen oder so.

M.: Zur Zeit auf keinen Fall. Jetzt will ich's nicht.

Westdeutscher Rundfunk:

"...Wir brauchen die RADIOTHEK!!"

Köln, 11.2.80

Die Radiothek, eine der erfolgreichsten Hörfunksendungen des WDR und von Sendezeit und Idee her wohl die wichtigste Jugendsendung der Republik, soll nicht mehr das sein, was sie war: eine kritische, immer unbequeme live-Sendung, die diejenigen zu Wort kommen ließ, die sonst kaum Artikulationsmöglichkeiten haben.

Intendant von Sell will mehr Harmonie und weniger Konflikte diskutiert sehen und verbot bis auf weiteres die live-Ausstrahlung der jeweils zwanzigminütigen Wortbeiträge. Die Redaktion erbat sich daraufhin eine Woche Denkpause, sie wollen überlegen, welche Möglichkeiten es für die Zukunft überhaupt noch gibt, eine glaubwürdige und kritische Jugendsendung zu machen. Wie es nun konkret weitergehen wird, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Ein „klärendes" Gespräch mit Intendant und Hörfunkdirektor, an dem zehn Personen teilnahmen und von der Radiothek lediglich Redaktionsleiter Teiner geladen war, brachte am Montag keine konkreten Ergebnisse. Die Redaktion ist für eine begrenzte Zeit bereit, Sendungen nach ihrem alten Konzept vorzuproduzieren und vom Band abzuspielen.

Die Redakteursversammlung des WDR stellte sich am Montagnachmittag einhellig hinter das bisherige Radiothekkonzept.

Wem paßt nun eigentlich das Konzept, das Jugendliche zur Kritikfähigkeit und zum Eintreten für die eigenen Rechte hinführen will, nicht? Eine Frage, die nicht ohne weiteres zu beantworten ist, denn in der WDR-Hierarchie wird mit verdeckten Karten gespielt. Intendant von Sell macht sich zum Sprecher von Kreisen, die nicht offen genannt werden. Einig sind sich beide Seiten – Intendanz und Redaktion – wie wichtig eine sogenannte Zielgruppensendung gerade heute für die Jugendlichen ist. Viel weiter reicht der Konsensus allerdings nicht: Wo die Redaktion Jugendliche befähigen will, sich in Auseinandersetzungen zu behaupten und von da aus einen Platz in der Gesellschaft zu finden, stellt sich der Intendant eine eher schrittweise Anpassung an Vorgegebenes vor.

Post von oben

In einem Brief an den Hörfunkdirektor Manfred Jenke bemängelte von Sell scharf zwei Sendungen vom 14. Oktober und 13. November, die zum einen die Träume jugendlicher Arbeitsloser von ihrem künftigen Berufsleben nicht zurechtgestutzt hatten, und zum anderen die Sendung „Rock gegen Rechts", deren politische Gesamttendenz zu weit links läge. Nachdem dann Ende Dezember noch eine Satire über F. J. Strauß gestoppt wurde und zwei weitere Satiren zum Jahresrückblick ebenfalls nicht gesendet werden konnten, gab die Redaktion die Verantwortung für die Sendung ab. Nach über 2000 nicht beanstandeten Sendungen gab dann folgendes Gedichtzitat in der Sendung vom 6. Dezember den konkreten Anlaß, die Sendereihe zu kippen: „Ich möchte entweder die Vorsitzende eines katholischen Komitees gegen die Abreibung schwängern oder ersatzweise einen Gartenschlauch vergewaltigen." Verstoß gegen den Paragraphen 4 des WDR-Rundfunkgesetzes durch „Verstoß gegen die religiösen Empfindungen" lautete der Vorwurf. Die Folge war das Verbot der Live-Ausstrahlung der Sendung ab Mitte Januar.

Weitere Auflagen für die Sendung: sie soll sich in Abkehr vom Zielgruppenansatz auch an andere Hörer richten, nicht nur an Jugendliche, sie soll in Richtung Integration im Sinne des Intendanten arbeiten.

Die Redaktion, die dadurch ihr Selbstverständnispapier (siehe Kasten) nicht mehr verwirklicht sieht und der es um ihre Glaubwürdigkeit geht, ist langfristig nicht bereit, unter diesen Auflagen Programm zu machen. In der derzeitigen Situation, in der es vor allem darauf ankommt, den begehrten günstigen Sendeplatz zwischen sieben und neun Uhr zu verteidigen und die beiden Stunden nicht zu einer reinen Musiksendung werden zu lassen, wird sie versuchen, mit Sendungen vom Band einige Monate weiterzuarbeiten. Allerdings ohne von ihrem inhaltlichen Konzept abzugehen. Bis sich entweder ein neues vertretbares Konzept einer Jugendsendung abzeichnet oder aber eine andere Redaktionsmannschaft im Sinne des Intendanten moderiert.

„Brandopfer" Radiothek

Die Radikalität, mit der hier vorgegangen wird, läßt sich kaum mit Verstößen oder Fehlern in einzelnen Sendungen begründen. Das Gesamtkonzept der Sendung, die mit Initiativen und Jugendzentren zusammenarbeitet und auch aus deren Sicht für ein breiteres Publikum berichtete.

Es drängt sich vor allem der Verdacht auf, daß hier Zusammenhänge zu den anstehenden Wahlen bestehen. Es stehen nämlich nicht nur Landtags- und Bundestagswahlen an, sondern last but not least die Wahl eines neuen Intendanten. Schon geht in WDR-Kreisen das Gerücht vom „Brandopfer" Radiothek um, das der CDU geliefert werden soll, um sie vor der anstehenden Wiederwahl von Sells günstig zu stimmen. Laut CDU-Vorsitzendem Köppler hatte es die Radiothek der Jungen Union ohnehin immer recht schwer gemacht.

VolksBlatt: Du hast als Lehrerin an einer Kölner Berufsschule im Unterricht Erfahrungen mit Radiothek-Sendungen gemacht.

Elisabeth: Ja, auf zweierlei Weise. Zum einen habe ich Sendungen abends aufgenommen und dann im Unterricht eingesetzt. Zum Beispiel Sendungen über Alkohol und Drogen, die ich auch immer noch verwende. Und zum anderen haben wir selbst mit zwei Schulklassen Sendungen mit der Redaktion gemacht, sind also im Funkhaus gewesen und haben dort diskutiert.

VolksBlatt: Worum ging es denn in diesen Sendungen?

Elisabeth: Es ging um die Berufsausbildung und kritische Meinungen dazu. Die Schüler hatten selbst Stücke verfaßt, die dann zum Teil gesendet wurden und über die in der Sendung dann diskutiert wurde. Und zum anderen hat sich dann das folgende Lehrjahr mit dieser Diskussion nochmal beschäftigt und sich eigene Gedanken gemacht, aus denen dann eine weitere Sendung entstanden ist.

VolksBlatt: Und wie kam das an?

Elisabeth: Das hat denen viel Spaß gemacht. Weil sie so die Produktionsbedingungen im WDR mal kennenlernen konnten und weil die Zusammenarbeit mit den Redakteuren gut und offen war. Außerdem fanden die Jugendlichen es gut, daß sie nochmal auf die erste Diskussion reagieren konnten, daß also eine Kontinuität der Berichterstattung über ihre Probleme da war.

VolksBlatt: Und wie lief das mit den anderen Sendungen, die du im Unterricht eingespielt hast?

Elisabeth: Zum einen möchte ich sagen, daß die Beiträge immer sehr gut einsetzbar sind im Unterricht und daß das auch von den Kollegen genutzt wird. Die Jugendlichen reagierten unterschiedlich, je nachdem wie nahe dem einzelnen das Thema gerade stand.

VolksBlatt: Wie fändest du es, wenn die Sendung nun nicht mehr in dieser Form weiterexistieren würde?

Elisabeth: Scheiße – also anders gesagt: ich würde das sehr bedauern, weil sie denen immer viele Anregungen geben konnte, die ihnen sonst fehlen: Sie lesen ja kaum Bücher oder nur hin und wieder mal eine Zeitung und so eine Sendung kann da ganz andere Wirkungen haben. Außerdem waren die Schüler der Ansicht, daß das eine Sendung sei, bei der sie nicht vollgelabert würden, sondern wo sie auch ihre Meinung sagen könnten.

Soviel ist jedenfalls klar: Der Kampf um die Sendung kann nicht mehr innerhalb des WDR durchgefochten werden. Nur die jungen Hörer können mit ihrem Protest das Klima noch verändern. Schon rollt die Protestwelle aus Jugendzentren, Gewerkschaftsjugend, Jusos und Unorganisierten an. Nur durch den massiven Protest der geprellten Hörer hat die Radiothek noch eine Chance.

(aus Kölner Volksblatt)

Zum Selbstverständnis der Redaktion Radiothek:

„Die Sendereihe Radiothek wendet sich im Rahmen dieses Gesamtprogramms an die Zielgruppe der jüngeren Hörer. Sie versteht sich dabei als eine Ergänzung zu bestehenden Sendungen, insofern als sie Hintergrundinformationen zu ausgewählten Themen liefert unter dem Gesichtspunkt, daß diese Themen für junge Hörer interessant und informativ sind und an die Interessen und Bedürfnisse dieser Zielgruppe anknüpfen. Auswahlkriterium ist also in erster Linie die spezielle Zielgruppe der Radiothek. Aus dieser Zielgruppenansprache ergibt sich auch die spezielle Form der Radiothek als einer Sendung, in der Wort und Musik eine eigene Wertigkeit und Funktion haben."

„Der Auftrag, eine Zielgruppensendung herzustellen, verpflichtet dazu, sich besonders für die Rechte dieser Gruppe – also hier: der jungen Hörer – einzusetzen. Darüber hinaus und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen fühlt sich die Redaktion zur Herbeiführung eines aufklärerischen Prozesses verpflichtet, der die Bewußtmachung demokratischer Rechte und Verhaltensweisen sowie von Erkenntniskriterien der Wirklichkeit einschließt."

Stellungnahme des damaligen Intendanten Klaus von Bismarck und des Hörfunkdirektors Manfred Jenke zum Konflikt 1975:

„Die Sendereihe Radiothek ist ein Programm, das unter Wahrung des gesetzlichen Auftrags des WEstdeutschen Rundfunks sich besonders für die Rechte der jungen Bürger einsetzt und in ihrer Zielgruppe demokratische Rechte und Verhaltensweisen bewußt machen und Kritikfähigkeit wekken möchte."

„Der Intendant ist der Meinung, daß die Redaktion Radiothek – trotz berechtigter Kritik an einzelnen Sendungen – den gesetzten Zielen im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen des Westdeutschen Rundfunks im großen und ganzen gerecht geworden ist."

Protestbriefe:

Sehr geehrter Herr van Sell,
seit Jahren bin ich Hörer der Radiothek. Im Vergleich zu anderen Sendungen schätze ich die Radiothek, weil sie aktuelle Themen aufgreift, die Hintergründe gut recherchiert und Betroffene zu Wort kommen läßt.

Wenn Sie die Radiothek als live-Sendung abschaffen, heißt das für mich, daß Sie Zensur üben. Das ist eine weitere Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit in diesem Lande. Deshalb fordere ich Sie auf, die Radiothek mit dieser Redaktion live und unzensiert bestehen zu lassen.

(Unterschriftenliste von einer Gruppe Kölner Lehrer)

Werter Intendant!

Mit Empörung müssen wir nun aus der Presse erfahren, daß der Hintergrund für diese Entscheidung massive Eingriffe in die Freiheit der Redakteure seitens des WDR sind.

In Zukunft sollen keine Live-Sendungen mehr möglich sein; die Verantwortlichkeit, die bislang in den Händen des jeweiligen „Radiothek"-Redakteurs lag & der/die bislang immer noch passable, um nicht zu sagen: die besten Beiträge des WDR auf diese Weise zustande brachten, soll nun einem irgendgearteten Gremium übertragen werden. Ziel ist in beiden Fällen, die relative Autonomie der Redaktion anzugreifen, indem das Material zur Zensur vorgelegt werden muß. Das heißt, nicht länger die Betroffenen: Schüler. Lehrlinge, jugendliche Arbeitslose zwischen 14und 34 darüber entscheiden zu lassen, was sie hören wollen.

Die extrem hohen Einschaltquoten beweisen deutlich die Beliebtheit der Sendung.

Wir, die Teilnehmer des pädagogischen Seminars „Jugend – Narzißmus, Krise und Veränderung" an der Gesamthochschule Duisburg, erklären uns deshalb solidarisch mit den Redakteuren des Jugendmagazins „Radiothek."

Wir fordern:

- **Beibehaltung der bisherigen Konzeption für die „Radiothek"!**
- **Keine Disziplinierung der Redakteure!**
- **Keine Einschränkung der redaktionellen Arbeit!**
- **Keine Zensur beim WDR!**

(53 Unterschriften)

Also Leute,
spitzt den Bleistift und schickt Protestbriefe und Unterschriftenlisten an den WDR.

Anschrift: Intendant Herr van Sell, Westdeutscher Rundfunk, Wallraff Richard Platz, 5000 Köln 1.

JOBBER:

„Vielleicht haben wir auch nicht glaubhaft genug versichern können, daß wir lebenslänglich. . ."

Zwei Pleitegegangene sind losgezogen, um sich einen Job zu besorgen, wo sie zusammen arbeiten könnten. Die Suche führte sie bald zu Firma Bosch im grötzinger Industriegebiet. Das ist das Weltzulieferungslager für die elektrische Erstausrüstung von vielen Autoherstellern. Dort sind 600 Beschäftigte, 1/3 davon sind Frauen. Es ist ein ziemlich junger Bau, wo fast alles aus Plastik besteht, knallbunt, geräuscharm & sozialdemokratisch.

Darüber quatschten wir anschließend:

M.: Mittlerweise hab ich's immer schwerer, einen Job zu krigen. Das ist jetzt meine persönliche Erfahrung — ich denk nicht, daß das ne allgemeine Tendenz ist — ich war jetzt schon bei drei, bei allen abgewiesen, bei DIS (Zeitarbeitsunternehmen, Anm. d.Red.), jetzt bei Bosch. . .

W.: Wieso haben sie dich bei DIS nicht genommen?

M.: Da ist so n Sachbearbeiter, der ist aus allen Wolken gefallen, als er mich gesehen hat, wegen der Erscheinung und so. . .

Was ich noch sagen wollte: ich bin immer noch dafür, daß wir mal zusammen in nen Betrieb gehen. . .

B.: Deshalb waren wir ja auch zusammen bei Bosch, weil's halt Scheiße ist, so allein in nem Betrieb zu hocken. Wir sind hin — das erste Mal sind wir abgewiesen worden. Dann waren wir nochmal in der Personalabteilung, der Chef hat uns alle Bedingungen gesagt, die wir erfüllen müssen, bevor wir eingestellt werden. Dann mußten wir einen Personalfragebogen ausfüllen und zum Arzt gehen.

M.: Erzähl mal genauer die Tortur!

M.: Am ersten Tag hat der Personalchef unbedingt darauf raus wollen, daß er keine Jobber nimmt, nur lebenslänglich anstellte. Nachdem wir gesagt haben, daß wir das wollten, sind wir zum Betriebsrat, uns seinen „Einverstanden"-Stempel abzuholen; der wollte uns gleich für die IG Metall anwerben, das war so n junger Typ, der ganz verständnisvoll mit uns quatschte. — Dann sind wir zur Schwester, die hat uns Blut und Urin abgezapft. .

M.: und Gehör-Test! Die Schwester hat gesagt, daß das alles im Rahmen dessen liegt, was die Berufsgenossenschaft erwartet.

W.: Haja, die wollen das wissen, weil sie zahlen müssen, wenn du krank wirst.

B.: Ich hab sie gefragt, warum das Ganze gemacht wird; sie sagte, um vorher zu wissen. . . im Betrieb sind so und so viele krank und das wollen sie so früh wie möglich ausschalten, indem sie die erst gar nicht einstellen. Ob das sozial ist oder nicht, darüber könne man sich streiten. Aber man könne es ja einsehen, daß es so ist.

Aber das war nur die Voruntersuchung; später, bei der Hauptuntersuchung, hat mir der Betriebsarzt dann ne Moralpredigt gehalten, warum ich's Abi gesteckt hab und was das für ne Perspektive für mich wäre, jetzt im Betrieb zu schaffen als Lagerarbeiterin. Er hat mich abgetastet und abgehorcht.

M.: Bei dem hat sich viel klarer herausgestellt, in was für nem Interesse er die Leut untersucht, der hat sich unsere Zunge angeschaut, in die Ohren geguckt.

B.: Der war wie so n Pferdebegucker!

W.: Der hat vielleicht vor allem geguckt, ob ihr euch die Ohren geputzt habt.

B.: Wir haben uns bücken müssen und der ist hinter mir gestanden und ich hab echt gedacht, jetzt guckt er mir ins Arschloch!

M.: Und danach wird sich das richten, ob sie dich einstellen! Das ist irgendwie ziemlich neu, daß sie das so intensiv machen.

B.: Haja, das ist nur bei Bosch, ich weiß net, ob das bei vielen Firmen so ist, Und das wird auch nur bei Festeinstellungen so intensiv gemacht, Jobber werden nicht so genau untersucht.

Warum ich mir als Jobber oft als der letzte Arsch vorkomme!

Zuallererst stinkt es mir mal, daß ich überhaupt arbeiten muß. Unter Arbeit verstehe ich alles, wofür man Geld bekommt — und etwas, das entlohnt bzw. belohnt wird, ist etwas, was man niemals freiwillig, d.h. ohne dafür bezahlt zu werden, tun würde, und etwas was man nicht freiwillig tut, macht in der Regel auch keinen Spaß. Nun es gibt sicher viele Leute, die behaupten, ihr Job gefällt ihnen, füllt sie aus usw. usw. Dafür gibt es bestimmt tausend Erklärungen, die man akzeptieren kann oder auch nicht, ich glaub's einfach nicht und hab's inzwischen auch aufgegeben, so eine Arbeit zu suchen, sondern nehme — wenn's mal wieder nötig wurde — die erstbeste den Umständen entsprechend bestbezahlte Arbeit. . .

Und da fängt's an: Aushilfsweise verrichtbare Arbeiten, also jene, die keine besondere Qualifikation erfordern und dennoch einigermaßen bezahlt sind, sind halt oft genug einfach das Letzte. Aber das wäre nicht mal so schlimm, wenn die Leute, die mich dabei beaufsichtigen bzw. um mich rum sind, mich einigermaßen in Frieden ließen. Aber nein. Ihre Wut darüber, daß ich mir mehr leisten kann undleiste als jene die meinen, auf irgendeinen Job oder Arbeitgeber angewiesen zu sein, lassen besonders die, die Karriere machen wollen in Form von reiner Schikane an mir aus. Was bietet sich auch mehr an, als seine Macht an dem letzten Glied einer Gruppe zu testen — und die letzten Glieder sind halt oft die, die zuletzt anfingen.

In einer Packerei, in der so ca. 50 Frauen die gleiche idiotische Arbeit verrichten wie z.B. Päckchen packen, geschah es mir, ich-wußt-nicht-wie, daß eine Frau, deren Arbeitserfahrung etwas länger reifen konnte als meine, mir gleich am ersten Tag ihr absolutes Können beweisen mußte. Dieser Beweis lief dann so ab, daß sie ca. 5mal nacheinander antanzte und mir die ganzen schönen Sachen, die ich in meinem frisch geschweißten Karton unterbrachte, allesamt mit der einfachen, aber keinen Widerspruch duldenden Bemerkung „Dös könnens so net machen" wieder ausräumte. Wieso ich dös so net machen kann, wollte sie mir auch nach längerem Bitten und Flehen nicht verraten. . . — wobei ich mir heute noch nicht erklären kann, wie sie aus 5 Packtischen Entfernung sehen konnte, wie ich was in welchem Karton plaziert hatte.

(Später erfuhr ich, daß dies ‚meine' Vorarbeiterin war, was ihre scharfen Augen wohl erklärt.)

Nun ja, als Packerin hatte ich meine Vorarbeiterin, die mich ständig zu reizen versuchte (was ihr zumindest anfänglich ohne bittere Vergeltung gelang) und als Bürospringer hatte ich so meine mehr oder weniger lautstarke Not mit den Sachbearbeitern, die zwar hartnäckig behaupteten, zu arbeiten, um leben zu können, aber dennoch vor lauter Pflichtbewußtsein und Arbeitsmoral kaum noch Zeit zum Essen hatten. Kurzgesagt empfanden sie mein Arbeitsgebaren schlichtweg als Frechheit. Meine Weigerung, irgendwelche unsinnigen Tätigkeiten, die ich als böswillige Arbeitsbeschaffung betrachtete, zu verrichten, sahen sie als Angriff auf ihre Autorität — und dann gab's Druck. Worauf ich halt übel oder wohl krank werden mußte.

Arbeit geh weg, ich komme!

(aus Karlsruher Stadtzeitung)

Wildwux im Freeling

1. Aufruf zum Frühlingskongress in Restberlin

Der Herbst war lang und hart.

Manche sagen sogar, es wäre jetzt Winter.

Viele haben sich schlafen gelegt, um im Frühjahr wieder aufzuwachen. Die Blätter drohen zu verdorren, da ihnen der Saft der Wünsche ausgeht – einige sind schon gefallen. Aber der Baum lebt, auch wenn wir zu seinen Wurzeln schlafen und die Wörter der Blätter zusammenfegen.

Wer bestimmt, daß auf den Herbst ein Winter folgt? Wir haben etwas gegen festgelegte Abläufe und deshalb werden wir an Ostern nach dem Deutschen Herbst unseren Frühling ausrufen. Einen Frühling, wo die Körneresser an den Wurzeln des Baums Müsli anbauen und die, die Schmerz in der Seele haben, die Steine ausgraben, um ihnen Flügel zu geben, daß sie sich unter die Vögel mischen. Der ganze Zoo verdoppelt sich, während die Grünen in den Ästen sitzen und das Laub zählen. Zwar werden im Morgengrauen die Herren noch ihre Kältemaschinen anwerfen, aber die Sonne wird ihren Institutionen und Microprozessen die Energie nehmen. Die Wohngemeinschaften verlassen den Fernseher, um wieder selbst Leben zu machen.

Ein Professor sitzt in der Sonne und zählt Farben:

– die rote Front. . .
– die schwarze Front. . .
– die bunte Front. . .
– die grüne Front. . .

. . .sind wir, schreiebn die Kinder und versuchen einen Molli mit Bananenmilch zu füllen. Auch die Vögel singen ‚Rock für den Fühling' und die Distel tanzt mit dem Löwenzahn, der aus der Dienstmütze wächst, die noch seit Herbst herumliegt. Im Schatten des Baumes sitzt einer und schreibt ein Buch über den Versuch, die Jahreszeiten auf den Kopf zu stellen.

‚Kalter Kaffee', sagt ihr?

Aber wir haben es satt, die Zukunft nur als eine Sammlung von Horrorbildern zu sehen: Wir prophezeien das schreckliche Bild von Computern, AKW's, Dreck und neuerdings auch Krieg – und wenn mal nicht das Schlimmste eintritt, sind wir auch noch frustriert, weil unsere Prognosen daneben gingen.

Dabei wollen wir doch mehr. Unsere Geschichte ist über 10 Jahre alt und wir haben doch nicht angefangen, weil's eh schief geht. Wo ist die Zukunft vom vergangenen Jahr? Gut, es ist vieles schief gegangen, aber wer hat gesagt, daß es ein Zuckerlecken wird? Und so schlecht ist die Situation auch nicht. Wir sind mehr als je zuvor in den 10 Jahren, auch wenn wir meist nicht wissen, wo's langgeht. Aber eines haben wir gelernt. Vor dem kalten Wind, der uns ins Gesicht weht, läßt sich nicht segeln. Wir brauchen eigene Puste zum Gegenblasen. Wir haben soviel über Kälte gejammert, bis auch der letzte gefroren hat.

Wat nun?

Wir werden an Ostern wegen dem Prozeß gegen's BUG-Infor das Alternativpressetreffen in Berlin abhalten. Aber weil wir glauben, daß die Misere der Zeitungen von unserer allgemeinen Misere abhängt, machen wir neben dem Treffen auch noch einen Kongreß, auf dem wir über alles reden, was los ist und ansteht. Damit nicht nur die Köpfe qualmen, sondern auch der Bauch knurrt, wird für Musik, Theater und vieles, vieles Sonstiges gesorgt werden.

Organisatorisches:

Irgendwelche Vorschläge, Tips, Kritik, Anfragen, Teilnehmerzahlen usw. gebt bitte an „radikal". Wir schicken euch bald was Genaueres über Ort, Termin, Gruppen, Themen, Aktionen und was es sonst noch gibt. . .

Auf Wiedersehn bei Wildwux im Freeling

Kontakt: „radikal", Eisenbahnstr. 4, 1 Berlin 36, Tel.: 030/612 70 93.

Zur Situation der Pädophilie-Bewegung in der brd

Rückblicke und Perspektiven

München
4. Februar

Des öfteren haben wir im ID Berichte und Erklärungen aus der Pädophilie-Bewegung abgedruckt. Trotzdem bleibt die Päderastie für die meisten von uns ein Buch mit sieben Siegeln.

Der nachfolgende Aufsatz von Peter Schult versucht, den Werdegang und die Perspektiven der Pädophilie-Bewegung in der BRD zu erklären. Peter Schult hat selber schon wegen ,,Unzucht mit Minderjährigen" mehrmals vor Gericht gestanden.

Anläßlich seiner Verhaftung im Dezember 77 – er hatte zwei Ausreißer bei sich übernachten lassen – erklärte Peter:

,,Ich habe aus meiner Ablehnung der herrschenden Sexualmoral nie einen Hehl gemacht, ich bin nie bereit gewesen, mich an die Sexualgesetze dieser Gesellschaft zu halten und bin es auch heute nicht. Ich habe viele gute Beziehungen zu Jungens, ich verstehe sie, spreche ihre Sprache, kann auf ihre Probleme eingehen. Sie kommen gerne zu mir und sie fühlen sich bei mir wohl. Sie sind noch ohne Mißtrauen und ohne Vorurteile, der Umgang mit ihnen hat mir oft Mut gegeben, in meiner politischen Arbeit weiterzumachen und ich will mir das nicht von der Polizei verbieten lassen. Für mich sind diese Beziehungen nicht nur Verwirklichung eines natürlichen Bedürfnisses, sie sind ein Teil meiner Persönlichkeit, ein integrierter Bestandteil meiner eigenen Geschichte. Nach wie vor gilt, was ich vor ca. 2 Jahren in dem Artikel ,,Für eine sexuelle Revolution – wider die linken Spiesser (Autonomie Nr. 5)" geschrieben habe, daß ich weiterhin mit Jungens schlafen werde, weil ich der Meinung bin, daß man ihnen die Entscheidungsfreiheit zubilligen muß, mit wem sie schlafen wollen oder nicht." (Blatt Nr. 115)

Peter Schult schreibt:

Selbst 1968, auf dem Höhepunkt der Jugend- und Studentenrebellion, als ein frischer Wind die Fassaden der bürgerlichen Moral ins Wanken brachte und so manches verstaubte Stück aus der Mottenkiste der deutschen Sitten- und Tugendgeschichte auf dem Schuttabladeplatz der Weltgeschichte landete, blieb ein Thema Tabu: Die Pädophilie im allgemeinen und die Päderastie im besonderen. Natürlich wurde in dieser Zeit der Boden bereitet für einen Angriff auf dieses Tabu und natürlich kamen mit den amerikanischen Underground-Poeten neue Töne zu uns herüber, die uns aufhorchen ließen, etwas Allen Ginsbergs ,Howl', John Rechy's ,Nachts in der Stadt' oder William S. Burroughs ,Nakes Lunch'. Eine große Rolle spielte auch die Rock-Musik, die nicht nur mit Mick Jagger und Jim Morrison zwei Sex-Symbole hervorbrachte, deren androgymes Wesen unschwer zu erkennen war, sondern auch in ihrer späteren Phase durch einen lasziven Stil und dem Spiel mit der Travestie und der Bisexualität wesentlich dazu beitrug, daß Vorurteile gegen Schwule und Päderasten abgebaut wurden, besonders bei Jugendlichen.

Aber noch bis 1975 war es bei uns möglich, das heiße Eisen Päderastie anzufassen. Erst als 1976 die Berliner Schwulenzeitung ,Schwuchtel' zum ersten Mal einige Artikel zu diesem Thema veröffentlichte, die später zum Teil im ,Blatt' nachgedruckt wur-

den und eine heftige Reaktion auslösten, kam bei uns eine Diskussion in Gange. Unvergessen für viele und ein wesentlicher Wendepunkt war das Teach-in im Januar 1977 in der Frankfurter Uni, zu dem über 800 Leute kamen und in aller Öffentlichkeit über Päderastie diskutierten. Seitdem kann man bei uns in der BRD von einer Päderastiebewegung reden, die allmählich auch die Pädophilie mit einbezog.

Heute haben wir in der BRD bereits einige zum Teil sehr aktive Gruppen, in Nürnberg die Indianerkommune, in Krefeld, Düsseldorf und Berlin die DSAP (Deutsche Studien & Arbeitsgemeinschaft Pädophilie), in Duisburg und Köln den AKP (Arbeitskreis Päderastie), in Hamburg die Päderastengruppe in der HAH (Homosexuelle Aktion Hamburg), in Pforzheim und Karlsruhe die Kinderbefreiungsfront, in München den Arbeitskreis zur Emanzipation der Knabenliebe und andere weniger bekannte Gruppen.

Dabei kam es, besonders in der DSAP, zu einer sehr engen Zusammenarbeit mit der niederländischen Pädophilie-Bewegung, die sehr viel weiter ist in ihrer Entwicklung und in Frits Bernard und Edward Brongersma zwei bekannte und aktive Vertreter aufzuweisen hat. Bernard ist Sexualpsychologe und u.a. wissenschaftlicher Berater der Hauptvorstandskommission für Pädophilie des Niederländischen Vereins für Sexualreform (Den Haag) und Mitglied der multidisziplinären Arbeitsgruppe Pädophilie des Nationalen Zentrums für psychische Volksgesundheit (Utrecht). In zahlreichen Büchern und Aufsätzen hat er sich mit der Kindersexualität und dem Problem der Pädophilie befaßt. In deutsch erschien 1978 sein Buch ‚Pädophilie', das aus der langjährigen psychologischen Praxis und verhaltenswissenschaftlicher Forschung des Autors hervorgegangen ist. Bernard kommt zu der Erkenntnis, daß Pädophilie überall vorkommt, daß keine Grenzziehung möglich ist (Pädophilie, Ephebophilie usw.), daß jede Grenzziehung willkürlich ist und von den moralishen, politischen oder religiösen Auffassungen des einzelnen abhängt. Bernard hat Kinder befragt und untersucht und Erwachsene, die früher als Kinder sexuelle Beziehungen zu Älteren hatten und kommt zu dem Ergebnis, daß gewaltlose Beziehungen dieser Art niemals schädlich sein können, auch keine schädlichen Folgen zeigen. Er kommt zu folgender Zusammenfassung und vorläufiger Schlußfolgerung:

a.) Jüngere können sexuelle Kontakte und Beziehungen mit Erwachsenen oft als politiv erleben,
b.) Jüngere suchen — neben dem sexuellen Aspekt — auch Gefühl, Zuneigung und Geborgenheit,
c.) von einem traumatisierenden Einfluß können wir nicht sprechen, auch nicht von Ängsten gegenüber Erwachsenen; nach den Ergebnissen des ABV-Tests sind unsere Probanden nicht neurotischer als der durchschnittliche Niederländer,
d.) Die Initiation hat keinen Einfluß auf die spätere Triebrichtung,
e.) in einigen Fällen beginnen die ersten Kontakte schon während des Grundschulalters,
f.) die sexuellen Handlungen sind meistens von masturbatorischer Art,
g.) manchmal wird die Freundschaftsbeziehung nach der sexuell gefärbten Periode weitergeführt, in einigen Fällen sogar das ganze Leben lang,
h.) die Haltung der Gesellschaft wirkt negativ.

Professor Edward Brongersma ist Kriminologe und Jurist. Auch er hat sich in zahlreichen Aufsätzen und Büchern mit der Thematik der Pädophilie befasst. In der BRD kursiert seit einiger Zeit seine Broschüre ‚Kindersexualität und Recht', die einen interessanten historischen Rückblick über die Kindersexualität enthält. So erließ z.B. Stadtrat von Ulm im 16. Jahrhundert ein Besuchsverbot der Bordelle für Jugendliche, weil der große Strom von 12 bis 14 jährigen Knaben die älteren Besucher belästigt hatte, während in London noch um 1800 herum jährlich mindestens 30000 Knaben in diesem Alter in den Bordellen anzutreffen waren. Die Französische Revolution hob alle Sexualverbote auf, denn — so eine zeitgenössische Begründung — die sexuellen Freuden schaden keinem Menschen, auch dem Kind nicht. Erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde die sexualfeindliche Haltung des Christentums wieder gesetzlich verankert. Brogersma zitiert auch das bei uns so gern unterschlagene Gutachten der Speijer-Kommission, das im Auftrag des niederländischen Justizministeriums erstellt wurde. Diese Kommission verbreitete sich über die Erwünschbarkeit sehr intimer Kontakte in der prä-adoleszenten Phase (also etwa vor dem 14. Lebensjahr), verwarf den schwerwiegenden Begriff ‚Verführung' und ersetzte ihn vorzugsweise durch ‚Initiation'. Sie erklärte schließlich sogar nachdrücklich, daß in manchen Fällen diese Initiation (Einführung in die Sexualität) in welcher Richtung auch immer (heterosexuell oder homosexuell), eine bessere Entfaltung der heranwachsenden Jugendlichen bewirken kann.

Inzwischen mehren sich auch in der BRD die Stimmen, die teils aus juristischer, teils aus psychologischer Sicht, ein Überdenken unserer Sexualstrafgesetze fordern. In erster Linie wenden sie sich gegen den Aberglauben von Justiz und ‚gesundem Volksempfinden', daß sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern zu seelischen Schädigungen der letzteren führen würden. Ein Vorreiter in dieser Richtung war zweifelsohne Professor Dr. med. Reinhart Lempp, wohl der bekannteste deutsche Kinderpsychologe, der 1968 in der ‚Neuen Juristischen Wochenschrift' einen später oftmals zitierten Aufsatz veöffentlichte, in dem es u.a. hieß:

‚Ich bin bei der Erörterung des Problems der seelischen Schädigung der Kinder als Opfer gewaltloser Sittlichkeitsdelikte von den Erfahrungen der Glaubwürdigkeitsbegutachtung ausgegangen. Man würde der Frage jedoch nicht gerecht, wenn man nicht feststellen würde, daß die an solchen Sittlichkeitsverfahren beteiligten Kinder zum Teil in ihrer eingangs geschilderten zunehmenden Befangenheit tatsächlich den Eindruck seelisch belasteter und damit wohl auch geschädigter Kinder machen. Das Belastende für die Kinder ist dabei unbestreitbar die Reaktionsweise der sie umgebenden Erwachsenen, angefangen von den manchmal vorwurfsvollen Eltern bis hin zu den mißtraurisch erwarteten jugendpsychiatrischen Begutachtungen und den oftmals quälenden Befragungen vor Gericht. Allein über solche sexuellen Dinge vor einem Kreis erwachsener Menschen reden zu müssen, belastet solche Kinder mehr als die Tat selbst, ja es belastet die Kinder oft ganz allein.'

Zwei Jahre später erschien bei Rowohlt das Buch ‚Sexualerziehung' von Professor Helmut Kentler, das ebenfalls mit dem Märchen der seelischen Schäden aufzuräumen versuchte. Kentler hatte zuvor in Berlin an einem mit stiller Duldung der SPD-Senatorin Reichelt unternommenen Experiment teilgenommen, Trebegänger, also jugendliche Ausreißer, bei Päderasten unterzubringen. Obwohl dieser Versuch von allen Beteiligten als gelungen angesehen wurde, mußte er abgebrochen werden, da man bei einem Bekanntwerden in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung befürchtete. (Inzwischen werden solche Experimente in den USA wissenschaftlich durchgezogen und zwar mit der Absicht, die ‚positiven' Seiten der Homosexualität für die Sozialarbeit zu nutzen).

Energischer und deutlicher trat 1978 der an der Bremer Uni Rechtswissenschaft lehrende Professor Rüdiger Lautmann für eine Reform des Sexualstrafrechts ein. In einer Broschüre stellte er die provokante Frage: ‚Sexualdelikte — Straftaten ohne Opfer

‚Das Strafrecht', so beginnt Lautmann seine Ausführungen, ‚erfasst nach wie vor mehrere Formen von Sexualität, bei denen die Beteiligten einvernehmlich handeln und/oder niemanden ein physischer bzw. psychischer Schaden entsteht. Die Frage nach der Berechtigung solcher Pönalisierungen muß immer wieder neu gestellt werden.' Und kommt zu der Feststellung: ‚das geltende Sexualstrafrecht schützt, unter Mißachtung des Freiheitsbegriffes, die Sexualmoral.'

Zur Pädophilie erklärt Lautmann: ,Der Fall Pädophilie verliert nur langsam an Unzugänglichkeit; erst allmählich bauen Sexualpsychologie und — Kriminologie die theoretische Stützkonzeption ab, die in der Bevölkerung und in den Kontrollinstanzen lange tief verankert war. Das hergebrachte Stereotyp enthielt u.a. die folgenden Annahmen zur Sexualität mit Kindern:

- der Ältere gehe aggressiv vor (Assoziation zu Vergewaltigung, Sadismus und Mord);
- die sexuelle Handlung hinterlasse beim Kinde einen seelischen Schock mit bleibenden Schäden;
- zwischen Kind und Älterem bestehe ein erheblicher Altersunterschied (sehr kleine Mädchen einerseits, Onkel oder Greis andererseits);
- die Person des Täters sei regelmäßig ein Fremder;
- doe Kinder lebten in sittlicher Reinheit und Unschuld.

An diesem die öffentliche Meinung und Strafverfolgung tragenden Stereotyp stimmt nichts.'

Lautmann, der außerhalb seiner Arbeit an der Uni einen Arbeitskreis ,Homosexualität und Gesellschaft' leitet, war maßgeblich an einem Antrag auf Reform des Sexualstrafrechts beteiligt, der im April 79 auf dem Kongress der deutschen Soziologen in Berlin von einer Arbeitsgemeinschaft erstellt wurde, der u.a. die Humanistische Union, die Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft und Schwulengruppen der Jungsozialisten, Jungdemokraten und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft angehören. In diesem ANtrag heißt es u.a.:

,Die §§ 175 und 176 StGB sind aufgrund der vorgesehenen Neufassung des Art. 3, Abs. 3 GG verfassungswidrig und vom Gesetzgeber aufzuheben. Beide Vorschriften kriminalisieren die sexuelle Orientierung Homosexualität und Pädohilie/Päderastie...

Zu § 176 StGB: In § 176 werden sexuelle Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren mit Strafe bedroht. Soweit dabei Abhängigkeit, Gewalt oder Nötigung eine Rolle spielt, sind die §§ 174, 178, 179, 223 ff StGB ein ausreichender Schutz. Der Grund für die eigenständige Strafdrohung des § 176 StGB ist die ungestörte geschlechtliche Entwicklung des Kindes (BT ' Drucksache VI/3521, Seite 34), also der Schutz vor angeblicher Verführung. Dageben kommt Lempp aufgrund einer eigenen Untersuchung

93 Verfahren an 97 Kindern zu dem Ergebnis, daß diese Untersuchung in keinem Fall eine sichere und zweifelsfreie Schädigung der Kinder unmittelbar durch die sexuelle Handlung erkennen ließ. Im Gegenteil weist vieles darauf hin, daß enge Beziehungen zwischen einem Kind und einem Erwachsenen seiner Wahl (wobei es unwesentlich ist, ob es zu sexuellen Kontakten kommt) dem Kind für seine weitere Entwicklung wichtige Emotionale Bedingungen verschaffen. Dennoch darf heute kein Richter in einem solchen Fall den Betroffenen freisprechen.'

Aber nicht nur ,neutrale' Soziologen, Psychologen und Juristen kommen zu den oben genannten Ergebnissen, anscheinend auch das Bundeskriminalamt, wie aus dem Juniheft der Zeitschrift ,spielen und lernen' zu entnehmen ist. Ich zitiere:

,Michael Baurmann, Psychologe, hat sich im Auftrag des Bundeskriminalamtes mit der Frage beschäftigt: Welche Schäden treten bei minderjährigen Sexualopfern auf? Er hat dazu 8000 angezeigte Sexualdelikte mit Minderjährigen in Niedersachsen ausgewertet und 200 von ihnen psychodiagnostisch nachuntersucht. Erste Ergebnisse liegen jetzt vor. Die Forschungsarbeit von Miachel Baurmann enthält folgende Tatsachen: 1977 wurden insgesamt 6 Kinder Opfer einen Sexualmords, 101 Kinder wurden aus anderen Motiven umgebracht, weitere 43 waren unerwünschte Kinder, die von ihren eigenen Eltern totgeschlagen wurden. Demgegenüber starben 1354 Kinder im Straßenverkehr. Das nur zum Vergleich. Damit sollen die 6 Sexualmorde nicht verharmlost werden, schon ein einziger ist zuviel. Aber wenn man bedenkt,daß die Wahrscheinlichkeit,daß meinem Kind so etwas passiert,sehr gering ist, dann wirken die Schreckensberichte in der Sensationspresse enorm aufgebauscht. Das ist gefährlich, denn sie können zu übertriebenen Reaktionen bei Eltern, Kindern und Gesetzgebern führen. Für die übrigen angezeigten Fälle von sexuellen Kontakten zwischen Erwachsenen und Kindern zeigte die Untersuchung am Beispiel Niedersachsens: nur in 20 % wurde Gewalt in irgendeiner Form angewandt, 80 % verliefen gewaltlos, d.h. mit Zustimmung der ,Opfer'. Gewalt wurde dabei vornehmlich von Verwandten und Bekannten ausgeübt, nicht von Fremden. Sehr oft verbergen sich hinter den angezeigten Straftaten freundschaftliche Kontakte zwischen Kindern und Erwachsenen, die in unserer Gesellschaft in dem Augenblick tabuisiert werden, wo sie über die rein geistige Beziehung hinausgehen.....

Baurmann kam zu dem Ergebnis, daß das Böse, das wir Eltern unseren Kindern tagtäglich mit mangelnder Zuwendung, verpönter Körperlichkeit und tabuisierter Kindersexualität antun, das Ausmaß dessen bei weitem übertrifft, was die sogenannten ,Sittenstrolche' anrichten. Und ich bin überzeugt davon, daß der Sekundärschaden an den ,Opfern' von Sexualdelikten viel größer ist als der Schaden durch die eigentliche Tat. Mit anderen Worten: die meisten Kinder hätten das Erlebnis problemlos verarbeitet, wenn nicht Eltern, Polizei und Justiz sie noch wochenlang mit Verhören gequält hätten. Aus diesem Grunde plädiert Baurmann auch für die Aufhebung des gesetzlichen ,Schutzalters', weil eine Altersgrenze für sexuelle Beziehungen unsere Kinder nicht schützt, sondern lediglich zerstörenden, brutalen Verfahren ausliefert.'

Das war im großen und ganzen der wissenschaftliche, d.h. der psychologische und juristische Background der Pädophilie, bei weitem nicht der einzigste und vor allem nicht der wichtigstre Aspekt dieser relativ jungen Bewegung. Man kann keine Bewußtseinsveränderung durch Reformen erreichen, das sollten wir von der Schwulenbewegung gelernt haben. Auch dort hat der Wegfall von Gesetzen nichts Entscheidendes geändert. Freiräume müssen erkämpft werden. Wer wie ich dem Staat grundsätzlich das Recht abspricht, das Sexualleben seiner Bürger durch Gesetze zu kontrollieren und zu regeln, der wird seine Zeit nicht damit vergeuden, allein für die Streichung eines Paragraphen zu kämpfen. Es geht um mehr.

Wenn ich trotzdem diesem Aspekt einen so breiten Raum eingeräumte, dann deshalb, weil er typisch ist für die zweite Phase der Pädophilie-Bewegung, die zur Zeit ihre ,Magnus-Hirschfeld-Periode' durchläuft, die Periode der wissenschaftlichen Aufklä-

Briefwechsel

Aus dem Leben eines „Homosexuellen Rauschgiftdealers"

Kiel
30. Januar

Brief eines Rechtsanwalts an:
Herrn......., ...str., 2300 Kiel

Sehr geehrter Herr....!

Die Eheleute B. und J. ... aus ..str., Kiel, haben mich gebeten, an Sie zu schreiben. Ich wende mich zunächst an Sie nicht so sehr in meiner Eigenschaft als Rechtsanwalt, sondern als mehr oder weniger zufälliger Bekannter der Eheleute.... Mir liegt ein Brief vor, den Sie an den 16-jährigen Sohn der Eheleute gerichtet haben. Sie mögen daraus erkennen, daß die Problematik allerseits bekannt ist, so daß ich mir es ersparen kann, auf Einzelheiten tatsächlicher Art einzugehen. Sie werden mir allerdings gestatten, es Ihrem Brief persönlich anzumerken, daß ich mich nach der Lektüre gefragt habe, ob Sie in der Tat zu irgendeinem Zeitpunkt sich bewußt gemacht haben, mit welchen Problemen Sie den 16-jährigen Oliver konfrontieren und welche Verantwortung persönlicher und moralischer Art Sie mit Ihrer Verhaltensweise übernehmen. Dies muß m.E. unabhängig davon gelten, ob man die sogenannte „bürgerliche Moral" für verlogen und verrottet hält oder nicht. Wenn Ihr Brief nicht lediglich der raffinierte Beeinflussungsversuch eines homosexuellen Rauschgiftdealers ist, sondern Sie in der Tat die Sensibilität besitzen, die in dem Brief zum Ausdruck kommt, so werden Sie in der Lage sein, sich zumindest vorstellen zu können, in welche Verzweiflung Sie die Eheleute als Eltern des 16-jährigen Oliver gestürzt haben.

Sie sind intelligent genug um zu wissen, daß, wenn es hart auf hart kommt, ich rechtliche Möglichkeiten finden werde, um jegliche weitere Kontaktaufnahme zwischen Ihnen und Oliver zu unterbinden. Dabei darf ich Sie bitten, diesen Satz nicht mißzuverstehen, er beinhaltet keine Drohung, sondern lediglich eine Feststellung. Wenn ich den Eheleuten davon abgeraten haben, einstweilen solche rechtlichen Schritte gegen Sie einzuleiten, so nicht zuletzt auch in Ihrem Interesse, weil, wie Sie wissen, aufgrund der Minderjährigkeit von Oliver Ihr Verhalten einen erheblich strafrechtlich relevanten Einschlag hat.

Meine Mandanten wollen weder Ihnen noch Oliver solche Konsequenzen verbauen. Der Zweck dieses Schreibens liegt darin, an Ihre Einsicht und Vernunft als Erwachsener zu appellieren und Sie zu veranlassen, von sich aus, so schwer Ihnen das im Moment fallen mag, jeglichen weiteren Kontakt zu Oliver zu unterlassen und auch, wenn dieser wieder mit Ihnen Verbindung aufnimmt, auf ihn einzuwirken, zu seinen Eltern zurückzukehren.

Ich erwarte, daß Sie sich binnen 7 Tagen nach Erhalt dieses Schreibens mit mir in Verbindung setzen, daß wir gemeinsam die Möglichkeit einer Konfliktlösung erörtern können. Kommt es innerhalb dieser Frist nicht zu einer Kontaktaufnahme, müßte ich allerdings unterstellen, daß es Ihnen nicht um Oliver geht, sondern ausschließlich um Ihre eigenen Interessen. Sie würden mich in diesem Fall zwingen, den Eheleuten zu empfehlen, von sämtlichen, rechtlich gegebenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, um jeden weiteren Kontakr zwischen Ihnen und Oliver zu unterbinden.

...... Rechtsanwalt

Antwortbrief von A.

Kiel, Dez. 79

Einen Dank für Ihren Brief vom ../12/79 werden Sie nicht von mir erhalten wollen. Da ich nicht bereit bin, mit Hinz und Kunz über mein Leben und meine Beziehungen zu diskutieren, bitte ich Sie, meine folgende Erklärung zur Kenntnis zu nehmen:

Ich lehne es ab, die Vorgehensweise der Eltern.... zu akzeptieren, deren Quintessenz die Dressur ihres Sohnes zu einem an (etwas längeren) Gängelband gehaltenen, bequemen Familienmitglied ist. Dies nicht nur aufgrund meiner Abscheu ob solcher Zuchtmethoden – die prinzipieller Natur ist – sondern auch (und explizit), weil ich nicht bereit bin, mich ....administrativ-patriarchischem „Erziehungsstil" zu unterwerfen.

Auch die Zuhilfenahme von Advokaten, Polizei, bzw. der Klassenjustiz (die mir sicher ohnehin „nicht unerhebliche kriminelle Energie" zusprechen dürfte), die sein Verhalten legal erscheinen lassen soll (was es aufgrund der herrschenden Gerichtsbarkeit auch leider ist), wird diese Prügel„pädagogik" nicht legitimieren können. So, wie auch die absolute Legalität, in der die Schergen der SS in den nazideutschen Konzentrationslagern wüteten (und der auch zigtausende von Schwulen zum Opfer fielen), ihre Verbrechen nie legalisieren könnte und können wird.

Daher ist es m.E. auch irrelevant, ob ich gegen bestehende Gesetze, Normen oder gar gegen das altbeliebte „gesunde Volksempfinden" verstoßen habe resp. verstoße.

Ich anerkenne nicht die §§ 174 – 176 StGB, da sie einen unverschämten und arroganten Eingriff in die Privatsphäre gewaltloser Beziehungen seitens des Staatsapparates darstellen. Mit Gewalt und Zwang verbundene Handlungen sind bereits an anderer Stelle des StGB erwähnt (wobei allerdings elterliche Gewalt in der Realität ungeschoren davonkommt);

Da nimmt es auch kein Wunder, daß hetrosexuelle Vergewaltigermänner oft genug einen Richtermann finden, der (nach peinlicher Befragung der Frau) ein mildes Urteil zu fällen imstande ist (Gewalt und Vergewaltigung in der bürgerlichen Ehe ganz abgesehen).

Ich will nichts pauschalisieren, jedoch fällt die Gegensätzlichkeit (und nicht nur die Widersprüchlichkeit!) der bürgerlichen Moral hier doch sehr ins Auge, wie auch deren Charakter als (verrottete, allerdings) Doppelmoral. Diese will ich nicht zu meiner eigenen machen.

Drohbriefe (und um nichts anderes handelt es sich trotz aller blauäugigen Beteuerungen (getreu dem altdeutschen Motto: Zuckerbrot und Peitsche, zeugen von einer bedenklichen Hilflosigkeit der Urhaber in bezug auf die menschliche Sexualität. Erkenntnisse, die Sigmund Freund vor einem Dreivierteljahrhundert gewann und niederschrieb (und die heute im Gegensatz zum Hitlerfaschismus allgemein zugänglich sind), scheinen den Urheber intellektuell und emotional verborgen geblieben zu sein. Aufgrund der Dialektik von unterdrückter, nicht gelebter und somit latenter schwuler Sexualität und Schwulenfreundlichkeiten, hetroistischem Verhalten sind die Schreiber dieses peinlichen Briefes nur zu bemitleiden. Auch aufgesetzte „Liberalität", die nicht offen mich als Schwulen anzugreifen wagt, sondern zur Schablone des „homosexuellen Rauschgiftdealers" (die Amerikanismen lassen den Ausdruck auch nicht weniger pauschal, faschistisch und nicht zuletzt an den Haaren herbeigezogen erscheinen) greifen muß, kann das kaum vertuschen. An meine „Intelligenz und Sensibilität" zu appellieren, ist ausgesprochen schmierig und dürftig, ich weiß, daß ich beides in ausreichendem Maß verfüge. Gerade deshalb widerspricht mein Verhalten den gängigen Normen.

rung. Daß das Tabu Kinderliebe überhaupt zur Diskussion gestellt wurde, verdanken wir nicht den wissenschaftlichen Untersuchungen und juristischen Abhandlungen, sondern der Tatsache, daß es Menschen gab, die sich in provokativer Absicht zu ihrer Sexualität bekannten, die von ihren Sehnsüchten und Hoffnungen sprachen oder schrieben, von ihren Beziehungen zu Jugendlichen und sich durchaus nicht auf wissenschaftliche Erkenntnisse beriefen. Das gilt sowohl für die Artikel in der ‚Schwuchtel', wie für die Artikel im ‚Blatt' und in der ‚Autonomie', das gilt auch für die Provokationen der Indianerkommune. Erst dadurch gelang es, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen, anderen Mut zu geben und eine allgemeine Diskussion in Gang zu setzen, ja herauszufordern. Das ging auf keinen Fall von den Psychologen, Juristen oder Soziologen aus. Ihre Erkenntnisse mögen vereinzelt jemandem helfen, sich mit Eltern, Lehrern oder Justiz auseinanderzusetzen, sie sind jedoch nicht Inhalte einer Bewegung. Wir wollen keine wissenschaftliche Vereinsmeierei, wir wollen eine spontane, lebendige Bewegung mit Kindern und Jugendlichen.

Der Durchbruch gelang uns vor allem mit Hilfe der Schwulenbewegung, die in Stagnation geraten war und durch die Problematisierung der Päderastie eine neue Phase der aktiven Auseinandersetzung mit der Gesellschaft erhoffte. Es gelang uns vor allem auch, weil wir uns auf ein breites Spektrum alternativer und linker Stadtzeitungen und anderer Publikationen stützen konnten, die sich uns als Multiplikatoren anboten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß das Echo in keinem Verhältnis zur Stärke der Bewegung steht. Machen wir uns nichts vor: Die Pädophilenbewegung in der BRD ist sehr klein, wenn sie auch teilweise äußerst aktiv ist. Sie steht allerdings vor vielen Problemen und sie steht vor allem vor der Gefahr, sich einer Selbsttäuschung über das große Echo ihrer Aktivitäten hinzugeben. Es ist an der Zeit, eine Pause einzulegen und nachzudenken, was zu tun ist und etwas weniger Wert auf eine übertriebene Öffentlichkeitsarbeit zu legen.

Ob eine Ankündigung über die Ausstellung idealisierter und überstilisierter Knabenköpfe in einer Stadt nun unbedingt bundesweit angekündigt werden muß, ist eine Frage des Überlegens wert. Ebenso für bedenklich halte ich die hektische Scheinaktivität einer Gruppe, deren einzige Aufgabe es zu sein scheint, sich permanent auf Reisen zu begeben, um auf jeder Veranstaltung zwischen Flensburg und Konstanz, Köln und Berlin eine Schau abzuziehen. Viel eher könnte sie in der eigenen Umgebung eine Konsolidierung anstreben, Führungsstrukturen abbauen und so zur Attraktivität für andere Jugendliche zu werden.

Auch die Wissenschaftsgläubigkeit mancher Gruppen halte ich für gefährlich. Eine Bewegung entsteht weder durch die Gründung eines Vereins noch durch die Organisation großer Kongresse. Was ich bei ihnen vermisse, sind die Jugendlichen, die sie ansprechen möchten. Sie waren anfangs da, inzwischen sind sie gegangen, weil Vereine, Kongresse und wissenschaftliche Referate kein Anziehungspunkt für sie darstellen. Eine Bewegung entsteht nur durch unzählige kleine autonome Gruppen, die in der Basis verwurzelt sind, Zuflucht und Versteck für Jugendliche, die aus dieser für sie so unattraktiven Welt ausbrechen wollen. Wir möchten mit Jugendlichen und Kindern zusammenleben, zu denen wir Beziehungen haben, mit denen uns gemeinsame Bedürfnisse verbinden.

Ein anderes Problem: Die Päderasten (die Pädophilenbewegung bei uns besteht hauptsächlich aus Päderasten) müssen sich freischwimmen aus dem Fahrwasser der Schwulenbewegung, mit der uns eigentlich nicht sehr viel verbindet, unsere Problematik ist eine andere. Die Schwulenbewegung bleibt nach wie vor unser nächstliegender Bündnispartner und wir wollen auch weiterhin mit ihnen zusammenarbeiten. Freischwimmen, d.h. eigenständig werden, die eigentlichen Bedürfnisse in den Vordergrund stellen und vor allem klar erkennen, daß die Päderastie nicht von der Pädophilie zu trennnen ist und es gibt eben sowohl schwule Pädophile wie auch heterosexuelle Pädophile. Das unterscheidet uns von der Schwulenbewegung. Ich sehe zur Zeit in der bestehenden Bewegung zum Teil ältere Päderasten, die sich entweder auf jugendlich trimmen und z.B. auch öffentlich ein falsches Alter angeben, was ich für eine Unaufrichtigkeit gegenüber der linken Scene halte, die uns ihre Zeitschriften nicht zur Verfügung gestellt haben, daß wir Lügen verbreiten) oder sich sogar als eine Art Guru präsentieren und über die Probleme von anderen — nämlich den Kindern + Jugendlichen — diskutieren, ohne diese zu Wort kommen zu lassen, also eine Art Avantgarde-Bewußtsein, was bisher stets zum Tod jeder Bewegung geführt hat. Die einzige Ausnahme in dieser Beziehung ist wohl die Kinderbefreiungsfront, die nur aus Jugendlichen besteht, die aber bereits jetzt schon zu Recht ihre Bedenken gegen die Päderasten angemeldet haben. (Siehe den Beitrag von Peter Laudenbach im Rundbrief August/September 79 des AKP).

Was haben die Päderasten bisher an konkreten Möglichkeiten geschaffen, um denjenigen Jugendlichen zu helfen, die aus Elternhaus, Heim und Jugendknast geflüchtet sind, wo sie unterdrückt, ausgebeutet, geschlagen wurden. Wo gibt es illegale und konspirative Wohnungen, wo solche Jugendliche Unterschlußf finden können? Wo gibt es Alternativen zu den Jugendwohngemeinschaften, die von der Jugendfürsorge überwacht werden, geleitet werden? Stattdessen kenne ich Gruppen, die solchen Jugendlichen die Türe weisen und stattdessen lieber spektakuläre Auftritte inszenieren, die Schlagzeilen schaffen. Im harmloseren Fall ist es die Angst, die uns davon abhält, Ausreissern Unterkunft zu gewähren. Denn sollten wir wenigstens nach anderen Wohngemeinschaften und Einzelpersönlichkeiten Ausschau halten, denen es möglich ist, Ausreisser aufzunehmen.

Es wäre z.B. sehr wichtig, eine Rechtshilfe aufzubauen, die sich um solche Jugendliche kümmern könnte, die Möglichkeiten finden müßte, ihre Situation zu legalisieren. Ihre andere Aufgabe wäre es Prozeßvorbereitungen für angeklagte Pädophile zu führen. Haben die bestehenden Pädo-Gruppen Kontakte zu den örtlichen Knastgruppen, Roten, Schwarzen oder Rosa Hil-

fen aufgenommen, um gemeinsam mit ihnen inhaftierte Jugendliche und Pädophile zu unterstützen? Ein praktisches Beispiel kam aus Hamburg. Die dortige Päderastengruppe hat ein Flugblatt entworfen, das Jugendliche und Kinder über ihre Rechte gegenüber Polizei und Justiz aufklärt, ihnen vermittelt, was man bei der Polizei sagen muß und was nicht und eine Liste von Anwälten beigefügt, an die man sich wenden kann. Haben die anderen Gruppen eine ähnliche Liste von Anwälten und Gutachtern zur Hand, die sich im Sexualstrafrecht auskennen und die bereit sind zu helfen? Auch Anwälte, die sich im Jugend- und Fürsorgerecht auskennen, sind wichtig.

Wenn man die zahlreichen Rundbriefe und Mitteilungen der einzelnen Gruppen ansieht, so erinnern sie oftmals mehr an die Vereinsnachrichten eines Kleintierzüchterverbandes als an ein Kampforgan von Pädophilen, das sich an Jugendliche wenden soll. Unsere Zielgruppe sind nicht die Wissenschaftler, Juristen, Psychologen, Soziologen oder Studienräte, sondern die Jugendlichen. Die Mitteilungen und Informationen sollen nicht an Prominente verschickt werden, sondern an Freizeitheime, Jugendzentren, Schulen, Fürsorgeanstalten, Waisenhäuser, Jugendgefängnisse. In der bisherigen Form werden sie dort wohl kaum gelesen werden.

Vor kurzem wurde in einem Mitteilungsblatt der DSAP über den Begriff linke und rechte Päderasten gestritten. Natürlich gibt es Pädophile und Päderasten auf der rechten wie auch auf der linken Seite des politischen Spektrums. Ebenso wie Schwulsein allein, ist auch pädophilsein allein kein Beweis für revolutionäres Bewußtsein. In einer Pädophilenbewegung haben aber nur die Pädophilen was zu suchen, die autoritäre Strukturen und bürgerliche Organisationsformen ablehnen und den Begriff der Emanzipation bejahen. Wir haben nicht die Aufgabe, Sozialarbeiter für verhaltensgestörte Kinder, also Opfer des Systems zu spielen, die Eltern, die Lehrer, den Meister oder sogar den Polizisten zu ersetzen. Unser Verhältnis zu den Jugendlichen ist nicht vertikal, sondern horizontal. Wir sind nicht Leitbild, Vorbild, Vaterfigur, Führerfigur, wir sind Partner der Kinder und Jugendlichen, gleichberechtigte Partner. Unsere Aufgabe ist es, die Kinder und Jugendlichen aus jeder Art von Unterdrückung, Unterwerfung, Unterordnung zu befreien, nicht die Herrschaftsstrukturen zu stärken, sondern mithelfen sie zu zerstören. Von daher ergibt sich schon von selbst, wer zu uns gehört.
Woran es vor allem heute noch mangelt, ist eine solidarische Zusammenarbeit aller Gruppen. Man könnte mitunter vermuten, daß einige Gurus nur daran interessiert sind, um sich eine kleine Schar von Kindern und Jugendlichen zu sammeln und mit allen Mitteln zu versuchen, andere von dieser Gruppe fernzuhalten, die eventuell an dieser Guru-Haltung rütteln könnten. Wir wollen keinen ‚Einfluß' auf Kinder und Jugendliche ausüben, sondern gemeinsam mit ihnen leben, lieben, kämpfen.

Wir sollten in nächster Zeit eine Art Magna Charta für alle Kinder und Jugendliche erarbeiten, in der Münchner Gruppe zirkuliert bereits ein Entwurf. Ich würde allerdings eher ein Aktionsprogramm der Befreiung aller Kinder und Jugendlichen vorschlagen. Dieses Dokument sollte in einer gemeinsamen Aktion und in allen möglichen Formen unter die Jugend gebracht werden, als Flugblatt, Plakat, Zeitungsartikel, Comic-strip usw. Es sollte in jedem Jugendzentrum, in jeder Schule, in jedem Jugendgefängnis, in jedem Freizeitheim, in jeder Fürsorgeanstalt, in jedem Waisenhaus verbreitet sein, überall dort, wo Jugendliche zusammen kommen. Es sollte ein Begriff für alle werden, das Prinzip Hoffnung für die Jugend, für das es sich lohnt, gemeinsam mit uns zu kämpfen.

Peter Schult, ‚und streichelte unter anderm', in ‚Blatt' Nr.115, Februar 1978

Peter Schult, ‚Für eine sexuelle Revolution – wider die linken Spießer' in ‚Autonomie' Nr. 5 vom Februar 1977

Adressenliste:

Arbeitskreis Päderastie (AKP) c/o Reiner Rene Muschialik, Postfach 66 02 29, 4100 Duisburg 12

Arbeitskreis zur Emanzipation der Knabenliebe, c/o Wolfgang Tomasek, Postfach 15 20 31, 8000 München 15

Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP) Postfach 3236, 4150 Krefeld

Indianerkommune, Mittlere Kanalstraße 34, 8500 Nürnberg

Kinderbefreiungsfront c/o Peter Laudenbach, Glockwiesenstr. 5, 7534 Birkenfeld 1

Päderastengruppe in der HAH, Ölkersallee 5, 2000 Hamburg 50

Literaturhinweise:

Bruno Bendig, Private Handreichung zum 5. Wissenschaftlichen Kongreß ‚Sexualität und Gewalt'; a) Pädophilie, 2,– DM + Porto; b) Resumee, 3,– DM + Porto; c/o DSAP, Postfach 3236, 4150 Krefeld

Frits Bernard, Pädophilie, Andreas Achenbach Verlag, Lollar 22,– DM

Edward Brongersma, Das verfemte Geschlecht, München 1970

Edward Brongersma, Kindersexualität und Recht, zu beziehen durch NARGS, Postfach 104 531, 6900 Heidelberg, 3,– DM

Kinderbefreiungsfront, Broschüre zu beziehen c/o Peter Laudenbach, Glockwiesenstr. 5, 7534 Birkenfeld 1, 1,– DM

Peter Laudenbach, Die Meinung eines Jungen, in AKP-Rundbrief, August/September 1979

Rüdiger Lautmann, Sexualdelikte – Straftaten ohne Opfer, zu beziehen NARGS, Postfach 104 531, 6900 Heidelberg, 2,– DM

Reinhard Lempp, Seelische Schädigung von Kindern als Opfer gewaltloser Sittlichkeitsdelikte, in ‚Neue Juristische Wochenschrift' 21. Jahrgang, Heft Nr. 49 vom 5.12.1968

Päderastie, Bürgerliche Gesellschaftstheorie und Frauenfeindlichkeit in ‚Schwuchtel' Nr. 4 vom Herbst 1976

Ploemakers/Gladts, Die Unschuld der Knaben, in ‚Schwuchtel' Nr. 4 vom Herbst 1976

Rene Scherer, Das dressierte Kind, Wagenbach-Verlag, Berlin, 7,50 DM

Scherer/Hocquenhem, Co-ire, Kindheitsmythen, Trikont-Verlag, München, 20,– DM

Peter Schult, Besuche in Sackgassen, Trikont-Verlag, München 20,– DM

IMMER WENIGER LESER INTERESSIEREN SICH
für die großen Themen der Revolution. . .

Hamburg, 27.Januar

Der Verlag Association hat Pleite gemacht. Erst nach langen Monaten begann eine Diskussion darüber, wie und warum ein linker Verlag mit einem vorbildlichen Buchprogramm für autonome, libertäre Sozialisten sang- und klanglos abkratzte (ID 316, Richard Herding: „. . . und die Pappnasen kamen"). Hier sind Auszüge aus zwei Briefen dazu: der eine von einem Beiratsmitglied des alten Associations-Verlages, der zweite von einem Hamburger ID-Leser, der nicht in linken Projekten steckt und lieber Laster fährt.

Meine Damen und Herren, seien Sie nicht erstaunt oder beschämt: hier werden Namen genannt. Wenn Sie sich nicht für sie interessieren, lesen Sie einfach darüber weg. Aber so ist es halt mal: Strukturen werden nur durch Personen durchsichtig.

Zunächst Jürgen Carstensen aus dem Associations-Beirat:

Ich habe mit Jürgen Klein und zwei anderen Genossen im Januar 1977 den sogenannten Beirat des Associations-Verlages gegründet und versucht, durch konkrete Verlagsarbeit, Lektorieren, Werben etc. und durch Spendenaktionen die Pleite des Verlages zu verhindern. Das ist uns nicht gelungen. Trotz mehrmaliger Aufforderung an Karin Psikus, die den Verlag weiterhin allein und vetomäßig führte, ist Richards Manuskript z.B.nie von einem Beiratsmitglied gelesen worden und konnte von uns daher auch nicht in die Verlagsarbeit eingebracht werden. Wie so vieles in der Geschichte dieses Verlages, hing alles anfangs einzig und allein an Cäsar (Mitinhaber bis 1977) oder aber an Karin; auch die guten Sachen.

Als Beiratsmitglieder haben wir dann den Lyriker und Buchhändler Thorwald Proll gebeten, einen kurzen Beitrag für die „Tageszeitung" zu schreiben (Betrifft: Verlag Association, 15.8.79), da wir vom Verhalten Karins und ihres Steuerberaters her schließen mußten, daß schon wieder im großen Umfang gemauschelt wird und so vor allem die „kleinen" Gläubiger weiter geschädigt werden würden. Dieser Artikel sollte schnell diese Gläubiger informieren, nicht weil Karin mit der Kasse abhauen wollte, sondern weil der Konkurs leise über die Bühne gebracht werden sollte, damit nicht alle früh genug ihre Ansprüche geltend machen können (so wie es bei dem pleitegegangenen Hamburger Buchvertrieb Maldorer schon erfolgreich durchgezogen wurde). Karin hat von sich aus nichts unternommen, um die kleinen Spenden zurückzuzahlen oder um öffentliches Verständnis zu bitten; ein Verhalten, das mit unseren Vorstellungen von linker Moral und den Voraussetzungen unserer Beiratsarbeit, wie sie damals formuliert wurden, nicht übereinstimmte. Hätten wir zu diesem Zeitpunkt öffentlich alles über die Mauscheleien, Tricksereien, die fehlenden Lohnzahlungen etc. erzählen wollen, hätten wi unsere Solidarität mit Karin ?, mehr wohl mit der Verlags-Idee noch mehr aufkündigen müssen. Das wollten und wollen wir nicht.

Ich selbst bin durch den Konkurs um 12.000 Mark geschädigt worden, die vollkommen in den Wind geschrieben werden müssen, die privaten Schulden gegenüber Genossen dürften so an 70.000 Mark heranreichen.

Wenn in einem ID-Bericht über das Treffen des Verbands linker Buchhändler so viel Ungereimtheiten stehen, liegt das sicherlich daran, daß sich die VLB-Leute eben nicht um genaue Informationen bemüht haben. Nicht der Tod des Druckers in Göttingen oder der ominöse Fachmann für Wechsel im Hintergrund haben den Konkurs beschleunigt. Meiner Meinung nach liegen die Gründe einmal auf einer politischen und emotionalen Ebene. Arroganz, gegenseitiges Bescheißen usw. haben dazu geführt, daß keine Buchhandlung, kein anderer Verlag und keine noch so kleine politische Gruppierung mehr

Wer liest, hat mehr im Kopf

AUS DEM HAUSE COCA COLA

mit dem Verlag etwas zu tun haben wollten. (Gegen diese Situation wird jeder neue Verlag arbeiten müssen.) Zum anderen interessieren sich immer weniger Leser für die großen Themen der Revolution oder der Geschichte der Arbeiterbewegung. Auf einem Autonomie/Neue Folge-Treffen in Bremen haben wir das mal den modernen Analphabetismus genannt. Die Manuskripte, wie sie mir zum Lektorieren 1977 vorgelegt wurden, auf die zum großen Teil seit mehr als einem Jahr keine Antwort geschrieben worden war, beschäftigten sich durchweg mit der neuen Innerlichkeit, der Selbstbespiegelung von Situationisten; Psychologismus schlimmster Sorte, dessen Konsequenz nur die AAO sein kann. Auch den Taeni (über Primärtherapie) würde ich hier einreihen. Übriggeblieben sind nur ein Band mit Gedichten von zwei Betroffenen aus Psychiatrie und Knast, der hoffentlich bald bei IVA in Tübingen erscheinen wird, und ein DDR-Manuskript über die „Neue Ökonomie", das zur Zeit überarbeitet wird und einen Verlag sucht.

Vielleicht zum Schluß noch etwas zur neuen Entwicklung. Wir wollen in Hamburg einen Nachfolge-Verlag gründen, der Verlag Libertäre Assoziation heißen soll. Geschäftsführer wird Jarowoy sein, der einen Teil der alten Bucbbestände aufkauft und sie (eben nicht als Ramsch) weiter vertreibt. Wir wollen inhaltlich die alte Reihe weiter fortsetzen, was natürlich stark von den Manuskripteinsendungen abhängig ist und von unserer Fähigkeit, mit vielen in einem kontinuierlichen Diskussionsprozeß zu stehen und mit Broschüren aktuell und schnell — z.B. zur Diskussion Verteidiger und Vergewaltiger — Materialien liefern. Das alles fordert sehr viel Arbeitskraft und vor allem Geld. Vielleicht schaffen wir es trotzdem.

Vielleicht schreiben uns die ID-Leser ja mal, welche Veröffentlichungen sie heute in einem Verlag wie Association für dringend notwendig halten. Interessierte Leute, die eventuell mithelfen wollen, sollten uns schreiben, wie ihre Mithilfe aussehen kann.

Und hier Achim Erbslöh aus der 38-Tonner-Scene:

Mir stinkt die Einstellung vieler ‚Projekt-Linker' zum Geld (und was damit zusammenhängt), deren Verständnis von solchen Projekten, die sie — solange alles läuft — als kollektiv--privat verstehen (und erst wenn's nicht mehr läuft, auch als Besitzstand ‚der Linken' — wer immer das sein mag/gut, gut, wir mit unserer Konsumentenhaltung sind auch nicht ganz unschuldig). Trotzdem: ich werde den Verdacht nicht los, daß der Projekt-Klüngel viele Projekte schlicht heruntergewirtschaftet hat. Steckte ich tiefer in der ‚scene' drin, könnte ich wahrscheinlich mehr Beispiele nennen. Aber Oktoberdruck, ID, Hälfte des Himmels, Association etc. reichen ja wohl auch. ID insofern, als ihr reichlich lange gebraucht habt, den verehrten Leser(in) auf die bedrohliche finanzielle und sonstige Lage hinzuweisen (warum habt ihr solange weitergewurschtelt???).

Und der viele andere Scheiß (wie etwas Cäsar/Association/Kasse) sollte auch nicht unter den Tisch gekehrt werden. Und der Associations-Nachfolgeorganisations-Abdruck in der „Tageszeitung" erschien mir nicht weniger dümmlich als das Oktoberdruck-Nachfolgeorganisations-Papier an gleicher Stelle einige Monate zuvor.

Kontaktadressen: Jürgen Carstensen, Ottenser Hauptstr.35, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/290 05 55, und Achim Erbslöh, Groothoffgasse 1, 2000 Hamburg 60.

Zum BUG-Info:

Prozeß-Blatt Nr. 2 (s. auch ID 318)

REITET RICHTER ZELLE AUF DER WEICHEN WELLE?

Das BUG-Info (BUG = Berliner undogmatische Gruppen, nicht zu verwechseln mit dem Info-Bug, Anm. d.Red.), erschien erstmals mit der Nummer 1001 im Deutschen Herbst '77, nach der Verhaftung der Agit-Drucker. Die Zeitung hatte keine feste Redaktion, jeder konnte mitmachen, und alles, was wichtig und informativ ist, sollte unzensiert in der Zeitung abgedruckt werden (so auch Stellungnahmen der Stadtguerilla). Ab der Nummer 1014 wurden die Mitarbeiter ständig observiert und photographiert, ohne von den laufenden Ermittlungen zu wissen.

Im Herbst '78 kam dann der große Schlag. Die Räume des BUG-Infos, die Druckerei und eine Menge Wohnungen wurden überfallen und durchsucht, über 20 Ermittlungsverfahren eröffnet.

Diese Verfahren schmorten ein ganzes Jahr, bis gegen 8 Leute die Anklageschrift rausging. Den Angeklagten wird vor allem vorgeworfen, nach dem Konzept des Redaktionskollektivs, unter Inanspruchnahme einer absoluten Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit eine „Gegenöffentlichkeit" geschaffen zu haben und damit u.a. RAF, Bewegung 2.Juni und Revolutionäre Zellen unterstützt zu haben.

Während es erst so aussah, als sollte hier ein neuer Mammutprozeß gegen die linke Öffentlichkeit durchgezogen werden (neben der Anklageschrift deutet auch die Behinderung der Verteidigung, sowie die plötzliche Zuordnung des durch den Agit-Prozesses „bekannt" gewordenen Richters Zelle daraufhin), ist jetzt eine neue Strategie angesagt worden.

Unter dem Motto „Straffen und Klären" wurde mittlerweile gegen 5 der 8 Angeklagten das Verfahren eingestellt. Weiterhin wurde der Verhandlungsgegenstand auf die Punkte begrenzt, wo die Staatsanwaltschaft glaubt, die besseren Karten zu haben. Außerdem wurde der politisch und juristisch wackelige Paragraph 88a aus der Anklage herausgenommen und durch den weniger spektakulären §90a ersetzt (immerhin wurden kürzlich in Hamburg aufgrund des § 90a 4 Jahre Bewährung verhängt).

Das alles deutet daraufhin, daß im Zuge der neuen Liberalisierungsdoktrin versucht werden soll, auf der einen Seite den Prozeß mit weniger Aufwand und weniger Öffentlichkeit über die Bühne zu kriegen, auf der anderen Seite aber noch ein genügend großer Abschreckungseffekt (Schere im Kopf) erzielt wird. Dabei wird gerne auf ein paar „Mitläufer" verzichtet, wenn man die Rädelsführer um so besser in die Pfanne hauen kann. Und genau darauf scheint die Strategie des „erfahrenen" Richters Zelle hinauszulaufen, zumal er seinen vermeintlichen Joker, nämlich die Anklage nach § 129a, nicht aus der Hand gibt.

Was das Problem der Verteidiger anbelangt, so sind mittlerweile bei zweien der Angeklagten die Wahlverteidiger verpflichtet worden. Der Anwalt des dritten wurde zum x-ten Mal ohne triftige Begründung abgelehnt. Sobald sich hier etwas neues ergibt, lassen wir wieder von uns hören. Sicher ist, daß die Angeklagten jetzt erst recht Öffentlichkeit und unsere Unterstützung brauchen. Die einfachste Form der Unterstützung ist die Überweisung eines Betrags auf das unten angegebene Spendenkonto. Die andere Möglichkeit überlassen wir eurer Phantasie.

Spendenaufruf:

Verteidigung und die Öffentlichkeitsarbeit kosten jede Menge Geld.

Sparkasse der Stadt Berlin West, BLZ 100 500 00, Kto. Nr. 0330025694, Rolf Niebel, Prozeßkonto BUG-INFO.

NEUES VON ANSGAR GEBHARD

Im ID 317 und 319 berichteten wir über den Totalverweigerer Ansgar Gebhard. Inzwischen sieht die Situation für Ansgar so aus:

Ansgar befindet sich seit Mittwoch, den 22.1.80 wieder bei der Bundeswehr Sigmaringen, aber nicht mehr in der Zelle, sondern im dortigen Sanitätsbereich. In der Nervenklinik Tübingen wurden zwei Gutachten erstellt, eines über seine Schuldfähigkeit (Antrag der Staatsanwaltschaft) und eines über seine Wehrfähigkeit (Antrag der Bundeswehr). Die Ergebnisse: schuldfähig, wehruntauglich. Ansgar befand sich 5 Tage in der geschlossenen Eingangsstation der Nervenklinik, zusammen mit 11 z.T. schwer psychisch kranken Patienten.

Zurück bei der Bundeswehr ging die Verzögerungstaktik los, man müsse auf das Gutachten warten, bevor dieses nicht schriftlich vorliege, könne gar nichts gemacht werden, dann werde er aber sicherlich entlassen (telefonischer Bescheid über das Ergebnis des Gutachtens an den Arzt der BW erfolgte sehr schnell).

Dienstag, den 19.180, lag das Gutachten für die BW nun schriftlich vor. Und nun wird plötzlich von der BW „in der Form" dieses nicht anerkannt. Voraussichtlich wird das Gutachten nochmals überprüft, in der BW-Klinik München. Wann dies geschehen soll und warum eigentlich, wissen wir nicht. Hinhaltetaktik — von Entlassung plötzlich kein Wort mehr.

Ansgar hat seinen Hungerstreik nicht wieder aufgenommen, er befindet sich immer noch im Sanitätsbereich. Ihm geht es gut und alle Schikanen von seiten der Bundeswehr können ihn nicht verunsichern.

Kontakt: Ansgar Gebhard, Graf-Stauffenberg-Kaserne, 7480 Sigmaringen, Tel.: 07571/1661; Ingrid Sehle, Fenkenmühle, 7981 Horgenzell, Tel.: 07504/598.

„Arzt und Revolution"– vier Leserbriefe

PSYCHIATRIE – EINE KONTROVERSE

Wir drucken hier vier Stellungnahmen zu unserer Psychiatrie-Berichterstattung ab. Drei Beiträge setzen sich mit dem „Artikel „Arzt und Revolution" (ID 319) auseinander, einer mit einem Artikel über die Chemo-Keulen in der Psychiatrie (ID 317... „Medikamente, Schläge, Isolation und ...).

Neben Beiträgen aus der AKW-Bewegung, Ausland, Medien usw. versuchen wir als ID-Redaktion auch besonders solche Beiträge einen breiten Raum im ID zu geben, die „Außenseiterpositionen" vertreten, sei es nun die RAF-Inhaftierten, wo vielleicht der eine oder die andere leicht in die Versuchung kommt, gleich bei ihren Beiträgen das Ohr zu schließen; oder sei es nun die Artikelschreiber von „Arzt und Revolution", deren Position innerhalb der Psychiatrie-Szene oft unter den Tisch fällt.

Wir wollen natürlich keine Zeitung gegen den Leser zusammenstellen, aber wir meinen auch, daß die Abschottung innerhalb der Linken ein wenig, vielleicht mit dem ID, geöffnet werden sollte.

Dies versuchen wir z.B. mit Beiträgen über die Psychiatrie: wo neben Berichten eines Pflegers, der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK), eines Inhaftierten in der Psychiatrie auch ein Bericht wie „Arzt und Revolution" seinen Platz haben sollte.
Waldemar / ID

Liebe IDler &innen,

selbst wenn es nur ein Lückenbüßer war: das reicht als Entschuldigung nicht. Der Artikel „Arzt und Revolution" war schon ein starkes Stück (ID 319).

Dieser selbstgefällige Rundschlag eines oder einer SPK--Versprengten scheint mir diesjähriger Anwärter auf den „Sprüche- und Schlagwörter-Wanderpokal" zu sein.

Um auch mal einen Spruch beizusteuern: es macht mich immer wieder traurig zu erfahren, wie häufig leider Radikalität mit Dummheit und Arroganz gepaart ist. Noch trauriger dürfter aber der Karlsruher„linke Otto Normalverbraucher" dran sein, wenn er solch einen Artikle in „seiner" „Karlsruher Stadtzeitung" liest. Wer von denen wohl mit dem Plattheiten-Sammelsurium was anfangen konnte?

Auch was aus dem Bahnkreis des norddeutschen Karl--Heinz Roth erscheint, ist häufig ähnlich Leser- und Verständnisfeindlich.

Achim

Hallo Leute,

Daß ihr in eurer letzten Nummer den Artikel von der Patientenfront gebracht habt, fand ich gut. Über die Machenschaften der Ärzte während des Dritten Reiches und auch heute liest man/frau sonst auch in linken Zeitungen kaum was.

Auch nicht über den Widerstand von Patienten. Z.B. höre ich von der Medikamentenverweigerung im PLK Wiesloch zum ersten Mal, obwohl die Patienten das schon seit drei Jahren machen, wie ihr schreibt. Da ist es offensichtlich, daß die nur eingesperrt werden und arbeiten müssen: wie im Knast. Daß aber der Vorwand fürs Einsperren „Therapie" nicht stimmt. Mal abgesehen davon, daß Therapie eh immer nur Anpassung erreichen soll, was aber meist nicht klappt. Daß die Patienten das schon drei Jahre machen, zeigt doch, daß sie keine Medizin brauchen, wies die Ärzte sonst vorgeben. Die Patienten in den Irrenhäusern sind nicht anders als wir – das soll uns nur vorgegaukelt werden durch die Diagnosen der Ärzte, damit sie einen Vorwand haben, Leute einzusperren.

Soviel ich weiß, ist es öfters so, daß Patienten die Pillen heimlich ins Klo schmeißen, wenn sie sie nicht vor den Augen der Pfleger schlucken müssen. Schon mal gut, wenn sie das Gift nicht fressen. Aber das sind individuelle und eben heimliche Aktionen. Wenn aber mehrere Patienten in einer Klapsmühle die Medikamenteneinnahme verweigern und dem Arzt und den Pflegern mit Strafanzeige drohen, ist das schon eine Offensive gegen ihre Unterdrücker! Sonst liest man/frau sogar in linken Blätter, die Leute sollen sich in den Klapsen anpassen,

Abb.: Deutscher Ärzte-Verlag, Köln 1979

„Von Bandagen" — Illustrationen aus dem Reprint-Werk „Lehrbegriff der Wundarzney Kunst": Damals war das Vertrauen der Patienten zum Arzt ungebrochen

„mitspielen", dann werden sie eher entlassen! Ich find das ne Schweinerei, die Leute aufzufordern, sich zu unterwerfen. Abgesehen davon, **ob** sie rauskommen, ist die Frage, **wie** sie rauskommen. Gebrochen! Und **wohin** kommen sie „raus"? Aus der kleinen Klapse ins große Irrenhaus.Sie haben dann die äußeren Mauern mit dem inneren Gefängnis vertauscht. Draußen können sie — in dieser Logik gedacht — auch nichts anderes machen, als sich anzupassen. Sonst könnten sie ja wieder reinkommen!

Warum nicht gleich an die Gefangenen in den Knästen appellieren, sich „gut zu führen" (lassen), damit sie möglicherweise früher rauskommen. Und wenn sie draußen sind, sollten sie sich anpassen, damit sie nicht wieder reinkommen. Leute, die das in der Konsequenz empfehlen, haben wohl die Revolution in den Ofen geschrieben! Jedenfalls kann ich mir nicht vorstellen, daß die sich wehren, da sie ja sonst auch eventuell in den Knast oder in die Klapse kommen könnten. Sich wehren heißt ja, die Grenzen überspringen, die durch Gesetze und Normen gesetzt werden.

Noch was zu den Psychopharmaka: Was da in der Erklärung über die Wirkungen geschrieben ist, sollte zu denken geben. Die Psychopharmaka, deutsch: Seelengifte, haben diese Wirkungen ja nicht nur im Irrenhaus. Ich kenne einige Leute, die das Zeug fressen, wenn sie in ihren WGs, in ihren Gruppen oder während Prüfungszeiten an der Uni „im Stress" sind. Wenn's um „die Gesundheit" geht, hört bei denen Politik und Widerstand auf. Statt Pillen zu fressen, sollten wir alle mehr Wut entwickeln gegen die Ursachen unseres Leidens und die auch umsetzen.

In diesem Sinne Reni

Ein paar Gedanken zu den Artikeln: Arzt und Revolution und: Die Ärzte müssen ganz verschwinden, das Kapital wirds nicht verwinden, dann wird sich alles weitre finden.

Neues von der Patientenfront — prima!

Ich habe mir vor einiger Zeit die SPK-Dokumentation Teil III gekauft und das ist inzwischen für mich so eine Art Handbuch. Wenn ich mit irgendwas nicht klarkomme, les ich da drin udn versuche das auf mich anzuwenden. Ich komme da immer wieder auf neue Sachen. Deshalb find ich auch gut, daß ihr Artikel von der Patientenfront abdruckt. Die kann ich gut auf mich beziehen, z.B. Gesundheit ist ein biologistisch-faschistisches Hirngespinst, das merke ich jeden Tag, wenn ich die Augen aufmache, an mir selber, in der Straßenbahn oder im Betrieb, daß jeder krank ist.

Am besten, wir werfen den ganzen uralt-ernativ-Netzwerk-Therapie-Schrott über Bord, dann glaube ich, kommen wir schon in Fahrt. Und wegen der Erklärung der Wieslocher Patienten und zu dem Kampf gegen die Ärzte: sonst bringt ihr entweder Jammergeschichten aus den Klapsmühlen (meist auch noch von DGSPbullen (Wißt ihr schon? DGSP = Deutsche Gang für Sterilen Patientenmord) oder wie in Nr. 318 so schweinische Artikel, wo der Pfleger gegen Patienten hetzt. Bei der Wieslocher Patientenfront ist dagegen die Rede (nicht nur die Rede!) von Widerstand, da geht es endlich den Ärzten ans Leder. Es wird Zeit, daß das auch in anderen Klapsmühlen läuft und auch „draußen".

Ihr schreibt: in Wiesloch ist der Psychopharmakrieg gegen das ärztliche Mordmonopol inzwischen im vierten Jahr. Im vierten Jahr!! So gut ich das finde,daß ihr darüber berichtet, finde ich es aber eine Mordssauerei, daß ihr vier Jahre lang nichts gebracht habt darüber. Ihr als ID kommt doch rum, kriegt doch Informationen. Habt ihr davon nichts gewußt!? Ihr bringt doch auch Berichte aus anderen Klapsmühlen. Ihr habt schließlich eine Verantwortung den Lesern gegenüber, daß ihr schaut, was an Aktionen usw. läuft und das öffentlich macht.

Da müßt ihr euch einen schweren Vorwurf gefallen lassen. Stellt euch mal vor, **ihr** wärt eingesperrt und werdet mit Drogen vollgepumpt, daß ihr nicht mehr gerade stehen könnt und wie ein Roboter herumlauft, Augen wie ein toter Fisch, Impotenz, Fettleibigkeit und wehrt euch trotz allem oder gerade deswegen und draußen hört dich keiner.

Da habt ihr noch einiges gutzumachen. Denn die Patienten „drinnen" kämpfen ja auch für uns: gegen die klinisierte Gesellschaft = industrialisierte Gesamtklapsmühle, sogenannte Gemeindepsychiatrie, wo die Ärzte bis in jede Wohnung vordringen — wenn wir sie nicht daran hindern. Daß der Kampf gegen die Ärzte schon **vier** Jahre geführt wird, zeigt, daß es den Patienten todernst ist, sonst könnten sie das nicht machen. Die Patientenfront hat ja auch inzwischen eine 10jährige Geschichte der Revolution aus Krankheit.

So, ich wollt euch eigentlich nur ein paar Zeilen schreiben, das weitere schreibe ich an die Kontaktadresse.

Macht weiter so oder wie die Patientenfront sagen würde: Es geht nicht nur darum, daß alle krank sind, sondern was einer und viele und alle aus der Krankheit machen.

Bernd

Liebe IDler!

Der neueste ID ist Spitze. Mit Eurem Abdruck aus der KARLSRUHER STADTZEITUNG 'Arzt und Revolution' und der Medikamentenstreikerklärung der Wieslocher Patienten habt Ihr genau ins Schwarze getroffen. Endlich kommen mal Leute zu Wort, die erstens was machen (Kampf, Front) und die zweitens auch noch wissen, warum sie es machen (Standpunkt).

Wieso habt Ihr bisher in Eurem Blatt nie was von denen abgedruckt? Das SPK bzw. die Patientenfront gibts doch laut Artikel schon seit 1970. Warum also?

Neu war mir, daß überhaupt noch Leute gibt, die sich und alles verändern wollen. Ich konnt es zuerst überhaupt nicht fassen, daß es sowas wie diesen Medikamentenstreik von Patienten aus ner Klapsmühle überhaupt gibt. Bei uns in der scene glauben wir doch in solchen oder ähnlichen Situationen kopfschüttelnd behaupten zu müssen, daß man garnicht kämpfen kann, weil wir ja alle so kaputt sind und erst mal gesund werden müssen. Da läuft dann nur alles in die nächste Therapie. Ob konservativ oder alternativ oder jeder sein eigener Therapeut — Geschmacksfrage — Hauptsache die 1001 Therapie. Von dort vollgepumpt mit Rumpsychologisiererei und Therapieslogans gehts dann in der Beziehungskiste und dem WG-Knatsch gerade weiter. Gegeneinander aufgehetzt durch Diagnosen und Verurteilungen merken wir garnicht mehr,wie uns da ins Hirn gespuckt wird und von wem. Irgendwo glaubt halt jeder doch noch an den Gesunden Kern, den wahren, der nur vom richtigen Guru entdeckt und freigelegt werden muß, denn schließlich ist man ja was besseres (und will es auch bleiben) als so ein Anstaltspatient. Bloß hilfts alles nicht, da einem in der Therapie der letzte Rest Widerstand abgekauft wird — das ahnt inzwischen doch schon der letzte Freak. Was bleibt ist tödliche Resignation und Ohnmacht, wo der Zug offenbar anderweitig schon längst abgefahren ist — und zwar in die andere Richtung. Deshalb fordere ich Euch als Leser und Käufer des ID auf, in Zukunft alles zu veröffentlichen, was es von der Patientenfront gibt oder geben wird. Also fangt gleich mal an und druckt den Artikel der Patientenfront aus der Nr. 20 der KARLSRUHER STADTZEITUNG ab.

In diesem Sinne, verhindert nichts,

was doch eh nicht aufzuhalten ist.

Michael

GENF: ANTIPSYCHIATRISCHE AKTION

Folgende Erklärung haben wir aus Genf erhalten:

COMMUNIQUE von Choc-Ovo: Am 31.Januar 1980 haben wir zwei Elektroschockapparate aus der psychiatrischen Klinik „Bel Air" (Genf, Schweiz) entführt, wir haben sie kaputtgemacht, damit man sie nie mehr benutzen kann, und wir haben sie zu Hornefer (dem Vorsitzenden des Psychiatrischen Aufsichtsrates) gebracht.

Es gibt viele und verschiedene Wege, die nach „Bel Air" führen. Aber wenn du einmal da bist, in den Händen von diesen gefährlichen Leuten, die man Psychiater nennt, kann dir alles passieren. Unter dem Vorwand, dich zu „pflegen", wollen sie deinen Revolte vernichten. Die Arzneimittel zerstören sauber, das Eingesperrtsein markiert dich für dein ganzes Leben.

Was die Elektroschocks betrifft, mißbilligt ein großer Teil der Öffentlichkeit und der Arbeiter im Gesundheitswesen diese gräßlichen Verrichtungen. Wir beschuldigen „Bel Air", den psychiatrischen Aufsichtsrat, den Genfer Psychiaterverein und besonders die Psychiater Tissot, Richard und Rovier der weiteren Benutzung und Aufzwingung von Elektroschocks an Patienten der Anstalt, ohne sie zu warnen — all das in Schatten und Schweigen.

Wir sind dafür, daß alle Behandlungen und besonders die Elektroschocks, zuerst bei den Psychiatern, die sie benutzen, versucht werden.

Inzwischen haben wir zwei Elektroschockapparate kaputt gemacht, jetzt gibt es weniger.

ZUM ID 317:
Mißbräuche in der Psychiatrie, Verwendung von Neuroleptika wie Haloperidol u.a.m.

„Wir reden ständig von den Mißbräuchen der sowjetischen Psychiatrie, während es in Wahrheit einen sowjetischen Mißbrauch der Psychiatrie nicht gibt: die Psychiatrie selbst samt allen anderen Formen der Psychotechnologie sind Mißbräuche gegen die Menschheit." (David Cooper)

Sicherlich ist es richtig, die katastrophalen Verhältnisse psychiatrischer Einrichtungen klar zu legen. Doch die erste Katastrophe ist nicht die Verwendung von Medikamenten wie Haloperidol, sondern die Tatsache des Bestehens psychiatrischer Knäste. Psychiatrie in Ost und West soll deshalb entlarvt werden in seiner systemstützenden Funktion, die letztlich da wie dort identisch ist: „Psychiatrie ist ein Unterdrückung vermittelndes System, das die makropolitischen Unternehmungen des zentralisierenden Staats mit der Micropolitik des Lebens des Individuums und seiner Angehörigen verknüpft." (David Cooper)

Psychiatrisierte und Knackis sind Gefangene des selben Systems, nur daß erstere nicht strafrechtlich sondern sozial belangt werden. Damit aller Wahnsinn (den es im Gegensatz zu Geistes,krankheiten' gibt!!!) weiterhin ungebrochen als medizinisches Problem erscheint und behandelt werden kann, müssen solche Zusammenhänge und die Funktion der Psychiatrie verschleiert und unterschlagen werden: nur so kann der Protest, der jeder ‚Krankheit' eigen ist, verdeckt und umgebogen werden.

„Jeder Wahn ist ein politische Aussage. Jeder Verrückte ist ein politischer Dissident." (David Cooper) und stellt Staat und psychiatrische Systemagentur in Frage. Der Herrschenden Antwort ist darauf überall dieselbe: Zwangsbehandlung. Internierung. Chemische Kastration der Dissidenz. Lobotomie. Vernichtung.

Die Zielabsicht der ‚Behandlung' in psychiatrischen Knästen geben die Hersteller von chemo-,therapeutika' in Packungsprospekten und sog. wissenschaftlichen Studien unverfroren an: „Nach Verabreichung dieser Dosis (185 Milligramm Haloperidol binnen einer Stunde intravenös gespritzt) war der Patient ruhig und kooperativ. Die Patienten werden zugänglicher und anpassungsfähiger." Diese Kooperation mit dem psychiatrischen Knast sind die großen Vorteile von Haloperidol. Verabreicht bei sämtlichen Formen von sog. ‚Psychosen', ‚psychotischen Erlebnisproduktionen' wie z.B. Wahnideen (vom Modell Deutschland, der Vernichtung jeglicher Dissidenz allüberall) befreit Haloperidol erfolgreich von so gefährlichem Wahn.

Und , was Psychiater besonders froh macht: „Die (Haloperidol) Tropfen sind völlig geschmackfrei und lassen sich daher ohne Schwierigkeiten in Speisen und Getränken verabreichen." Pakkungsprospekt, der dem Haldol (Haloperidol) beiliegt. Selbstverständlich auch insgeheim und gegen den Willen des Psychiatrisierten. Zudem läßt sich die Dosierung beliebig steigern, ohne daß der ‚Patient' dies merkt. Waren früher 3-5 Milligramm Haloperidol pro Tag empfohlen, sind heute Dosierungen von bis zu 200 Milligramm üblich. „Die Maßeinheit der Macht ist das Milligramm." (Gerhard Hof) Diese Megadosen werden von den Herstellern gebührend propagiert: hundertmal höhere Dosierungen vervielfachen halt den Profit.

Nun denn: behalten wir weiterhin unseren Wahn: von der Verfolgung durch den Staat. Hören wir weiterhin auf unsere innern sozialistischen Stimmen. Erforschen wir unsere Angstzustände auf das allgegenwärtige 1984, denn: „Das Verrücktsein ist keine Krankheit, sondern die Psychiatrie und ihre Ausgeburten sind die Krankheit des Kapitalismus und des bürokratischen Sozialismus. In einer wahren sozialistischen Gesellschaft wird für die Psychiatrie kein Platz mehr sein." (David Cooper)

Chris & Benno
St. Gallen, Schweiz

Ein Film zum Vietnam-Krieg –

oder: die dritte seite kommt zu wort

Diese Party ist noch gar nicht OVER !

Ein paar Gedanken nach dem Besuch des Films „The Party is Over" (Orignal-Ton: „More American Graffitti)

Es gibt – das sagen die „Da Oben", die die Geschichtsbücher und die staatstragenden Zeitungen schreiben – in jedem Krieg zwei Seiten: uns und die Anderen.
Im Vietnam–Krieg ist das komplizierter. Die Bundesrepublik – das heißt die Regierung Brandt und Kollegen – stand zwar fest auf der Seite ihres Alliierten, den „USA" (als die Baader-Meinhofs Bomben ins amerikanische Hauptquartier in Frankfurt legten – die konnten sie ja damals nicht WERFEN, sie hatten ja keine Flugzeuge – wurden sie von bundesdeutschen Beamten bekämpft, gefangengenommen und gestorben). Aber auf welcher Seite standen – oder liefen: Ho/Ho/Ho Chi Minh – die (Mehrzahl?) der Leser? Rudi Dutschke?

Auf welcher Seite saßen die amerikanischen Studenten, als sie damals, 1967, Universitäten besetzten? Gegen den – oder mindestens gegen diesen Krieg?

Vereinfachen wir: Die (wir?) waren auf – oder mindestens für – die ANDERE Seite: für die VC (Viet-Congs), die NVA (Nord-Vietnamesische Armee), für die Roten (oder die Gelben), für Ho Chi Minh, für die Vietnamesen. GEGEN die amerikanische Armee.

Und die dritte Seite?

Aber – auf welcher Seite waren denn die, die amerikanische Armee? Eine dumme Frage? Oder nicht? Schließlich besteht eine Armee doch hauptsächlich aus Soldaten, einer kleinen Minderheit von Offizieren und ganz wenig Generälen. Und im Laufe dieses Vietnamkrieges kamen mehr und mehr amerikanische Soldaten, immer größere Teile der Armee, zu der Überzeugung, daß ihr Feind nicht gelb draußen im Dschungel saß, sondern weiß (es gab kaum schwarze Generäle) im Offiziers-Kasino hockte (dies gilt alles auch für das Marine-Corps, mit Verspätung für die Navy, und zum Schluß auch für die Air Force). Mehr und mehr GIs gingen hinüber, nicht zu den Viet-Cong, sondern auf ihre eigene, die dritte Seite. „Nicht daß wir Gelb – die Gooks – lieben; aber wir hassen Grün (Armee-Grün, Offiziers-Grün) viel mehr!" (ein GI-Spruch aus dieser Zeit).

Das große Geheimnis

Eins der größten Geheimnisse des Vietnam-Krieges ist nicht, daß fast eine HALBE MILLION (432 000) GIs desertierten, sondern daß in späteren Kriegsjahren hunderte von amerikanischen Offizieren und "NCOs" (Unteroffiziere, Feldwebel) von ihren eigenen Soldaten verwundet und getötet wurden. Oft waren es mehr, als bei Kampfhandlungen gegen den „offiziellen" Feind fielen. Der „einfache GI" blieb nicht das verplante stumme Tier, das auf Befehl tötete und starb. Während seine „Führer – Offiziere/Politiker, wahnsinnig oder „normal" (siehe „Apokalypse Now"– – heldenhafte Entscheidungen trafen. Er veränderte sich und handelte. Und dies zeigt zum ersten Mal „The Party is OVER" (sogar in dem ausgezeichneten Jane Fonda-Film „Coming Home", der auch das Bild der Veränderung eines Soldaten zeichnet, geschah diese Veränderung erst, nachdem der Feldwebel verkrüppelt aus der Armee raus kam). „The Party is Over" komprimiert die Geschichte, den Zerfall der amerikanischen Armee, im Felde. Im Dezember -64 in California: Terry Fields – Froschauge – ist noch „Gung Ho", will seinem Rennfahrerfreund eine Viet-Cong-Fahne mitbringen.

May face trial

A military judge at Camp Lejeune, N.C., has recommended that Marine Pfc. Robert R. Garwood face a court-martial. Garwood is charged with desertion and collaboration with the enemy during nearly 14 years behind enemy lines in Vietnam. If convicted on the charges, Garwood could receive the death penalty. — UPI photo

(Aus: „The Stars and Stripes", 4.2.80)

Ein Jahr danach

Terry, allein im Dschungel. Während der Sound Track heroisch die „Ballade der Green Berets" spielt, versucht Terry, sich eine Schußwunde beizubringen. Aber das – bekanntermaßen – tückische M 16-Gewehr funktioniert erst, als er es angeekelt wegschmeißt. Später, aus der Luft abgeschossen – sein Freund ist tot –, kämpft er um sein Leben und um das des Piloten. Doch dann: die Offiziere und der besuchende Abgeordnete aus Amerika feiern Sylvester, während er trauert. Da schaltet Terry um: auf eine neue, auf seine Seite. Er handelt. Mit einem Sprengsatz jagt er das Scheißhaus in die Luft – den Inhalt auf die „Pigs". Dann – singend – desertiert er. Der vor kurzem noch „Strac" (armee-treue) Hubschrauberpilot hilft ihm.

Übertrieben ?

Im Gegenteil. Ein paar Jahre später, so um 1970, wäre es realistischer gewesen zu zeigen, wie die Sprengladung – die „Fragmentation Grenade" unter dem Arsch des Majors hochging. Aber solch ein Film wäre schwerer in den US-Armee-Kinos in der Bundesrepublik vorzuführen – wo „More American Graffiti" zur Zeit anläuft. (Über die Reaktion der Post-Vietnam-GIs will ich später berichten.)

Und dann ?

Terry verschwindet aus dem Film. „Vermißt" gemeldet. Seine Freunde – die wir am folgenden Sylvester in Kalifornien wiedertreffen – glauben, er sei tot. Er ist nicht – wie mancher andere GI, der in Asien desertierte – in Schweden oder Frankreich wieder aufgetaucht. Aber:

Reality is Stranger THAN FICTION

Die Wirklichkeit ist – manchmal – noch unwahrscheinlicher als ein Film. Zur Zeit steht in North Carolina ein Marine-Obergefreiter – Robert Garwood – vor dem Kriegsgericht: „Verschwunden bei Danang im Jahr 1965." Er ist erst vor kurzem aus Vietnam heimgekehrt....

Max Watts

Psychiatrie in Italien

Aufgrund einer Gesetzesreform wurden in Italien einige psychiatrische Anstalten geöffnet und die Patienten in „die Freiheit" entlassen. Die Reform war von Psychiatern wie Basaglia (Triest) gefordert worden; aber sicher wurden die Irrenhäuser nicht aufgemacht, um einigen demokratischen Psychiatern entgegenzukommen, eher schon, weil es billiger ist, die Patienten einfach zu entlassen, als sie in staatlichen Irrenanstalten einzusperren.

Alternative Strukturen (anstelle der Irrenhäuser) gibt es so gut wie nicht. Die Entlassenen sind sich bzw. ihren Familien erst einmal selbst überlassen. Eine staatliche Unterstützung und eine Wohnung bekommen sie höchstens für einen Zeitraum von einem Jahr. Falls sie in der neuen „Freiheit" nicht zurechtkommen und etwas anstellen, kommen sie wieder ins Irrenhaus, jetzt aber in die sog. Anstalten für geisteskranke Kriminelle (manicomi giudiziari) — einem Mittelding zwischen Knast und Klapse.

Wir haben einen Brief eines z.Z. in Italien tätigen deutschen Lehrers bekommen, der auf die Situation in der italienischen Psychiatrie eingeht:

Psychiatrie in Italien —wirklich beispielhaft?

Vor allem in der taz wird hin und wieder über die Psychiatrie in Italien berichtet. Aber in Hinblick auf die Fakten und auf die Einschätzungen der Veränderungen verfehlen die Berichte weit die reale Situation.

Wahr ist, daß die Klapsmühlen in Triest und Arezzo geöffnet wurden und die Insassen nach Hause gehen durften oder eine Arbeit außerhalb des Psychiatriegeländes aufgenommen haben. Wer hier jetzt anfängt, von einer grundlegenden Veränderung oder gar Verbesserung zu sprechen, der verschließt sich aber doch vor der normalen italienischen Alltagssituation.

Da geht jemand in die Familie zurück, ohne daß diese eine veränderte Lebenseinstellung hätte, die dem Entlassenen einen neuen Lebensraum anbieten könnte. Bleibt also übrig, daß die Probleme, die die Patienten vorher in der Klapsmühle hatten, nun von ihnen nach Hause getragen werden. Und, soweit meine Informationen, wird z.T. eine ambulante Therapie, die ja eigentlich vorgesehen ist, gar nicht allen angeboten. Außerdem geht ein Großteil der Entlassenen nicht zur Therapie, weil sie ja „gesund" sind.

Und wie siehts in den Familien aus? Da haben die hier keinen besseren Platz als in den Familien in der BRD. Niemand will die Kranken (inwieweit die nun krank sind oder nicht — laß ich hier mal

zur Seite) in der Familie haben, sie stellen nur ne Belastung dar und die Nachbarschaft oder Verwandtschaft hat auch kein Interesse. Schließlich sind sie ja auch nicht in den „normalen" Arbeitsprozeß zu integrieren.

Damit stellt sich die Situation für die Patienten der geöffneten Häuser als ein völliges Chaos dar. In der Gesellschaft, aus der sie kommen, werden sie (im besten Fall) unveränderter Dinge wieder hinein entlassen!

Für die Gesellschaft ist die Öffnung der Psychiatrischen Anstalten grundsätzlich auch ein Greuel, weil niemand mit den Ex-Patienten was anzufangen weiß. Und wenn sich weder der Ex-Patient geändert hat, noch die unmenschliche Lebenssituation einen Aufnahmeraum den „Entlassenen" anbietet, dann ist in Italien doch nichts geändert! Einfach zu sagen: „Macht hoch die Tür. . .", das hilft doch keinem weiter.

Ab und zu gibt es ja auch in der BRD mal eine Stimme, die sagt, daß eine Öffnung der Irrenanstalten begrüßenswert sei. Diese ehrenwerte Meinung ist aber nicht auf der Überzeugung gegründet, daß die Patienten ihr Selbstbestimmungsrecht wieder zurückerhalten sollen. Der Grund ist: ambulante Krankenhausbehandlung ist billiger als teure Internierung."

Aus dem Irrenhaus entlassen, in den Mauern der Gesellschaft gefangen

Es gibt in Italien wenig Versuche, den in der Psychiatrie Inhaftierten einen Neueinstieg in die Gesellschaft zu erleichtern. Einer dieser Versuche wurde vom Sozialzentrum (Centro Sociale) in Primavalle, einem Stadtteil am Rande Roms, unternommen. Die Sozialarbeiter machten mit den Patienten des dortigen psychiatrischen Krankenhauses verschiedene Ausflüge in die Innenstadt Roms, in den Zoo, in einen Supermarkt, in die römischen Außenbezirke (die aus Pasolinis Filmen bekannten „borgate"). Um die Leute aus dem Stadtteil Primavalle mit der Situation der Psychiatrisierten zu konfrontieren, machten Patienten, Sozialarbeiter und Pfleger des Krankenhauses eine gemeinsame Demonstration durch das Stadtviertel. Der Bericht darüber stammt aus Lotta Continua vom 30.10.79:

„Primavalle ist ein alter, armer Stadtteil an der Peripherie Roms, die Häuser sind so schlecht gebaut, daß sie zum Wohnen kaum geeignet sind, sondern nur so aussehen. Aber die Leute haben noch recht familiäre Beziehungen zueinander, man kennt sich und redet miteinander. Es wurde eine Prozession (so haben sie sie genannt) organisiert, alle zusammen — Kranke und Pfleger des Krankenhauses Santa Maria della Pieta — haben

gegen die heutigen Bedingungen des Irrenhauses demonstriert. Einige Leute trugen ein Bett, auf dem ein Patient angebunden lag: ein Symbol für die Situation im Irrenhaus. Einige Leute aus dem Stadtteil, die den symbolischen Charakter nicht verstanden, forderten, den Kranken loszubinden. Die meisten Leute blieben stehen, aber verstanden nicht recht, worum es eigentlich geht. Wir (zwei Frauen von Lotta Continua – d. Red.) haben einige Leute am Rande befragt.

Ein Ladenbesitzer: „Irgendwas muß man machen, aber was erreicht man eigentlich auf so eine Weise? Wenn diese armen Leute einmal aus dem Krankenhaus raus sind, was wird ihnen da groß anders übrig bleiben als betteln zu gehen? Niemand will sie hier, die Regierung müßte sich ihrer annehmen, aber die kümmern sich einen Dreck um sie. Es gibt ja den Vorschlag, sie in Krankenhäuser zusammen mit den normalen Kranken aufzunehmen, aber die Krankenhäuser wollen sie nicht. Also, sollen sie eigentlich auf die Straße geworfen werden?"

Ein anderer Mann: „Die Faulen gehören eleminiert, niemand hat ein Recht dazu, Parasit zu spielen. Aber die wirklich Verrückten sind alle im Irrenhaus. . . Was soll das Geschwätz, hier müssen Taten her, aber nicht in der Art der Roten Brigaden, die sich das Geld für sich selber nehmen, anstatt es unter die Bevölkerung zu verteilen!"

Eine Frau: „Kein Wunder, daß sie nach so vielen Jahren im Irrenhaus verrückt geworden sind; es braucht einige Zeit, um ihnen ein Leben hier außen zu ermöglichen. Auch wir haben unseren Verrückten hier im Stadtteil, der sich beschwert, keine Wohnung zu haben, aber hat er denn nicht recht? Wer unterstützt ihn denn? Der ist nicht verrückt, der ist ausgeschlossen, an den Rand gedrängt, und nichts anderes ist es mit den meisten hier!"

Nach der Demonstration wurde ein Mittagessen im Stadtteil organisiert, an dem alle teilnehmen sollten, aber die Leute haben nur aus ihren Fenstern rausgeguckt und sind nicht herausgekommen. Für sie war es wirklich ein Spektakel.

Wir haben mit den in der Irrenanstalt Inhaftierten gegessen, und sie gefragt, was sie davon halten, entlassen zu werden. Einer von ihnen sagte uns: „Ich halte das für einen üblen Scherz. Man will uns klarmachen, daß sie demnächst das Krankenhaus schließen und die Kranken nicht wissen, wo sie dann hinsollen. Es wurde uns gesagt, daß wir mit staatlicher Unterstützung eine Wohnung bekommen sollen; das ist sicher besser, weil es immer schön ist, in Freiheit zu sein. Wenn die Gesellschaft krank ist, sind wir alle krank, und es gibt keinen Unterschied zwischen dem Kranken draußen und dem, der eingeschlossen ist, Verrückte gibt es nicht nur im Irrenhaus. Wenn wir alle einverstanden wären, mit den Personen, die mit niemandem reden, eine Beziehung zu haben, um ihre Blockierung zu lösen, und sie nicht wegdrängen und damit ihre Situation verschlimmern würden, wenn wir versuchen würden, Verständnis aufzubringen. . . Ich glaube, daß diese Demonstration manchem klarmachen kann, daß sie demnächst die Irrenhäuser zumachen und wir nicht wissen, wo wir hingehen sollen, aber die Gesellschaft muß uns wieder akzeptieren. Auch wissen wir sehr wohl, daß sie die Irrenhäuser nicht schließen wollen, um uns einen Gefallen zu tun, sondern weil wir ihnen zu teuer sind."

Gespräche mit einigen Patienten

Viele Patienten von Santa Maria della Pieta wollten oder konnten nicht an der Demonstration teilnehmen. Mit einigen von ihnen haben wir geredet:

„Nein, ich bin nicht hingegangen, dieser Quatsch paßt mir nicht, ich bin 68 Jahre alt, und wenn ich aus dem Krankenhaus rausgehe, bin ich allein. Sie sagen, daß sie uns wieder eingliedern wollen, was sind das nur für Blödmänner? Wohin wollen sie uns denn hinstecken? In meiner Familie nehmen sie mich nicht mehr und ich will auch nicht gehen, ich hab' ab und zu depressive Krisen, jetzt seht ihr mich normal, aber an bestimmten Tagen. . ."

Eine Frau: „Mich haben sie nicht mitgehen lassen, der Arzt hat nein gesagt, obwohl ich wirklich Lust dazu gehabt hätte! Er sagt, ich würde zuviel zittern, aber eine Straße überqueren, das kann ich. . .Ich bin jetzt 60 Jahre alt und seit 40 bin ich hier eingeschlossen. Auch meine Kinder sind hier, ihnen geht es noch schlechter als mir, meine Tochter war früher sehr schön, schlank wie ich, dann wurde sie schwanger und sie brachten sie dazu, abzutreiben. – Vielleicht ist es ja besser so, vielleicht wäre es auch für mich besser gewesen, anstatt solche Kinder zu haben!. . . Ich habe es mehr als satt, hier länger drin zu bleiben, am besten wäre es, wenn ich eine Frau finden würde, die mir etwas zu essen und zu schlafen geben würde, und der ich putzen würde, denn das kann ich, das mach' ich auch hier, ich putze die Büros hier und dafür bekomme ich 15 000 Lire im Monat (etwa 35 DM); ein Drittel geb ich aus, den Rest leg' ich beiseite, man weiß ja nie, was sie mit uns noch machen."

Im Supermarkt mit den „Verrückten"

Im Programm des Sozialzentrums von Primavalle war vorgesehen, mit den Patienten von Santa Maria della Pieta in einen Supermarkt zu gehen. Die Sozialarbeiter hatten mit Standa (so etwas wie Kaufhof) ausgemacht, daß jede Person 5 000 Lire (etwa 12 DM) ausgeben dürfe. Für die Patienten war es nicht ganz einfach, für diese Summe etwas nützliches zu finden, aber zum Glück waren alle gut aufgelegt. Für die Verantwortlichen des Kaufhauses gab es ein Riesendurcheinander: sie konnten nicht zwischen Patienten und sonstigen Käufern unterscheiden. Einem Herrn, der es eilig hatte und der schnell zahlen wollte, wurde gesagt, das Irrenhaus würde bezahlen. Solche Szenen gab es am laufenden Band. Für die „Verrückten" war es eher belustigend, wie sie plötzlich zuvorkommend behandelt wurden. Ganz nach dem Motto: Verrückt oder nicht – der Kunde ist König!"

OTELO WAS HERE

Frankfurt/Lissabon
3. Februar

Otelo de Carvalho, einer der Führer der Bewegung revolutionärer Streitkräfte (MFA) und Ex-Kommandant der COPCON, besuchte auf einer Deutschlandtournee mit dem Sänger und Komponisten Alfonso Frankfurt. Veranstalter waren die Jusos und die Falken, die von den Besuchern für „notleidende Künstler" sieben Mark abschöpften.

Nachdem Otelo (etwas resigniert wirkend) und von seiner Frau im Dolmetschen unterstützt, auch später noch Fragen von Zuhörern beantwortete, kam es nur einmal zu Pfiffen, als der „Polit-Sänger" Alfonso („Grandola Vila Morena") einen Fado ankündigte. Die Protestierenden mußten sich von Alfonso belehren lassen, daß der Fado nicht faschistisches Liedgut darstellt, sondern schon vor Jahrzehnten eine Rolle in der anarcho-syndikalistischen Bewegung gespielt hatte.

Otelo, Reserveoffizier und verhinderter Teilnehmer des Russell-Tribunals in Frankfurt, gründete vor wenigen Tagen eine Partei der undogmatischen Linken, die FORCAS UNIDAS POPULARES'

Im Oktober 80 finden in Portugal Parlamentswahlen statt. Im folgenden bringen wir ein Interview Otelos mit der französischen Tageszeitung Liberation, das wir der schweizer Zeitschrift TELL entnahmen.

Mißtrauen gegenüber den Parteien

Liberation: *Zum ersten Mal seit dem 25. April 1974 hat Portugal nach den ausserordentlichen Parlamentswahlen vom Dezember eine rechte Regierung. Werden jetzt die Ergebnisse der Revolution in Frage gestellt?*

Otelo de Carvalho: Zunächst mal muss man den Sieg der Rechten relativieren: Sie hat nur 45 % der Stimmen bekommen, aber die Mehrheit im Parlament. Die Ergebnisse des April werden nur dann in Frage gestellt, wenn die Rechte die nächsten ordentlichen Wahlen gewinnt und dann ihren Präsidentschaftskandidaten durchbringen kann.

L.: *Werden Sie für die Präsidentschaftswahlen kandidieren?*

Otelo: Im Augenblick ziele ich nicht auf die Präsidentschaftswahlen. Die Parlamentswahlen nächsten Oktober sind viel wichtiger. Das wird die letzte Chance für die revolutionäre Linke sein, sich als politische Kraft darzustellen. Bei diesen Wahlen riskiere ich alles: Ich hoffe, dass man die Meinungsverschiedenheiten überwinden kann, die innerhalb der revolutionören Linken bestehen, indem man ein alternatives Programm vorlegt, das für die Bevölkerung glaubwürdig ist. Mein Ziel ist es, eine Einheit des Volkes zu schaffen, die in der Lage ist, eine Gruppe ins Parlament zu schicken. Eine Linksunion, von der die Kommunistische Partei bekämpft werden wird.

L.: *Sie setzen auf die revolutionäre Linke. Geben Ihnen die Ergebnisse der Wahlen nicht Unrecht?*

Otelo: Sechs Jahre nach der Revolution kommt man immer noch und fragt mich, ob die sozialistische Partei links oder rechts ist! Das ist schlimm: Die Sozialisten haben ihre Doppeldeutigkeit mit dem mageren Ergebnis bei den Wahlen im Dezember bezahlt. Die Gruppe von Lopes Cardoso[1], der viele gute revolutionäre Kader angehören, wurde durch ihre Forderung nach einer „nützlichen Stimmabgabe" in die Zange genommen. Der Irrtum von Cardoso war, einen Mittelweg zwischen Sozialisten und kommunisten zu propagieren. Unter diesen Bedingungen ist seine Gruppe keine wirkliche Alternative.

L.: *Gibt es in der Bevölkerung nicht das Gefühl, dass die revolutionäre Linke nach dem April 74 an der Macht war und eine negative Bilanz vorgelegt hat?*

Otelo: Es gibt vor allem ein enormes Misstrauen gegenüber den Parteien. Die Rechte hat diese Unzufriedenheit ausgenützt und damit eine Fähigkeit an den Tag gelegt, die der Linken fehlt. Wir dürfen nicht vergessen, dass Sa Caneiro und die PSD[2] an allen Regierungen seit 74 beteiligt waren. Heute ist die zentrale Frage Portugals die des autoritären Staates. Sie wird sich noch zuspitzen, wenn die Rechtskoalition, die „Demokratische Allianz"[3] einen repressiven Kurs einschlägt, um sich an der Macht zu halten. Das umsomehr, als es in der Masse der Arbeiter, einschließlich derer, die kommunistisch wählen, noch die Hoffnung gibt, was den revolutionären Prozess ausgemaoht hat.

L.: *Was werden Sie tun, wenn Ihr Projekt für die Wahlen im Oktober scheitert?*

Otelo: Dann werde ich gezwungen sein, meine Position zu revidieren und zuzugeben, dass sich der Elan des 25. April tatsächlich erschöpft hat und die Leute zurück wollen zu einer Situation der Sicherheit, die ihnen Raum gibt, ihren kleinen Ambitionen im persönlichen Bereich nachzugehen.

1 Gruppe ehemaliger Sozialisten, die aus Protest gegen die Rücknahme der Landreform aus der Partei ausgetreten sind.

2 Sa Caneiro ist portigusiesischer Ministerpräsident und gehört der rechtssozialdemokratischen PSD an.

3 Die „Demokratische Allianz" ist ein Parteienbündnis der rechten PSD, CDS (Demokratisoh-Soziales Zentrum) und einer reformistischen Abspaltung der Sozialisten.

tell/Nr. 9/8. Febr. 1980

Das Bartfett

Ein Mann, der den Namen Oskar Vandenbeuren trug, machte einmal eine Erfindung. Es gelang ihm nämlich, aus verschiedenen Substanzen ein Bartfett herzustellen. Dieses Fett bewirkte, daß ein Bart durch und durch fettig wurde, und zwar auf Jahre hinaus.

Nach einem solchen Fett bestand aber überhaupt kein Bedürfnis, und so wandte sich Oskar Vandenbeuren wieder anderen Beschäftigungen zu.

Franz Hohler

LAKE PLACID – 500 KNASTBETTEN MEHR FÜR ARBEITSLOSE JUGENDLICHE, SCHWARZE UND INDIANER!

„Das Olympische Dorf der Athleten wird nach den Wintersportereignissen in ein Gefängnis verwandelt werden."

Es lohnt sich, diesem Satz der Chippewa-Indianerin Winona La Duke (aus: CHARTA 79, Trotzdem-Verlag) mehr Informationen hinzuzufügen. Ganz im Schatten der Boykottkampagne verschwunden, ist der Plan Carters, des Kongresses, des US-Justizministeriums, der Stadt Lake Placid sowie des nationalen und internationalen Olympischen Komitees, das Olympische Dorf in ein 500-Betten-Jugendgefängnis umzumodeln.

Robert Mc Ewen, der Kongreßmensch, der New York's Norden repräsentiert, nannte das Gefängnis die „Antwort auf ein Gebet." Er versicherte dem Kongreß die erforderliche Nutzungsmöglichkeit und dem IOC die erforderlichen sicheren Athletenbehausungen. Zusätzlich, so denkt er laut nach, schaffe der Knast 200 „rezessionsunabhängige" Arbeitsplätze für die weiße Bevölkerung dieser strukturschwachen Region.

Das Justizministerium, das des öfteren auf Standortschwierigkeiten stieß, griff begeistert zu, um seinen „Überbelegtheit" abzubauen und um bestimmte Jugendliche angeblich „näher an ihre Heimat zu verlegen."

Trotz einer STOP-Kampagne (Stoppt das (the) Olympische Gefängnis (prison)) in den USA, die von über 50 verschiedenen Gruppen (Indianer, Anti-Knastgruppen, Kirchen etc.) getragen wurde, und trotz 3 sinnvollen Alternativvorschlägen, ist das Gefängnis beschlossene Sache.

Ausgeschlagen wurden die Ideen, das Dorf aus wiederverwendbaren beweglichen Wohneinheiten und Wohnwagen aufzubauen (wie 1932 in Los Angeles);

ausgeschlagen, die Forderung hinterher Sozialwohnungen anzubieten, obwohl dafür in Lake Placid Bedarf vorhanden ist und jetzt separat ein 4,2 Millionen Dollar Projekt für diesen Zweck entsteht. (Ironischerweise wird das Olympische Dorf in Moskau genau dieser Bestimmung zugefügt werden.)

Ausgeschlagen wurde auch die Idee, das Dorf als Wohneinheit für ein permanentes Trainingszentrum in Lake Placid zu benutzen.

Dafür wären durchaus Übernachtungsplätze für 500 Sportler nötig gewesen, erst recht, wenn man an den notwendigen Raumbedarf für Sportlerfamilien, Trainer und Ärzte denkt. Aber das Olympische Komitee wies das Dorf als zu „groß" zurück.

Die Notwendigkeit, für die Sicherheit der Athleten zu sorgen, wurde zu einer der durchschlagendsten Rechtfertigungen für den Bau des Olympischen Gefängnisses. Daß Sicherheitsvorkehrungen für eine momentane Veranstaltung gleich zum Knastbau führen, ist absurd. Das IOC hat drei grundsätzliche Sicherheitsvorkehrungen für ein Olympisches Dorf angeordnet: einen geschlossenen Zaun, der während der Dunkelheit beleuchtet wird, Wachpersonal an den Eingängen während 24 Stunden und eine Sicherheitszone. Keine dieser Anforderungen erteilt den Auftrag, innerhalb des Zauns gleich einen mittleren Sicherheitstrakt zu erstellen – Athleten in Zellen unterzubringen.

Daß alle vorgebrachten Vorteile mehr oder weniger Augenwischerei sind, soll nur der Vollständigkeit halber gesagt werden. 200 „rezessionssichere" Jobs? Dazu steht im Widerspruch, daß mindestens die Hälfte des Personals aus anderen Gefängnissen „mitgebracht" wird, so daß nur die unteren „Ränge" übrigbleiben. Ferner, daß ein Athletenzentrum mehr Arbeitsplätze geschaffen hätte und allgemein für die Ökonomie der Stadt mehr „gebracht" hätte, als dies Knastinsassen möglich ist.

Daß die Steuerzahler nun statt der veranschlagten 14 Mill. Dollar für den verstärkt ausgebauten Trakt 22 Mill. Dollar ausgeben müssen und jährlich 8,5 Mill. Dollar „Betriebskosten" hinzukommen, spricht nicht gerade für das Kongreßargument verantwortlich mit Steuergeldern umzugehen. Denn jede andere Nachnutzung hätte sich ökonomisch weitgehend selbst tragen können. Auch die 150 Morgen, die für den Bauplatz dem Adirondack State Park abgeknöpft wurden (für 1 Dollar pro qm), brachten dem vielzitierten Steuerzahler kaum einen angemessenen Preis für den Teilverlust einen Naherholungsgebiets.

Das Argument, Gefangene näher an ihre Heimat zu verlegen, ist schlicht eine üble Verfälschung.

Abgesehen davon, daß Knast für Jugendliche alles andere als eine Lösung darstellt, ist dieser Knast in den Bergen mit einem Ghetto zu vergleichen. Die überwältigende Mehrheit der Zwangsinsassen werden Jugendliche aus New York City sein, die somit 350 Meilen von der Stadt aufs Land (= in die Isolation) verfrachtet werden. Und die paar wenigen, die tatsächlich technisch näher bei ihrer Heimat liegen (Mohawk Indianer?) den sich wenig von diesem Service versprechen. Die Mohawks wollten im Februar eine große Demonstration gegen den Knast durchführen, mußten ihren Plan aber wegen der hohen Polizeidichte aufgeben und verteilen jetzt nur Flugblätter an die Athleten.

In den USA gibt es ca. 600 000 Gefangene in rund 7 000 Knästen. Diese Zahl wird nur noch von Südafrika und der UdSSR übertroffen! Viele Industriesektoren profitieren von diesem Mammutprogramm; genauer gesagt dieselben, die auch von Vietnam profiztiert haben: IBM, Burroughs, Motorola, Western Electric, Sylvania Electronic System, Sperry Rand etc.

Sie liefern Computer, elektronische Ausstattung, Überwachungsapparate etc. Die militarisierte Ausstattung ist die Offenbarung für einen „technokratischen Krieg", den diese Gesellschaft gegen Arbeitslose, Rassismusopfer, Arme, Machtlose etc. führt.

Lake Placid ist kein Sondergefängnis, nur eine gelungene Illustration ‚unseres' perversen Polizeistaatdenkens. Doch welche moralische Qualität würden z.B. wir Bundesdeutschen entwickeln, käme heraus, daß Moskau sein Olympisches Dorf in eine Psychiatrische Anstalt verwandeln wollte?

Kontakt: Wolfgang Haug, Obere Weibermarktstr. 3, 741 Reutlingen.

Stromzahlungsboykott. . . Stromzahlungsboykott. . . Strom

EIN VIERTELJAHR OHNE STROM

Hamburg, 22.Januar 1980

Am 22.Januar 1980 feierte die Strobo-Initiative in Hamburg ein Fest ohne Strom. Anlaß: in einem Haushalt war vor drei Monaten der Strom abgestellt worden, weil seit 2 Jahren 10% der Stromrechnung nicht bezahlt worden war . Beendet werden soll der jetzt 100%ige Boykott erst dann, wenn zehn neue Boykotteure jeweils 10% nicht bezahlen.

Kontakt: Bernadette Ridard, Jeanette Kassin, Tel.: 040/ 390 92 22.

EINSTWEILIGE VERFÜGUNG GEGEN FRANKFURTER STADTWERKE

Frankfurt, 10. Januar 1980

Viele der fast 180 Frankfurter Haushalte, die sich dem Strompreisboykott angeschlossen haben, haben jetzt einen Drohbrief der Stadtwerke erhalten. Ihnen wird die vollständige Stromabschaltung angekündigt. Die Boykotteure beantragten daraufhin in mehreren ausgesuchten Fällen eine einstweilige Verfügung gegen die Stadtwerke. Diesen Anträgen wurde in allen Fällen stattgegeben. In der Verfügung heißt es: die Stadtwerke handelten als Monopolbetrieb rechtswidrig, wenn sie wegen eines verhältnismäßig geringfügigen Zahlungsrückstandes die Stromversorgung insgesamt einstellte und damit in erheblichem Umfang in die elementaren Lebensbedürfnisse des Abnehmers eingreife.

Kontakt: Umweltladen, Tel.: 0611/ 49 62 05.

Öko-Bericht Nr. 9:

PROBLEME UND RISIKEN DER ENDLAGERUNG RADIOAKTIVER ABFÄLLE

Hannover, 7.Februar 1980

Das Öko-Institut Freiburg hat in seinem neuesten Öko-Bericht Beiträge über „Probleme und Risiken der Endlagerung radioaktiver Abfälle" zusammengestellt.

Ausführlich wird über die Ergebnisse der von Prof. Grimmel und Dr. Paluska im Oktober 79 durchgeführten geophysikalischen Messungen im Bereich des Salzstockes Gorleben-Rambow berichtet.

Die Beiträge sollen auch für interessierte Laien verständlich sein.

Kontakt: Öko-Institut Freiburg, Außenstelle Hannover, Immengarten 31, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511/ 696 31 30.

WISSENSCHAFTLICHE HILFE GEGEN URANANREICHERUNGSANLAGE GESUCHT

Gronau, Januar 1980

In Gronau soll eine Urananreicherungsanlage gebaut werden. Die Bürgerinitiative Gronau hat gegen diese Planung 4000 Sammel- und Einzeleinsprüche gesammelt. Der Erörterungstermin wird voraussichtlich im Mai 1980 sein.

Die Bürgerinitiative sucht für die Vorbereitung zu diesem Termin wissenschaftliche und fachliche Hilfe.

Kontakt: Bürgerinitiative gegen die Urananreicherungsanlage Gronau, c/o Rolf Carl, Möllenweg 22, 4432 Gronau, Tel.: 02562/60 22 (Antonius-Hospital).

JODTABLETTEN GEGEN RADIOAKTIVE STRAHLUNG

Mönchengladbach, 2.Februar 1980

Auf einem Formular des Oberstadtdirektors der Stadt Mönchengladbach, Abteilung Gesundheitswesen, wurde den „lieben Mitbürgern und Mitbürgerinnen" der Zeitplan für die Ausgabe von Jodtabletten mitgeteilt. Die Aktionsgruppe Umweltschutz Mönchengladbach ließ das Gesundheitsamt erklären: „Aus der Nähe zur Kernforschungsanlage Jülich ergibt sich auch für unsere Behörde die Notwendigkeit, im Rahmen des Katastrophenabwehrplans tätig zu werden.

Es besteht kein Grund zur Besorgnis.

Ihr Gesundheitsamt"

PROZESS GEGEN GROHNDE-ANGEKLAGTE

Hannover, Januar 1980

In Hannover stehen 13 Leute wegen der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Grohnde am 19.3.1977 vor Gericht. Der folgende, leicht gekürzte Bericht von Prozeßbeobachtern kommt mit Verspätung in den ID, weil unsere „Umweltecke" seit einiger Zeit so gut wie verwaist ist.

Andreas H. ist mit 12 anderen vor der großen Strafkammer des Landgerichts Hannover wegen der Demonstration am 19.3.1977 gegen das AKW Grohnde angeklagt.

Vorwurf: besonders schwerer Fall von Landfriedensbruch, schwerer Widerstand gegen die Staatsgewalt und gefährliche Körperverletzung.

Gegen Andreas und alle anderen Grohnde-Angeklagten, für deren Prozeß bereits zu dem Zeitpunkt ein Termin anberaumt war, wurde am 17.1.78 ein Haftbefehl erlassen. Begründung: Fluchtgefahr, weil Linda E., Karl W. und Rüdiger J. zu ihrem ersten Prozeßtermin nicht erschienen waren.

Linda E. wurde bereits am 13.1.78 verhaftet und erst am 23.1. gegen eine Kaution von DM 10 000 wieder freigelassen. Rüdiger J. wurde, als er zu seinem zweiten Prozeßtermin am 19.1. erschien, ebenfalls in Untersuchungshaft genommen. Ein weiterer Angeklagter, Gerhard S., ist bereits seit sechs Monaten in U-Haft. Die sogenannten „Sicherungsmaßnahmen" während des Prozesses:

— das Gerichtsgebäude ist mit Sperrgittern und Polizistenketten mit Helmen, Schilden und Schlagstöcken abgesperrt
— Besucher müssen ihre Ausweise vorzeigen, durch einen engen Durchlaß zwischen Polizisten und Gittern hindurchgehen und vor der Tür warten — im abgesperrten Raum dürfen sich immer nur zwei Besucher aufhalten
— im Gebäude muß man den Ausweis abgeben — er wird fotokopiert -, die Taschen werden durchsucht, Feuerzeuge, Streichhölzer, Schlüssel und alle Gegenstände, die man werfen könnte, werden einem abgenommen
— im Gerichtssaal ist die hintere Reihe mit bewaffneten Polizisten besetzt, die erste Reihe ist bis auf ca. fünf Polizisten und Gerichtsdiener frei, am Ende jeder Reihe sitzen ein oder zwei Polizisten
— im Falle eines Falles kommt von vorne links eine Polizeikette reingerauscht, mit Helmen, Schilden und Schlagstöcken — und baut sich zwischen Gericht und Zuschauern auf.

Zum Prozeßverlauf:

Zunächst stellte der Rechtsanwalt einen Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gegen Andreas. Der Haftbefehl war aufgrund einer Spitzelaussage erlassen worden, die besagt, daß es eine Absprache zwischen den Grohnde-Angeklagten gäbe, nicht zu ihrem Prozeß zu erscheinen, deswegen sei anzunehmen, daß auch Andreas nicht zu seinem Termin erscheinen würde.

Rechtsanwalt Müller begründete seinen Antrag damit, daß ein solches Vorgehen etwa der Sippenhaft gleichkäme, „die Grohnde-Angeklagten werden. . . , die Kommunisten werden. . . , die Juden werden. . .".

Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Im weiteren Verlauf stellt der Rechtsanwalt zwölf Anträge und zahlreiche Anfragen, die die sogenannten Sicherheitsmaßnahmen betreffen.

Einer der wichtigsten Anträge des Rechtsanwalts am ersten Prozeßtag war der Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter Rienhoff. Aus der Begründung:

Es besteht der begründete Verdacht, daß der Richter die Verfügung über die „Sicherheitsmaßnahmen" von einer hektographierten Vorlage, deren Inhalt den Bürgerinitiativen inzwischen bekannt geworden ist, übernommen habe, also nicht eine eigenständige Verfügung für diesen Prozeß erlassen habe.

Die den Bürgerinitiativen vorliegende Verfügung enthält alle Maßnahmen, die in diesem Prozeß vorgenommen werden. Es ist eine hektographierte Vorlage, in die nur noch der Name des Angeklagten, Datum, Aktenzeichen und Unterschrift des Richters eingesetzt werden muß.

Hieraufhin wurde die Verhandlung unterbrochen. Richter Rienhoff gab in der Verhandlungspause eine dienstliche Erklärung ab, daß er eine eigene Verfügung erlassen habe. Das Gericht entschied, daß der Antrag zurückgewiesen wird.

Auch der Antrag der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens wurde abgelehnt. Die Verteidigung hatte den Antrag so begründet:

1. Von den Atomkraftwerken geht eine so große Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Menschen aus, daß derjenige, der sich dagegen wehrt, nicht rechtswidrig handelt. Er kann für sich das Recht auf Notwehr und das Recht auf Selbsthilfe in Anspruch nehmen. Nachdem alle möglichen rechtlichen Mittel zur Abwendung dieser Gefahr ausgeschöpft wurden, ohne daß sie Erfolge zeigten, wurde es erforderlich, andere Mittel anzuwenden (z.B. Bauplatzbesetzungen), da keine andere Gefahrenabwehr mehr möglich war. Auch Gewaltanwendung ist berechtigt, wenn sie zur Erhaltung des Lebens eingesetzt wird.

2. Im Zusammenhang mit der Bauplatzbesetzung in Wyhl wurden die Offenburger Vereinbarungen getroffen. Hierin wurde den Bürgerinitiativen von der Landesregierung Baden-Württemberg und von den Kraftwerksbetreibern KWS zugesichert, daß keine Strafanträge gestellt werden, die Ermittlungen gegen die Besetzer eingestellt werden und keine Schadensersatzansprüche erhoben werden. Da es sich hierbei um die gleichen Tatbestände handelt wie bei der Grohnde-Demonstration, wird deutlich, daß es sich nicht um juristische Fragen handelt, ob und in welchem Ausmaß Strafen verhängt werden, sondern um eine politische Frage. Durch die Grohnde-Verfahren wird der Grundsatz, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, verletzt, da Grohnde-Demonstranten anders behandelt werden als Wyhl-Demonstranten.

3. An den Grohnde-Verfahren herrscht kein öffentliches Interesse, es sei denn, man versteht unter öffentlichem Interesse das Interesse des Staats und des Kapitals. Rechtsanwalt Mül-

Vor gar nicht so langer Zeit wurden mit einem Millionenaufwand an Steuergeldern die Sichtgeräte eingeführt, mit denen an Grenzübergängen und auf Flughäfen Personalausweise und Reisepässe überprüft (und fotografiert) werden können. Schon bald aber werden sie auf dem Müll wiederzufinden sein. Spätestens 1987 werden die neuen, maschinell lesbaren Ausweispapiere eingeführt sein. Eine Lesepistole, die sämtliche Daten des Papiers an einen Zentralcomputer zwecks Bearbeitung weiterleitet, erspart dann das zeitraubende Überprüfen durch Menschenkraft. Auch die aufwendige 'Rasterfahndung' des Bundeskriminalamts, wie sie unlängst durch einige Tageszeitungen und im besonderen durch die Illustrierte "Quick" öffentlich gemacht wurde, erübrigt sich dann. Informationen über Personen, ob sie vielleicht zwei Stromanschlüsse bezahlen oder ihre Miete von anderen Personen bezahlt wird, können gleich in die Ausweiskarten eingestanzt werden. Jeder Polizist, der einen Kfz-Schein überprüft, weiß dann sofort, für wieviele uneheliche Kinder der Fahrzeugbesitzer Alimente bezahlt. Schöne neue Welt...

Foto: Pan Foto/Glaser

ler: „Fahren Sie doch mal nach Hameln oder Grohnde und fragen, wer dort für das AKW ist."

4. Die Angeklagten sind durch zahllose Äußerungen von Politikern vorverurteilt. Die Presse hat eine maßlose Hetze gegen die Grohnde-Demonstration inszeniert. Die CDU bezieht sich in Entwürfen zur Terroristenbekämpfung ständig auf die „Schlacht vor Grohnde".

Atomkraftwerksbetreiber versuchen mit Briefen, das Gericht und die Staatsanwälte gegen die Angeklagten zu beeinflussen.

Die Sicherheitsmaßnahmen,d ie zu diesen Prozessen getroffen werden, zeigen, daß die Gerichte sich von all diesen Äusserungen, die Grohnde-Demonstranten mit Terroristen gleichsetzen, beeinflussen ließen und auch selbst schon eine Vorverurteilung der Angeklagten vorgenommen haben.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Am zweiten Prozeßtag stellte der Verteidiger noch einmal einen Antrag auf Aufhebung der Vertraulichkeit der Verfügung über die Sicherungsmaßnahmen. Rechtsanwalt Müller stellte fest, daß mit solcher Vertraulichkeit normalerweise nur Staatsgeheimnisse behandelt würden und drohte dem Gericht, falls der Antrag abgelehnt werden sollte, mit einer Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Nach einer dreiviertelstündigen Beratung des Gerichts wurde der Antrag abgelehnt. Daraufhin überreichte der Rechtsanwalt dem Gericht sofort die Beschwerde. Der Prozeß wurde auf Dienstag, den 31.1., 9.00 Uhr, vertagt.

Bis jetzt ist der Gerichtssaal noch immer mit Zuschauern gefüllt worden. Denkt daran: die Prozesse gehen noch lange weiter und die Öffentlichkeit ist für die Angeklagten ausgesprochen wichtig.

Kontakt: Stadtteilgruppe St. Georg, BBU-Hamburg, c/0 G. Runge, Lange Reihe 77, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/ 24 21 32.

Prozeßtermine: 2.3.: Norbert Iwan (1.Tag), 23.3.: Mathias Künzel (1.Tag), 6.4.: Wolfgang Giesler (1.Tag).

GORLEBEN IST „TOT"? ES LEBE BORKEN!

Nach den Schwierigkeiten mit den Bauarbeiten für die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zu beginnen, wendet sich die Atomindustrie nach Borken/Wabern in Nordhessen. Der folgende Artikel ist der Stattzeitung in und um Kassel entnommen.

Seit September letzten Jahres war von Hessens Wirtschaftsminister Karry immer wieder zu hören, daß Hessen bei der Zwischenlagerung und Wiederaufbereitung von Atommüll einen Beitrag leisten müsse. Dabei bezog er sich auf den Beschluß der Ministerpräsidenten der Bundesländer und des Bundeskanzlers vom 28.9.79. Darin ist die große Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zunächst auf Eis gelegt worden. Stattdessen sollen mehrere Zwischenlager und mehrere „kleine" Wiederaufbereitungsanlagen eingerichtet werden. Als Endlager ist Gorleben ohnehin vorgesehen.

Ohne Zwischenlager müssen die Stromkonzerne ihre Atomkraftwerke in Kürze abschalten. Sie hätten keine Möglichkeit mehr, die verbrauchten Brennelemente aus den Reaktoren gegen neue auszutauschen. Ohne Wiederaufbereitungsanlage sieht die Atomindustrie keine Möglichkeit, ihre „deutsche Wertarbeit" auch im Ausland weiterhin zu verkaufen. Im Inland würde das Geschäft mit noch mehr Atomkraftwerken und Schnellen Brütern ebenfalls nicht laufen.

Dies hat auch Hessens Atomminister Karry im Sinn.

Am 9.1. ließ er dann die Katze aus dem Sack: er erklärte seine Bereitschaft, den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen und zwar in Wabern/Borken prüfen zu wollen (Wabern ist nur ca. 30 km von Kassel entfernt!). Die betroffenen Gemeinden lockt er mit der Investitution von 3 bis 4 Milliarden DM und neuen Arbeitsplätzen. „Strukturpolitisch erwünschte Ergebnisse", „Mehr Sicherheit der Energieversorgung", „Verantwortung für künftige Generationen" und die angebliche Ungefährlichkeit einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA) sollen die Bevölkerung beeindrucken. Außerdem sei diese WAA ja unproblematisch in ihrem Betrieb, weil sie mit einer Jahreskapazität von 350 t viel kleiner sei als die ursprünglich in Gorleben geplante Anlage mit 1 400 t.

Von den katastrophalen Auswirkungen radioaktiver Strahlung auf das Leben der Menschen auch im Normalbetrieb einer WAA wird nicht mehr gesprochen. Die Möglichkeit von Unfällen, bei denen es Millionen von Toten geben wird, wird verschwiegen.

Die Schlagworte erreichen das Höchstmaß an Verdummungscharakter, wenn die WAA mit einer normalen chemischen Anlage verglichen wird. Von daher könne sie an jedem Ort in Hessen stehen — also warum nicht in Wabern/Borken?

Anfang Dezember hatte die DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) bereits „unverbindliche" Gespräche mit der hessischen Landesregierung geführt. Sie will auf jeden Fall bei der Standortsuche eng mit dem hessischen Wirtschaftsministerium zusammenarbeiten. Die Frankfurter Rundschau wußte am 21.2. jedoch zu berichten, daß die DWK das von Karry vorgeschlagene Gelände bei Wabern als Standort nennen wolle.

Noch vor Ostern solle ein Antrag für eine WAA beim hessischen Wirtschaftsministerium gestellt werden.

Die DWK dementiert dies nicht, das Wirtschaftsministeriun erwartet den Bauantrag „in absehbarer Zeit", auf jeden Fall noch im ersten Halbjahr 1980. Die Äußerungen Karrys über einen Standort in Nordhessen verfolgt die DWK „mit Freude".

Auch in Bonn steht Hessen an erster Stelle für die WAA. Denn kurz nach Karrys Offenbarung bestätigte sein Parteifreund Innenminister Baum, daß in Sachen Wiederaufbereitungsanlage in Hessen demnächst ein Vorstoß unternommen würde. Damit der Bevölkerung möglichst wenig Möglichkeiten zum sich wehren gelassen werden, läuft ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren. Die Überrumpelung erfolgt dann mit der offiziellen Standortbenennung. Das Genehmigungsverfahren legt fest, daß die DWK selbst die Vorschläge für den Standort unterbreiten muß.

Die Kampagne für die WAA wird unterstützt von Kassandrarufen der Stromindustrie und der „1990 gehen die Lichter aus" -Anzeigenaktion der Gruppe Hessen im Informationskreis Kernenergie. Jeden zweiten oder dritten Tag erscheinen in nahezu allen hessischen Zeitungen große Annoncen, die dem Leser auf hinterhältig unterschwellige Art eintrichtern wollen, daß er ohne AKW's nicht mehr essen, trinken, waschen, autofahren, telefonieren könne und keine Rente mehr bekomme.

Natürlich stehen sich die etablierten Parteien in nichts nach, wenn es um die Befürwortung der Atommüllfabrik geht. Für Ministerpräsident Börner ist es eine mögliche Aufgabe der Landesregierung, für die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente zu sorgen. Finanzminister Reitz (SPD) will auf Atomkraftwerke nicht verzichten — und auch nicht auf die Wiederaufarbeitung.

Sozialminister Clauss (SPD) — auch für Gesundheit zuständig — ist für eine Wiederaufbreitungsanlage in Hessen. Gesundheitliche Gefahrer bestehen für ihn offenbar nicht. Um welche Probleme er sich im Zusammenhang mit Atommüll besonders sorgt, liest man in der FR am 18.1.: „Um das Gras auf dem Gelände

der Landessammelstelle für schwachradioaktive Abfälle in Roßberg bei Marburg kurz zu halten, habe Clauss die Anweisung gegeben, dort Schafe weiden zu lassen. Das werde auch optisch der Anlage ein friedliches Aussehen geben." CDU-Fraktionschef Milde will SPD und FDP natürlich nicht nachstehen. Er hält die Äußerungen Börners für einen Schritt in die richtige Richtung und bietet ihm die ,,energiepolitische Kooperation" an, damit er sich gegen den Widerstand der Linken durchsetzen kann. Die Jusos, die gegen den Bau der WAA sind, werden von SPD-Landesgeschäftsführer Giani als nicht ernstzunehmen bezeichnet.

Der Kasseler Lokalpolitiker und Landtagsabgeordnete A. Schmidt (FDP) hat Karry volle Schützenhilfe zugesagt. Schlitzberger, Kasseler SPD-Landtagsabgeordneter, hält sich an die Linie des SPD-Parteitags: unklare Aussagen ermöglichen letztlich den Bau der WAA.

Natürlich haben sich die nordhessischen Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und ,,Die Grünen" gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage ausgesprochen und ihren Widerstand mit Aktionen angekündigt.

Es ist schon sehr seltsam, daß es fast allen Parteien nur um die angeblichen strukturpolitischen Vorteile einer Atommüllfabrik geht. Niemand spricht von der Gefährlichkeit und auch nicht von der Zerstörung der Landwirtschaft als strukturpolitischem Nachteil.

In Wabern ist Karry bislang bei vielen Bürgern auf wenig Gegenliebe für seinen Vorschlag gestoßen. Selbst Bürgermeister Wöllenstein (SPD) kündigt an: ,,Wir werden uns unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Wehr setzen, die Gemarkung Wabern zum Platz für Abfälle und Industrieanlagen zu machen, die landesweit niemand haben will." Er hatte es wie alle anderen Wabener auch aus der Zeitung erfahren, daß Karry eine Atommüllfabrik in sein Dorf setzen will. Die dort ansässige Zuckerfabrik könnte dann vermutlich ihre Tore zumachen.

Übrigens sollte man die Worte Wöllensteins nicht überschätzen: Er ist keineswegs gegen den Bau eines Atomkraftwerks in Borken, nur 5 km von Wabern entfernt. Vielleicht liegt das daran, daß ihm die Sicht auf den AKW-Bauplatz durch den Dosenberg von Wabern aus verwehrt wird.

Die Möglichkeit, in der Gemarkung von Borken eine WAA zu bauen, ist u.E. weniger wahrscheinlich, da das in Frage kommende Gelände wesentlich kleiner ist als das in Wabern. Borkens Bürgermeister Kniest (SPD) versteckt sich auch hinter dem Rücken der PREAG, die das AKW bauen und bis 1990 in Betrieb nehmen will. Er betrachtet das AKW offenbar als eine fest beschlossene und nicht mehr zu verhindernde Sache. Da zwei Atomanlagen an einem Ort — also AKW und WAA — für ihn nicht in Frage kommen, nimmt er wohl lieber das für ihn weniger gefährliche AKW. ,,Wenn in Nordhessen ein Atomkraftwerk unumgänglich ist, dann kann es in Borken stehen."

Der Landrat des Schwalm-Ederkreises August Franke (SPD) fühlt sich auch von Karry übergangen und wäre gerne gefragt worden. Vermutlich hatte Karry mit Frankes Verletztheit nicht gerechnet und war seiner Sache sicher gewesen. Franke ist nämlich Aufsichtsratsvorsitzender der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland (EAM) und als solcher auch als Atomenergiebefürworter bekannt. Zudem Standort Wabern mochte Franke dann doch nicht Stellung nehmen: ,,Ich will erst mal hören, was der Minister zu sagen hat."

Dies hörte er dann zusammen mit Bürgermeister Wöllenstein am 22.1. bei Karry in Wiesbaden. Karry redete wie immer um den heißen Brei herum, wollte den Bau der WAA in Wabern aber nicht ausschließen, denn die von den beiden Kommunalpolitikern genannten Gründe gegen den Bau könnten auch von anderen Gemeinden angeführt werden. Für ihn ist die Diskussion noch nicht abgeschlossen. Deshalb ist es eine glatte Täuschung, wenn die Hessische Allgemeine, Ausgabe Schwalm-Eder, mit einer fetten Schlagzeile ihren Lesern weis machen will: ,,Landrat Franke überzeugt: Fall Wabern ist erledigt." (24.1.80)

Die Bevölkerung soll scheinbar glauben, die Wiederaufbereitungsanlage in Wabern wäre vom Tisch, nur weil sich Franke und Wöllenstein dagegen ausgesprochen haben. Dies hat aber in der Realität des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens überhaupt keine Folgen.

Bild aus dem ,,Urlaubsparadies" Kärnten. Der Bach fließt an einer Zellulose-Fabrik vorbei.
Foto: Pan Foto/ Zint

Wenn es um den Bau einer WAA geht, haben Einsprüche von Gemeinden allenfalls eine zeitliche Verzögerung des Baus zur Folge. Juristisch verhindern können sie den Bau einer WAA nicht. DWK und Landesregierung können das Projekt in jedem Fall durchsetzen.

In der örtlichen Bevölkerung regt sich langsam der Widerstand. Bisher wissen aber viele noch nicht, was mit der Wiederaufbereitungsanlage auf sie zukommt. Die Auswirkungen, die eine solche Atommüllfabrik auf das tägliche Leben haben wird, kann sich keiner so recht vorstellen. Die meisten schenken der Argumentation Karrys noch Vertrauen – auch mit der Angst vor der sogenannten Energiekrise.

Es gibt auch noch keine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, obgleich die Gemarkung Wabern direkt an das Baugelände des AKWs Borken angrenzt. Gewehrt haben sich die Waberner aber gegen den Bau der Ölraffinerie. Karry hatte bei seinen Äußerungen sicher auch das Ausmaß des Widerstandes dagegen im Blick: „Ein Kernkraftwerk in Borken wird in der wesentlich ruhigeren Bevölkerung Nordhessens sicher auch mit Ruhe aufgenommen werden.'' (HNA 8.9.79) So hatte er es sich wohl auch für die Atommüllfabrik vorgestellt.

Kontakt: Bürgeraktion: Stoppt Atomanlagen! Dieter Brinckmann, Motzstr. 3, 3500 Kassel.

URAN UND ATOMKRAFTWERKE IN IRLAND

Seit dem EWG-Beitritt hat sich der Charakter Irlands grundlegend gewandelt. Vorher war es vor allem ein Agrarland, das zwar wirtschaftlich von England abhängig war, ansonsten aber nicht viele Bindungen in der EWG hatte. Die Folgen waren: Isolation, Armut, Auswanderung.

Mit dem EWG-Beitritt nun hat die Regierung einen neuen Kurs eingeschlagen: Industrialisierung um jeden Preis. Eine förmliche Einladung an das ausländische Kapital, sich doch nur nach Herzenslust zu bedienen und mit den Profiten ins Ausland zu verschwinden, solange nur Fabriken gebaut und Arbeitsplätze geschaffen werden. Was macht es da, daß die Löhne hier viel niedriger sind als anderswo. . .

So sind z.B. Investitionen bis zu sieben Jahren steuerfrei, und danach steht es dem Eigner frei, sein Kapital wieder zurückzuziehen, wenn es ihm nicht genug Profit abwirft.

In diesem Zusammenhang steht auch das neu erwachte Interesse an irischen Bodenschätzen. Obwohl Irland sehr reich an Bodenschätzen ist, wurde hier außer Kupfer und Zink bislang wenig ausgebeutet.

Etwa 1975 wurde dann eine kanadische Firma, Rio Tinto Zinc Co., damit beauftragt, das Land zu vermessen und weitere mögliche Lagerstätten von Mineralien zu erkunden. Die Gegenleistung des irischen Staats für diese Pionierleistung bestand darin, daß er dieser Firma das Alleinausbeutungsrecht für alles gefundene Zink zusicherte.

Außer Zink wurde in verschiedenen Gegenden vereinzelt auch Uran gefunden, so in Donegal (Fintown, Pettigo) und in County Carlow und Kilkenny. Aber damals wurde die Ausbeutung wegen mangelnder kommerzieller Interessen abgelehnt. Sie wäre zu aufwendig und kostspielig gewesen.

Das scheint sich jedoch geändert zu haben. Seit kurzem zeigt auch die EWG großes Interesse an den Uranvorkommen. Großzügig werden Gelder für die weitere Erforschung und Ausbeutung der Vorkommen vergeben. Die Rechnung der EWG-Bosse ist einfach: je tiefer Irland im Atomgeschäft drinsteckt, desto weniger kann es sich daraus zurückziehen. Wird in Irland ersteinmal Uran abgebaut, so kann es sich kaum noch gegen den Bau von Atomkraftwerken wehren.

Bis jetzt steht nur ein Standort für ein Kernkraftwerk definitiv fest: Carnsore Point am Südostzipfel Irlands. Aber dafür sollen dort gleich mehrere Stufen, unter anderem auch ein Schneller Brüter, hin.

Es gibt hier viel Öffentlichkeit darüber. Die Leute wissen, daß ihr Land von der EWG abhängig ist und daß die jetzige Politik eigentlich nicht in ihrem Interesse ist.

Das Hauptziel der Bewegung richtet sich im Moment auf so eine Art Tribunal, wo von Experten Fragen der Sicherheit, Entsorgung und möglicher Alternativen erörtert werden sollen. Die Ergebnisse dieser Enquiry sollen für die Regierung bindend sein. Das ist natürlich sehr umstritten. Die Vorbereitungen dazu laufen auf jeden Fall schon, und wenn es gut geht, wird sie im Sommer irgendwann stattfinden.

If you want to find out more about nuclear power contact: The North Dublin Anti-Nuclear Group, 124 Collins Avenue West, Dublin 9, Tel.: 311 793.

Kernkraftwerksgegner besetzen das Büro der EWG-Kommission

Am 28.November 1979, 3 Tage vor dem Kongreß der EWG-Staatsoberhäupter, wurde das Büro der EWG-Kommission – irische Niederlassung des Euro-Palaments – von 7 Kernkraftwerksgegnern besetzt. Sie protestierten damit gegen den wachsenden Druck der EWG auf Irland, das bisland noch keinerlei Atomindustrie hat.

Gegen 9 Uhr morgens versammelten sich etwa 30 Demonstranten auf dem Merrion Square, wo das Büro sich befindet. Nur Sieben gingen hinein, die meisten blieben draußen. Sekunden später ist es soweit: im ersten Stock gehen die Fenster auf, ein Transparent wird entrollt „NUCLEAR POWER NO WAY'', von unten kommt Jubel und Applaus.

Die Besetzer haben sich eingeschlossen und benachrichtigen die Presse per Telefon. Unten werden indessen Flugblätter verteilt, eine Streikkette (ein picket) gebildet, per Megaphon werden die Passanten auf die Aktion aufmerksam gemacht.

Eine weitere Stunde vergeht. Dann hört man plötzlich Geräusche. Krachen, Splittern, die Tür wird aufgebrochen. Einzeln werden die Besetzer von den Fenstern weg abgeführt, sie lassen sich ohne Widerstand verhaften.

Fast alle wurden noch am gleichen Tag wieder auf Kaution freigelassen. Seitdem läuft ein Verfahren gegen sie, wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Die Beweisaufnahme läuft jetzt, bis Mitte März wird der Prozeß hoffentlich abgeschlossen sein. Alle plädieren NICHT SCHULDIG in sämtlichen Punkten.

Solidaritätsadressen und Spenden bitte an: E.E.C. - 9 Defence Collective, c/o Marlborough Road, Dublin 4.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

ID Nr. 321

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

Neues vom Bilderdienst:

Neues aus der Umweltecke:

Neues aus dem Betriebkorb:

INHALT (FORTSETZUNG)

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Karl F. Kassel

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

BEIRAT DES ID:
Arnfried Astel/Schriftsteller - **Johannes Beck**/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehnke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Dr. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller -**Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) : 30.– DM
Halbjahr (24 Heftte) : 60.– DM
Jahresabo (48 Hefte) : 120.– DM

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**

Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.

Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen ‚!?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden;